Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Mitte

26. Februar 1979
Jg. 7 Nr. 9

Bezirksausgabe für Dortmund / Westliches Westfalen. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21903 C

Mexiko: Politische Entlassungen müssen zurückgenommen werden

z.wim. Die mexikanische Regierung unter Präsident Lopez Portillo hat kürzlich verfügt, daß alle Arbeiter, die aus politischen Gründen und aus Gründen der Gewerkschaftszugehörigkeit seit 1971 entlassen worden sind, wieder eingestellt werden müssen. Bereits am 1. September 1978 hat Portillo eine Generalamnestie verkündet für alle, die „unter dem Einfluß politischer Motive eingesperrt oder in die Flucht getrieben wurden". – Das Erstarken der Arbeiterklasse Mexikos, die jetzt eine Reihe der reaktionären Gesetze der Regierung Echeverria und seines Vorgängers Diaz Ordaz beiseite räumt, geht einher mit einer zunehmend klareren Stellung Mexikos in der Reihe der blockfreien Staaten der 3. Welt, wie Präsident Carter unlängst bei seinem „Erdöl-Besuch" hat feststellen können.

Brasilien: Regierung kauft zweitgrößte Elektrizitätsgesellschaft

z.brp. Im Februar hat die staatliche Gesellschaft Eletrobrás die Elektrizitätsgesellschaft Light, die 1977 mit 35,5 Mrd. kWh knapp die Hälfte des Stroms lieferte, vom kanadischen Konzern Brascan gekauft. Damit ist die Stromverteilung unter Kontrolle der brasilianischen Regierung; die anderen Zweige der Elektrizitätswirtschaft befinden sich in Händen von Siemens, Brown Boveri, General Electric und AEG. Aufgrund der Verschuldung bei den Imperialisten (1978: 7,68 Mrd. $) und weil die ausländischen Kapitalisten wichtige Bereiche der Industrie beherrschen, verlangen sie Maßnahmen zur Verbilligung der Produktion: Derzeit werden 30 Kraftwerke ausgebaut bzw. gebaut, bis 1983 soll die Stromleistung auf 44785 MW verdoppelt werden. Zum Vergleich: Im westdeutschen Straßenfahrzeugbau wurden 1976 6753 Mio. kWh Strom für die Produktion von 7,32 Mio. Pkws, Lkws, Krafträdern und Fahrrädern verbraucht.

Argentinischer Nuklearplan – großes Interesse der Imperialisten

z.ror. Argentinien wird bis 1997 vier neue Kernkraftwerke mit Natururanspeisung und Schwerwassermodulation in Betrieb nehmen. Betrieben wird seit 1968 das Kernkraftwerk „Atucha" (Hersteller Siemens (KWU), im Besitz

Argentinischer Nuklearplan – großes Interesse der Imperialisten

z.ror. Argentinien wird bis 1997 vier neue Kernkraftwerke mit Natururanspeisung und Schwerwassermodulation in Betrieb nehmen. Betrieben wird seit 1968 das Kernkraftwerk „Atucha" (Hersteller Siemens (KWU), im Besitz der Comisión Nacional de Energia Atómica (CNEA)). Das Interesse der Imperialisten am Bauvorhaben ist groß. Die USA haben im Juni 1978 den staatlichen Export-Import-Bank von der Bewilligung eines Kredits über 270 Mio. $ „abgeraten" unter Berufung auf die „Menschenrechte". Der Erpressungsversuch ist gescheitert. Die CNEA teilte mit, daß die Finanzierung trotzdem gesichert sei. Sie hat einen Plan aufgestellt für Erforschung und Ausbeute von Uranvorkommen im Land. Eine Bestimmung sieht vor, daß nur bis zu 25% der Ausbeute exportiert werden dürfen. Exportverträge haben eine Schutzklausel über das Bestimmungsziel der Uranverschiffungen zu enthalten.

Dritte Welt: Trotz steigender Exporte wachsende Defizite

z.lik. Trotz ständig steigender Rohstoffexporte wächst das Handelsbilanzdefizit der Dritten Welt beständig an. Die Handelsbilanz Boliviens z.B. wies 1978 ein Defizit von 150 Mio. US-Dollar auf, eine Steigerung gegenüber 1976 auf das Sechsfache. Bolivien erzielt seine Exporterlöse zu 90% aus Rohstoffen, vor allem Metallerze und Erdöl. Allein von 1977 auf 1978 wurde der Export von Wolfram um 10,5% gesteigert, die Einnahmen dagegen ging um 6,6% zurück auf 28 Mio. US-Dollar, zudem noch um 17% entwertete Dollar. Gleichzeitig muß Bolivien die Importe an Industriegütern immer teurer bezahlen. Die US-Supermacht hat sich mit dem Putsch vom Sommer 1978 das Vorrecht in der Ausplünderung des Landes sichern wollen. Gegenwärtig will sie durch Losschlagen ihrer angehäuften Zinn- und Kupferreserven die Rohstoffpreise noch weiter drücken.

Lohnsenkung im öffentlichen Dienst sichert Expansion

Kein schlechterer Abschluß als Metall und 12 Monate Laufzeit sind das Mindeste

z.ere. Das Klima bei den 33. deutsch-französischen Gesprächen sei „frostig" gewesen, findet die Wirtschaftsjournaille nach Überprüfung der jeweiligen Konkurrenzvorteile im Kampf um die Waren- und Kapitalmärkte. Ging es doch um die Hegemonialstellung in der EG und den Deal mit den US-Imperialisten, die in der „Schlacht um Europa" keineswegs nachgelassen haben, wie ihre Einmischungsversuche in Italien unter Beweis stellen. Angesichts des bevorstehenden Besuchs Giscards in Mexiko klagt FAZ-Kommentator Ellrodt bitter über die „mangelnde deutsche Präsenz" gerade in dieser Region. Der in diesen Tagen gewährte französische Kredit sichert Frankreich ab 1980 eine tägliche Lieferung an Erdöl von hunderttausend Barrel aus Mexiko. „Keine Unternehmungslust an der Börse", heißt es in den einschlägigen Blättern, mit Fasching hat das wenig zu tun. Vielmehr herrscht „Verwirrung auf dem Kapitalmarkt", zumal letzten Mittwoch das Wirtschaftsministerium neue Bundesschuldscheine auf den Markt geschmissen hatte, deren Renditesätze deutlich über dem bis dahin *gültigen* Niveau lagen und zu einer starken Verkaufswelle bei den öffentlichen Anleihen führte. Der Schmidt-Regierung bedeuteten die Kapitalisten, daß eine „so ungeschickte Aktion sich nicht noch einmal wiederholen dürfe".

Ebenfalls Mittwoch legte die Große Tarifkommission der ÖTV die Forderung für die Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Diensten auf 6,5% und 250 DM mehr Urlaubsgeld für alle fest. Die Kapitalisten schäumten über das Volumen dieser Forderung (nach ihren Berechnungen 13 Mrd. DM) – untragbar; und gaben den Dienstherren unmißverständlich zu verstehen, mit einem Prozentsatz knapp unter 4% abzuschließen. Abgesehen von der Spaltung, die sie durch Prozentabschlüsse erreichen, würde ihnen jedes ½% weniger über 12 Mio. DM einsparen. Die sozialdemokratische Linie der langsam sich entwickelnden Lohnsenkung zeigt ihre Wirkung. Der Anteil der Personalkosten am Bundeshaushalt 1979 hat mit 14,8% den niedrigsten Stand seit 1967 erreicht.

Die Höhe des Lohnniveaus in den

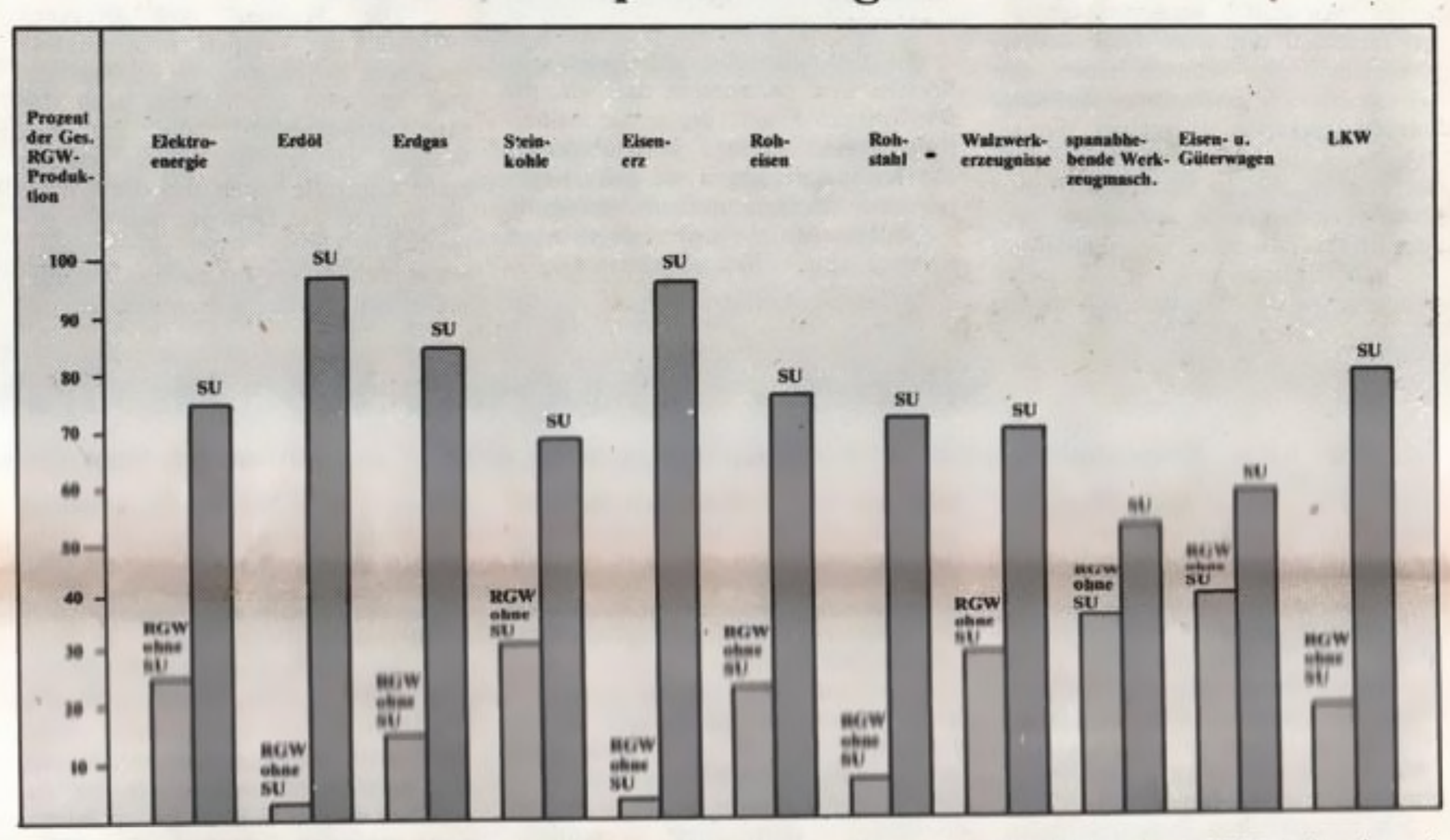
schlüsse erreichen, würde ihnen jedes ½% weniger über 12 Mio. DM einsparen. Die sozialdemokratische Linie der langsam sich entwickelnden Lohnsenkung zeigt ihre Wirkung. Der Anteil der Personalkosten am Bundeshaushalt 1979 hat mit 14,8% den niedrigsten Stand seit 1967 erreicht.

Die Höhe des Lohnniveaus in den

öffentlichen Diensten ist für die Kapitalisten von doppeltem Interesse. Der imperialistische Staatsapparat hat davon eine Ersparnis, die er den Kapitalisten direkt zuschieben kann. Als mittlerweile größter Ankäufer von Arbeitskraft wirkt sich der Arbeitslohn, den der Dienstherr zahlt, entweder hebend oder senkend auf den Arbeitslohn der industriellen Arbeiter aus, den die Kapitalisten zahlen müssen, für die Bedingungen der imperialistischen Konkurrenzschlacht von großer Bedeutung. Mit der Senkung des Lohnniveaus in den öffentlichen Diensten treiben sie die Beschäftigten ebenso in die Nacht- und Schichtarbeit wie die Industriearbeiter. Die Ökonomie ist unerbittlich, gezahlt muß werden. Was das Kapital als Lohngeld nicht gibt, das nimmt es als Lebenskraft.

Es ist richtig, wenn der DGB sich künftig in besonderem Maße der „Probleme der rund 500000 Schichtarbeiter im öffentlichen Dienst" annehmen will. Von Nutzen, den Zwang in die Nacht- und Schichtarbeit zu begegnen, wäre allerdings die Aufstellung einer Forderung gewesen, bei der mindestens 100 DM für jeden herausgekommen wären. Die Führung der ÖTV kündigte an, sie wolle keine langen Verhandlungen – gut, das widerspricht nicht den Interessen der Beschäftigten, wenn die Taktik für die Kampfaktionen der Beschäftigten in jedem Fall einen Abschluß nicht unter dem Niveau des Metallarbeiterabschlusses ermöglicht und die Laufzeit bei 12 Monaten garantiert. Der Dienstherr wird damit rechnen müssen, daß bei jedem Angebot unter Metallabschluß und einem Hinziehen der Verhandlungen viele die Arbeit auch lange hinziehen werden.

Die Expansion der UdSSR steht und fällt mit der Ausplünderung des RGW



Mit politischer und militärischer Gewalt verleiben sich die Sozialimperialisten die Wirtschaften der RGW-Länder ein und treiben sie in tiefe Verschuldung. Sie streichen die Reproduktionsgrundlagen der Volksmassen zusammen, diktieren den Grad der Ausbeutung und der Lohnsenkung über Preissteigerung und Steuerausplünderung. Die Maschinenbauproduktion stieg 1976 um 10%, die Lebensmittelproduktion um 2,5%. Unter dem Preisdiktat der SU haben die RGW-Länder gegen Energieimporte 1976 Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel im Wert von 6924,8 Mio. Rubel, 48% der Gesamtproduktion abgeliefert. Davon die DDR – 1889,9 (68%), Polen – 1789,1 (72%), CSSR – 1329,6 (60%), Ungarn 1079,7 (64%), Bulgarien – 525,4 (24%).

Mit politischer und militärischer Gewalt verleiben sich die Sozialimperialisten die Wirtschaften der RGW-Länder ein und treiben sie in tiefe Verschuldung. Sie streichen die Reproduktionsgrundlagen der Volksmassen zusammen, diktieren den Grad der Ausbeutung und der Lohnsenkung über Preissteigerung und Steuerausplünderung. Die Maschinenbauproduktion stieg 1976 um 10%, die Lebensmittelproduktion um 2,5%. Unter dem Preisdiktat der SU haben die RGW-Länder gegen Energieimporte 1976 Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel im Wert von 6924,8 Mio. Rubel, 48% der Gesamtproduktion abgeliefert. Davon die DDR – 1889,9 (68%), Polen – 1789,1 (72%), CSSR – 1329,6 (60%), Ungarn 1079,7 (64%), Bulgarien – 525,4 (24%).

Wirksame Aktionen durchkreuzen die sowjetisch-vietnamesische Aggression gegen das Demokratische Kampuchea und die VR China

z.ges. Vietnams Ministerpräsident Pham Van Dong hat in der letzten Woche einen Frontbesuch in der von sowjetisch-vietnamesischen Invasionstruppen besetzten Hauptstadt des Demokratischen Kampuchea durchgeführt. Rund 30000 Mann der Invasionstruppen mußten einen Ring um das besetzte Phnom Penh ziehen, um den Abschluß eines „Friedens- und Freundschaftspaktes" zwischen Vietnam und den vietnamesischen Marionetten in Phnom Penh gegen den Zugriff durch das Volk des Demokratischen Kampuchea zu sichern. Zwischen Kampuchea und Vietnam gibt es längst festgelegte Grenzen. Pham Van Dong selber hat sie seitens Vietnams mehrmals anerkannt und garantiert. In dem „Friedens- und Freundschaftspakt" jedoch werden in Artikel 4 Verhandlungen über die „Festlegung der Grenzen" angekündigt. Der vietnamesische Ministerpräsident hat es wirklich eilig, die Früchte der Invasion zu ernten. Aber die „Festlegung der Landesgrenzen" eines Landes, dessen Grenzen längst festgelegt sind, mit dem Ziel, offenen Landraub abzusichern, bedeutet den vietnamesischen Invasoren natürlich nicht aus. Um das ganze Land geht es. Pham Van Dong will sich auch die Anwesenheit seiner Invasionstruppen im Demokratischen Kampuchea von den durch ihn selber eingesetzten Marionetten garantieren lassen. Artikel 2 des Vertrages enthält die Verpflichtung, gegen „alle Komplotte und Sabotageakte der Imperialisten und der internationalen Reaktion" einander beizustehen. Die Invasionstruppen Vietnams stehen unter starkem Druck des Volkskrieges, den die Regierung des Demokratischen Kampuchea führt. In der Logik der Invasoren handelt es sich bei diesem Volkskrieg gerade um ein solches Komplott der „internationalen Reaktion". Der Volksbefreiungskrieg gegen die Invasoren soll via Vertragsschließung zwischen Herr und Hund als illegal erklärt werden, und der Raubkrieg der Invasionstruppen gegen die kämpfenden Volksmassen des Demokratischen Kampuchea soll für legal erklärt werden. Pham Van Dong gleicht wirklich einem feudalen Grundherren, der den Bauern ihr Land wegnimmt und sie zu seinen Leibeigenen erklärt und, wenn sie diesen „Schutz" von sich weisen, als Rechtsbrecher niederschlagen lassen will. So will dieser saubere „Kommunist", der nicht umsonst aus der Grundherrenklasse stammt, gegen ein ganzes Volk vorgehen. Der Herr hat aber einen Oberherren, dem er selber Tribut zahlen muß, die sowjetischen Sozialimperialisten. Sie stecken hinter der Invasion, und sie wollen von der Invasion des Demokratischen Kampuchea etwas haben. So ist in Artikel 4 des Vertragswerks neben die Verpflichtung zur „militanten Solidarität und brüderlichen Freundschaft zwischen dem kambodschanischen, laotischen und vietnamesischen Volk" die Verpflichtung hineingeschrieben worden, „die Beziehungen mit den sozialistischen Ländern auszubauen".

Längst kennt man diese Umschreibung für die Unterwerfung unter die sowjetischen Sozialimperialisten. Aber die sowjetisch-vietnamesischen Invasoren haben sich mit ihrer Aggression gegen das Demokratische Kampuchea übernommen. Tag für Tag erhalten die Invasionstruppen Schläge von der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea. Einige Städte und Dörfer im Nordwesten des Landes mußten die Invasoren bereits räumen.

Die Logik von Aggressoren geht solange auf, als die Völker sie machen lassen. Es paßt zur Logik der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren, daß Vietnam darauf setzte, die VR China angesichts der Bedrohung durch die Sowjetunion mit Grenzüberfällen überziehen zu können, ohne einen Gegenschlag befürchten zu müssen. Die vietnamesischen Aggressoren und die sowjetischen Hinterleute haben sich ein weiteres Mal verrechnet. Die VR China hat ihren Gegenschlag lange angekündigt und zur Einstellung der Aggression gemahnt. Jetzt tritt es den Beweis an, daß auch die verbündeten sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren mit der VR China nicht umspringen können. Bei der chinesischen Militäraktion geht es nicht um fremdes Territorium, sondern um eigenes, geht es nicht um die Unterwerfung eines fremden Volkes, sondern um den Schutz des eigenen Volkes. Durchkreuzt die VR China jetzt die Pläne der Aggressoren, dann ist das gut. Von sich aus geben die Aggressoren ihre Absichten nicht auf.

Kaum war Pham Van Dong aus dem besetzten Phnom Penh nach Hanoi zurückgekehrt, hielt er eine Rede: „Wenn jemand eine Lektion erteilt wird, dann ist es China. Und es ist Vietnam, das sie erteilt. Ich komme aus Kambodscha, wo wir einen großen Sieg errungen haben. Aber bald werden wir einen weiteren großen Sieg erringen."

Das ist die Logik des Aggressors, der bloß durch Tatsachen an der Fortsetzung der Aggression gehindert werden kann. Pham Van Dong meint, in Kampuchea einen „großen Sieg" errungen zu haben, wo seine Invasionstruppen das Volk niederwerfen wollen. Bei dem „weiteren großen Sieg" ist schon an China gedacht. Das Bündnis mit der sozialimperialistischen Supermacht beschwingt die Gedanken der Hanoier Machthaber. In Kampuchea werden diese beschwingten Gedanken des Aggressors der Nagelprobe unterzogen. Die Volksrepublik China hat bereits auf die Anfänge der sowjetisch-vietnamesischen Provokationen und Aggressionen entsprechend geantwortet.

Sicherlich ist ein Angriff der SU auf die Nordgrenze der VR China jetzt nicht auszuschließen. Aber jetzt ist er eher auszuschließen als später, wenn die Sozialimperialisten noch weiter gegen. Sicherlich gibt es jetzt Kritik an der VR China. Aber durfte die VR China solche Kritik scheuen? Viele Leute haben auch die chinesische Revolution kritisiert und verurteilt. Die chinesischen Volksmassen haben sich durch die Revolution befreit. Jetzt verteidigt die VR China das Land und die Revolution. Die chinesische Revolution wird heute als kühne und mutige Tat anerkannt. Es ist richtig, sie zu verteidigen. Das wird man sehen.

Chimurenga zwingt Smith zur Annullierung der Scheinunabhängigkeit

Vorabdruck aus „Zimbabwe News" Nr. 41

Schreckliche Konsequenzen hatte die Verrätermarionette Bischof Abel Tondekai Muzorewa angedroht, wenn Ian Smith nicht bis zum 31. Dezember 1978 die „Mehrheitsherrschaft" bewilligen würde, wie das nach der sogenannten Übereinkunft vom 3. März vorgesehen war. Auch der Mörderverräter Ndabaningi Sithole hatte angedeutet, daß er gegen seinen neuerworbenen Herrn, Ian Smith, einen „bewaffneten Kampf" führen werde, sobald das versprochene Possenspiel der Wahlen widerrufen und die „Unabhängigkeit" verweigert werden würde.

Niemand, selbst nicht Muzorewa und Sithole, glaubten, daß diese schwarzen Verräterhunde und Marionetten das meinten. Zunächst einmal haben sie nicht die Mittel, mit denen sie ihren Sklavenherrn zum Waffengang fordern könnten. Zweitens haben sie weder den Willen noch die Motivation dazu. Sie sind überzeugt, daß ein weißer Rassist kugelsicher ist.

Wir haben Sithole und Muzorewa in diesen Spalten (siehe Zimbabwe News Band 10 Nr. 3, Editorial) davor gewarnt, daß Ian Smith und der Imperialismus Realitäten sind. Auf sie müsse geschossen werden, bevor sie kapitulierten. Wir haben wiederholt gesagt, daß Ian Smith und seine weiße Siedlerbande nicht den Wunsch haben, den breiten Massen Zimbabwes die echte Unabhängigkeit zu übergeben. Was sie wollen, ist die Schaffung einer Bananenrepublik, die, in Neokolonialismus getunkt, Souveränität nur ausübt über eine Flagge und eine Nationalhymne. Wir haben gelobt, daß die „Wahlen" nirgends im rassistischen Rhodesien stattfinden würden – es sei denn über unsere Leichen. Wir haben unseren bewaffneten Kampf verstärkt und den Feind an vielen neuen Fronten verfolgt. Wiederholt haben wir Umtali und Salisbury beschossen. Am Ende hat Smith angekündigt, daß unter diesen Umständen „Wahlen" nicht stattfinden können.

Zu diesem Zeitpunkt verkündeten Ian Smith und sein Troß der Öffentlichkeit, daß Wahlen unter derartig eskaliertem Kriegszustand nicht durchgeführt werden können. Sobald er das gesagt hatte, schwiegen beide, Muzorewa und Sithole, still. Der Krieg der Worte war zu Ende. „Wahlen" waren „abgesagt", „Unabhängigkeit" war „verweigert" worden. Die Marionetten klemmten ihre Schwänze zwischen die Beine (Chirau hat niemals behauptet, daß sein Schwanz diese Stellung jemals verändert).

Im Januar kündigte der Faschistenführer Ian Smith an, daß es zu „Wahlen" und „Unabhängigkeit" im April 1979 kommen werde. Die Handlanger traten in Aktion, zur Unterstützung des neuen Kompromisses.

Wenn sie glauben, daß es ihnen gestattet wird, das Volk zu täuschen, damit es sich selbst verschachert, dann sind sie vollständig irr.

Der kapitalistische, imperialistische Westen wird behaupten, daß wir, die Patriotische Front, gegen die Abhaltung „freier" Wahlen sind, sobald wir die Kampagne gegen sie aufnehmen mit dem einzigen uns zur Verfügung stehenden Mittel: dem bewaffneten Kampf. Also wollen wir klarstellen:



1. Die sogenannten Wahlen, die für den 20. April 1979 festgesetzt sind, sind weder frei noch gerecht. Sie sind überhaupt keine Wahlen. Sie sind ein Betrug. Schließlich sind nur Weiße mit einem Referendum befragt worden, ob sie eine sogenannte „Verfassung von Zimbabwe-Rhodesien" akzeptieren, die die ewige weiße rassistische Minderheitsherrschaft auf den Sockel hebt. Die Afrikaner, die 97% der Bevölkerung stellen, sind nicht befragt worden, weil sie sie abgelehnt hätten. Wie kann so eine betrügerische „Verfassung" die Grundlage für eine Wahl sein?

2. Die „Wahlen" vom 20. April 1979 sind der Versuch, in Zimbabwe ein neues Kolonialregime einzusetzen. Das Marionettenparlament und das Marionettenkabinett, die aus den Wahlen hervorgehen sollen, werden keine Kontrolle haben über die Armee, die Polizei, die Gerichte und den öffentlichen Dienst. Diese lebenswichtigen Regierungsorgane werden von ausschließlich weißen Kommissionen geführt werden. Sollen unsere 7 Millionen Zimbabwer der Demütigung unterworfen werden, Stimmen abzugeben in Wahlen, deren Zweck es ist, ihnen jede Macht von Bedeutung vorzuenthalten?

Wir betrachten es als unsere moralische Verpflichtung, darauf energisch und entschieden zu antworten, um unser Volk davor zu schützen. Wir können nicht das Recht unseres ganzen Volkes auf Selbstbestimmung nicht zur Beute von eingestandenen Verrätern und Söldnern werden lassen.

Wir werden deshalb unser Bestes tun, diese neokolonialistische Taktik zu durchkreuzen. Wir werden jedes Marionettenregime zerschmettern. Wir wissen, daß die Fassade der Wahlen vollständig bloßgelegt werden wird, und daß die internationale Gemeinschaft von keinem Bantustan, das im sogenannten „Rhodesien-Zimbabwe" geschaffen wird, Notiz nehmen wird. PAMBERI NE CHIMURENGA!

z.gek. **Auslandstützpunkte der BRD-Banken.** Um mit den Profiten weiterzuwuchern, die sie als weltgrößte Warenhändler und inzwischen auch führende Kapitalexporteure machen, sind die westdeutschen Bankiers seit dem Beginn der 70er Jahre daran gegangen, ihr bereits sehr weitgespanntes Netz von ca. 250 Repräsentanzen und Beteiligungen an ausländischen Banken durch die Errichtung eigener *Tochterbanken* rund um den Globus zu befestigen. Schwerpunkte sind, wie die folgende Übersicht zeigt, die EG, speziell Luxemburg (das in manchen Bankveröffentlichungen schon als *Inland* behandelt wird), die USA, Südamerika und Asien.

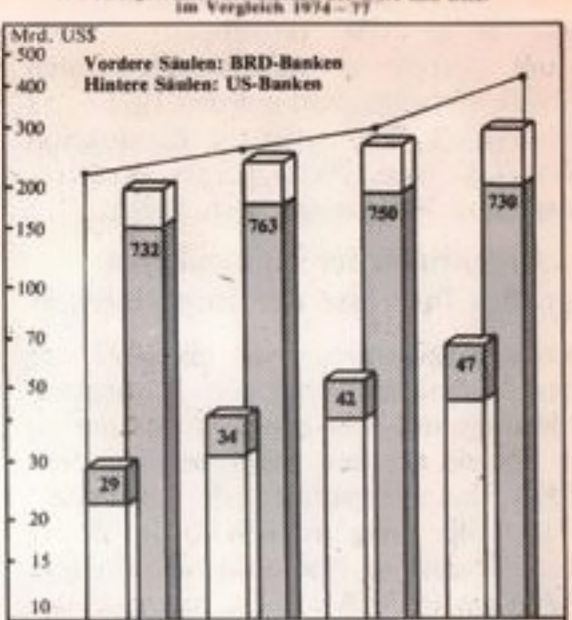


Luxemburg	☑ ⬡ ✱ ● □ ○ ▲ ⧗ ■
London	☑ ⬡ ✱ ● □ ■
Übrige EG	☑ ☑ ☑ ✱ ✱ ✱
New York	☑ ⬡ ● □ ○ ▲ ⧗ ■
Übrige USA	⬡ ⬡ ✱ ✱ ● ● ● □ ▲ ○ ⧗
Südamerika	☑ ☑ ☑ ☑ ⬡
Tokio	⬡ ✱ ● □
Übr. Asien	☑ ☑ ☑ ☑ ☑ ☑ ☑ ☑ ✱ ⬡

☑ Deutsche Bank / Europ.-Asiatische Bank ⬡ Dresdner Bank / Deutsch-Südamerikanische Bank ✱ Commerzbank ● Bayrische Vereinsbank □ Westdeutsche Landesbank ○ Bayrische Hypobank ▲ BHF-Bank ⧗ Deutsche Genossenschafts-(DG-)Bank ■ Bank für Gemeinwirtschaft

Die Auslandsgeschäfte der Banken der BRD und der USA im Vergleich von 1974 bis 77 stellt das folgende *Schaubild* dar. Die dunkleren Teile der Säulen bezeichnen das Geschäftsvolumen, das die jeweiligen Auslandsfilialen (ihre Zahl ist auf der Säule eingetragen), abwickeln. Die hellen Teile bezeichnen die Auslandskredite der Mutterbanken *in* der BRD bzw. den USA selbst. Zum Vergleich ist im Hintergrund noch das Gesamtvolumen der auf dem internationalen („Euro"-)Kapitalmarkt vergebenen Kredite, aufsummiert, eingezeichnet.

Der logarithmische Maßstab des Schaubilds hebt die Entwicklung, die sich in den Zahlen ausdrückt, deutlich hervor. Es zeigt sich, daß die BRD-Banken auf den verschiedenen nationalen und internationalen Kapitalmärkten gegenüber dem Monopol der



US-Banken an Boden gewonnen haben, ohne es aber ernstlich erschüttern zu können – so wenig eben wie die Stellung des Dollar als Weltgeld. Die US-Banken wickeln bereits seit den 60er Jahren den Großteil ihres Auslandsgeschäfts über ihre auswärtigen Filialen ab. Für die westdeutschen Banken ist das Fundament immer noch das von der BRD selbst aus abgewickelte Geschäft, aber auf dieser Grundlage schnellen die Zahl und der Umsatz ihrer Auslandsfilialen sprunghaft in die Höhe.

Sibirien – Zwangsarbeit bis ins Grab

Rentenalter gesenkt – wer leben will, arbeitet weiter / wer abwandert, verwirkt Rentenanspruch

z.rua. Die Baikal-Amur-Magistrale (BAM) ist das „Jahrhundertwerk" der Sozialimperialisten. Mit dieser Eisenbahnverbindung, die Europa mit dem Pazifik verbindet, wollen sie ihre Exportoffensive auf dem Weltmarkt beschleunigen. Entlang der BAM sollen die Rohstoffreichtümer Sibiriens erschlossen, abgebaut und verarbeitet werden.

Mit der Anwendung von Akkordsystemen und neuer Maschinerie werden in den europäischen Industriezentren Millionen Arbeiter freigesetzt. Arbeitslosigkeit gibt es nicht, behaupten die Sozialimperialisten. Also gibt es auch kein Arbeitslosengeld. Die entlassenen Arbeiter sind, wenn sie leben wollen, gezwungen, dem Ruf des Kapitals nach Sibirien zu folgen.

Als „materielle Vergünstigungen" stellen die Sozialimperialisten ihnen u.a. um 15 – 70% höhere Löhne als im Landesdurchschnitt in Aussicht. Aber erst nach fünf Jahren – wenn überhaupt – finden diese „Vergünstigungen" Anwendung. Sie erweisen sich schnell als das Gegenteil. Nahrung, Kleidung, Wohnraum und Heizung sind wesentlich teurer und übersteigen die Zuschläge bei weitem. Auch die formal zugebilligten 12 – 18 Tage mehr Jahresurlaub können kaum genutzt werden, weil das Geld für die Fahrkarte fehlt.

Die Arbeitsbedingungen in Sibirien sind hart. Bei Temperaturen bis zu –50° im Winter müssen durch Dauerfrostboden und Gebirge Gleise getrieben werden. Die Arbeitskraft verschleißt schnell. Kaum einer der Bauarbeiter an der BAM ist älter als 30. Die meisten der zwangsangesiedelten Arbeiter verlassen Sibirien nach kurzer Zeit wieder.

Für die Produktion in den bereits bestehenden Industriekomplexen Sibiriens und die Errichtung des „Industriegürtels an der BAM" brauchen die Sozialimperialisten ausgebildetes ausbeutbares Menschenmaterial. Die Arbeitskräftefluktuation geht ihnen entschieden gegen den Strich. Als weitere „Vergünstigung" für die Arbeiter in Sibirien haben sie Mitte der 70er Jahre beschlossen, das Rentenalter für Arbeiter, die 20 Jahre *in Sibirien* gearbeitet haben, von 60 auf 55 Jahre zu senken. In der Rentengesetzgebung von 1956 ist festgelegt, daß derjenige seinen Rentenanspruch verwirkt, der „nichtseßhaft" ist oder „häufig seinen Arbeitsplatz wechselt".

Die Sozialimperialisten wollen die Löhne tiefer drücken und die Ausbeutung insgesamt steigern. Die Renten der sowjetischen Arbeiter betragen in der Regel 50% des bisherigen Lohns. 1975 betrug die monatliche Durchschnittsrente in der UdSSR 45,4 Rubel. Das offizielle Existenzminimum beträgt 50 Rubel. Von den Arbeitern, die 1976 das „rentenberechtigende Alter" erreichten, waren 70% gezwungen, weiter zu arbeiten. Ihnen werden „leichtere" Arbeiten mit geringeren Löhnen zugewiesen. Arbeiten sie weiter, wird ihr Rentenanspruch um die Hälfte gekürzt.

„Arbeitsfähig" ist für die Sozialimperialisten der Arbeiter, solange er nicht tot ist. Verliert er bei einem Arbeitsunfall seine Gliedmaßen, hat er nur Anspruch auf Invalidenrente, die ein Fünftel seines bisherigen Lohns ausmacht. Von „Invaliditätskommissionen" wird die Ursache der Invalidität ermittelt und dem Arbeiter eine seinen „Möglichkeiten" entsprechende Arbeit zugewiesen.

Gerade in Sibirien ist aufgrund des hemmungslosen Raubbaus an der Erde und dem Arbeiter die Unfallhäufigkeit groß. Offizielle Statistiken über Sterbeursachen werden in der UdSSR nicht veröffentlicht, eins aber ist sicher: an *Altersschwäche* stirbt in Sibirien kein Arbeiter.

Gleisarbeiten an der Baikal-Amur-Magistrale

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Auflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 9/79: 32 000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 80F

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien ·

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen



Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 73, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/73024!

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

Nach der Niederlage in Iran: Angriffe der EG-Imperialisten auf die OPEC

z.jon. In Großbritannien haben die Erdölgesellschaften im Januar die Brennstoffpreise erhöht und ihre Lieferungen um 10 bis 15% eingeschränkt. In Frankreich wurden im Januar die Heizöl- und Dieselpreise erhöht. Jetzt wurde die Rationierung dieser Produkte angekündigt. In der BRD fordern Graf Lambsdorff, Wolf von Amerongen und Esso-Oehme einstimmig die Erhöhung der Energiepreise, um ,,Sparsamkeit im Energieverbrauch'' anzuregen. Der französische Präsident Giscard d'Estaing erklärt über die ,,neue Ölkrise'' und die Auswirkungen der Streiks, mit denen die iranischen Erdölarbeiter zum Sturz des Schahregimes beigetragen haben, der Iran werde ,,im Interesse seines eigenen nationalen Lebens'' Förderung und Verkauf seines Erdöls wieder aufnehmen. ,,Aber bevor das eintritt, ist es wichtig, daß die Produzentenländer die Anstrengungen unternehmen, die sie unternehmen können, um das Niveau der Mengen aufrechtzuerhalten, die auf dem Markt angeboten werden.''

In Wahrheit kann von Knappheit an Erdöl keine Rede sein. Der Iran hat 1977 282,2 Mio. t oder 9,3% der Welterdölproduktion gefördert und 1978 255 Mio. t oder 8,3%. Die imperialistischen Erdölmonopole hatten in Erwartung der Ölpreiserhöhung durch die OPEC im Dezember ihre Lager bis unter die Ränder gefüllt. Im Januar hatten allein die 19 der Internationalen Energieagentur angehörenden imperialistischen und kapitalistischen Staaten Vorräte von 390 Mio. t, also 35% mehr als die iranische Jahresproduktion.

Die westlichen Imperialisten haben mit dem Sieg der nationalrevolutionären Bewegung in Iran den Zugriff auf eine ihrer bedeutendsten Erdölquellen und ein Regime verloren, das zugleich als regionaler Gendarm darüber wachen sollte, daß die Rohstoffquellen des Nahen Ostens insgesamt unter imperialistischer Kontrolle blieben. Deshalb reden die EG-Imperialisten wie die US-Imperialisten von einer ,,neuen Erdölkrise''. Um den Schaden wieder wettzumachen, greifen sie in drei Richtungen an: 1. Sie beschleunigen ihre Energieprogramme und steigern die Plünderung der Volksmassen in ihren eigenen Ländern. 2. Sie versuchen, die neue Regierung in Iran unter ihre Kontrolle zu bekommen, mit wirtschaftlicher Erpressung, z.B. durch die Beschlagnahmung iranischen Eigentums im Ausland und durch Sabotage westlicher ,,Experten'' und durch politischen Druck, z.B. durch das Schüren von nationalen Widersprüchen in Iran.

3. Durch Druck und Spaltung gegen die Erdöl produzierenden Länder der Dritten Welt, mit dem Ziel, die OPEC zu schwächen und sich alle Erdölvorkommen der Dritten Welt zu Niedrigstpreisen anzueignen.

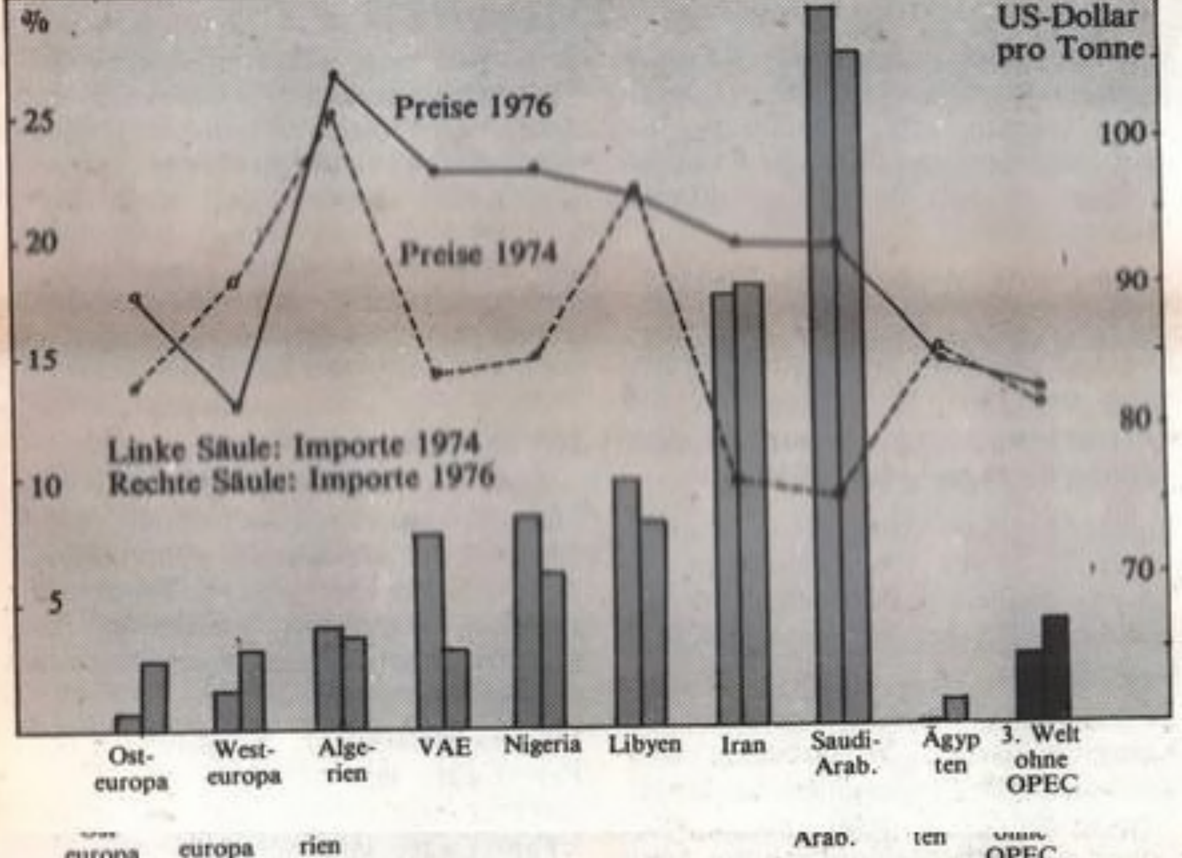
Wir haben die Anteile einiger Staaten und Staatengruppen an den Ölimporten in die EG und die Preise, die die EG-Imperialisten dafür zahlen mußten, für 1974 und 1976 in das Schaubild eingetragen. Während die Preise, die die OPEC-Staaten 1974, ein Jahr nachdem sie zum ersten Mal erfolgreich die Ölwaffe eingesetzt hatten, erhielten, noch ganz unterschiedlich waren, und die EG-Imperialisten bei den beiden größten Lieferanten die absolut niedrigsten Preise erhielten, stehen die OPEC-Staaten den Imperialisten 1976 in viel geschlossenerer Front gegenüber. Andererseits versuchen die EG-Imperialisten, den Anteil ihrer Bezüge aus den OPEC-Staaten zu senken und deren relativ hohe Preise zu unterlaufen. Sie steigern ihre eigene Produktion, sie lassen sich mehr und mehr Öl von den Sozialimperialisten liefern, das diese zum Teil selbst bei ihren Verbündeten oder in der Dritten Welt geplündert haben, und sie suchen fieberhaft nach neuen Quellen in der Dritten Welt.

In einem Dokument des Europäischen Parlaments über die Erdölpolitik der EG heißt es: ,,Die Interdependenz der Erdöl produzierenden Entwicklungsländer und der technologisch fortgeschrittenen Verbraucherländer ist die Grundlage des kommenden Fortschritts. Aber sie steht im Widerspruch zur Politik der Hilfe und Zusammenarbeit und muß die Pläne zur technologischen Entwicklung berücksichtigen.'' Um diese verblüffend dreiste Aussage zu verstehen, muß man den zu Tage liegenden Sinn des zweiten Satzes umdrehen. Erstens muß alles getan werden, um zu verhindern, daß die Länder der Dritten Welt (,,technologische'') Raffineriekapazitäten aufbauen, zweitens müssen Kapitalexport und Verschuldung genutzt werden, um die Ölreichtümer zu plündern. Im Schaubild haben wir das Beispiel Ägypten eingetragen, das die Imperialisten in erbarmungsloser Schuldknechtschaft halten, und das der OPEC nicht angehört. Die Erdölbezüge der EG von dort haben sich 1974 bis 1976 mehr als versechsfacht, der Preis für das Öl ist gesunken.

Die Forderung der EG-Imperialisten, die Erdölproduzenten sollten sich ,,anstrengen'', um die Lieferausfälle aus dem Iran auszugleichen, zielt auf die Zerstörung der Produktionsbegrenzungen, die die OPEC-Staaten eingeführt haben, um mit ihren Vorräten zu haushalten und eine Überproduktion zu verhindern. Saudi-Arabien hat seine Produktion erhöht, verlangt aber 5% mehr für das zusätzlich geförderte Öl. Abu Dhabi und Katar haben die Preise für die leichten Ölsorten um 7 bis 8% erhöht. Am 26. März tritt die OPEC zu einer neuen Konferenz zusammen, um über eine neue, allgemeine Preiserhöhung zu beraten.

ne Preiserhöhung zu beraten.

Preise und Anteile am Import von Rohöl und halbraffiniertem Öl in die EG



europa europa rien Arab. ten OPEC

Ölverbrechen der USA

z.pek. Mit Beginn dieses Jahrhunderts begannen die USA als aufstrebende imperialistische Macht, sich mit ihren Erdölgesellschaften an den Ölquellen Lateinamerikas, Indonesiens und des Nahen Ostens festzusetzen. Sie standen dabei in erbitterter Konkurrenz gegen den britischen Imperialismus, der durch die koloniale Ausbeutung und Unterdrückung der Völker die meisten bis dahin erschlossenen Ölquellen an sich gerissen hatte.

Mit Hilfe des US-Außenministeriums ging die ,,Standard Oil Company'' des Finanzbourgeois Rockefeller daran, Förderkonzessionen in Mexiko, Venezuela, Indonesien zu erpressen. Im Irak erzwangen die aufstrebenden US-Imperialisten gegen-



über der britischen Kolonialmacht eine Neuaufteilung des irakischen Erdöls und gründeten die ,,Bahrein Petroleum Company'' als Tochtergesellschaft der ,,Standard Oil Company''. 1935 erpreßte die Gulf Oil Company Förderkonzessionen in Kuwait, 1938 setzte sich die Standard Oil in Ägypten fest. Bis dahin hatten die US-Erdölmonopole bereits 59% der Förderquellen Venezuelas und 22% der Quellen Indonesiens an sich gerissen.

Während des 2. Weltkrieges verstanden es die US-Imperialisten, die Lage zu nutzen, um den alten Kolonialmächten weitere Plünderquellen abzujagen. Dazu gründete die amerikanische Regierung 1942 eine eigene Behörde, die ,,Petrol and Reserve Corporation'', deren Aufgabe in der ,,Förderung der Tätigkeit der amerikanischen Erdölgesellschaften im Ausland und dem Erwerb von Ölkonzessionen außerhalb der USA'' bestand. Während vor dem 2. Weltkrieg zehn US-Erdölgesellschaften sich mit dem Raub von Erdöl außerhalb des Territoriums der USA befaßten, waren es 1948 bereits 22.

Anteil der USA an der
22.

Anteil der USA an der Erdölförderung
(außerhalb der USA, ohne UdSSR, %)

1918	1938	1948	1952
8,0	35,0	50,0	57,0

Insbesondere im Nahen Osten setzten sich die US-Konzerne gegen die britischen durch und steigerten die Plünderung der arabischen Ölquellen beträchtlich.

Erdölförderung der USA im Nahen und Mittleren Osten

	1937	1947	1953
Förderung (Mio.t.)	15,8	42,3	121,6
Anteil in %	8,0	38,6	59,4

Zusammen mit dem Raub des Erdöls betrieben die US-Imperialisten die Zerstörung der nationalen Wirtschaften der Länder, in denen sie sich festgesetzt hatten. So bestanden die Stahlausfuhren der USA nach Venezuela im Jahre 1947 aus Pipeline-Rohren für die US-Erdölgesellschaften im Wert von 17,1 Mio. $ und nur 0,6 Mio.t Schienen und Geräte für den Eisenbahnbau Venezuelas. Gleichzeitig mußte Venezuela beträchtliche Mengen an Nahrungsmitteln einführen.

Der Raub der Erdölressourcen durch die US-Imperialisten stieß auf den erbitterten Widerstand der unterdrückten Völker. In Mexiko erhoben sich die Volksmassen 1938 in Aufständen gegen die Ausplünderung des Landes durch die amerikanischen Erdölkonzerne. Daraufhin verstaatlichte die mexikanische Regierung alle ausländischen Erdölgesellschaften. Durch einen Boykott des mexikanischen Erdöls versuchten die US-Imperialisten, die Rücknahme der Verstaatlichungen zu erzwingen. Nachdem es ihnen im Lauf des zweiten imperialistischen Weltkrieges gelungen war, sich mit neuen Konzessionen und Beteiligungen an mexikanischen Gesellschaften erneut festzusetzen, forderten 1948 60000 Erdölarbeiter auf ihrem Gewerkschaftskongreß die neuerliche Nationalisierung der US-Konzerne.

Gegen die Ausbeutung durch die US-Monopole setzten die Erdölarbeiter Saudi-Arabiens 1945 in einem zweiwöchigen Streik Lohnerhöhungen, Beschränkung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden an 6 Tagen pro Woche und einen Jahresurlaub von zwei Wochen durch. 1952 streikten die Erdölarbeiter Kuwaits gegen die mörderische Ausbeutung durch die US-Imperialisten.

1951 forderte das iranische Volk in einer großen Massenbewegung die Nationalisierung der ,,Anglo Iranian Oil Company'', die sich überwiegend im Besitz der britischen Imperialisten befand. Im März 1951 erließ die iranische Regierung ein Gesetz zur Verstaatlichung der Gesellschaft. Die britischen Imperialisten entsandten Fallschirmjäger und Kriegsschiffe. Durch große Streikaktionen bekundeten die iranischen Erdölarbeiter, daß sie nicht bereit waren, sich neuerlich der Ausbeutung durch die Imperialisten unterwerfen zu lassen. 1952 inszenierten die US-Imperialisten einen Militärputsch gegen die Regierung Mossadegh, setzten den Schah als Herrscher ein und entfesselten die wütendste Reaktion gegen die iranischen Volksmassen.

Die Kämpfe der unterdrückten Völker für die Erlangung ihrer nationalen Unabhängigkeit haben seit Beginn der 50er Jahre die Position der imperialistischen Erdölmonopole zunehmend erschüttert. Gegen die ständige Preisdrückerei der Imperialisten gründeten die fünf bedeutendsten erdölexportierenden Länder der Dritten Welt 1960 die OPEC. Gestärkt durch ihren Zusammenschluß führten sie mehrere Preisanpassungen durch und beendeten 1973, als die OPEC auf 13 Mitgliedsländer angewachsen war, in gemeinsamer Absprache den Zustand, daß die Imperialisten das Erdöl so gut wie umsonst abtransportieren konnten. Der Ölpreis wurde auf das Vierfache des bisherigen Preises festgelegt.

Gleichzeitig begannen die erdölexportierenden Länder der Dritten Welt, ihre Ölquellen der Kontrolle der imperialistischen Monopole zu entreißen, indem deren Einrichtungen verstaatlicht und ihre eigenen nationalen Erdölgesellschaften aufgebaut wurden.

Nach wie vor beherrschen die Erdölmonopole den Transport, die Verarbeitung und den Handel von Erdöl und
Erdölprodukten und nutzen diese Stel-
beitung und den Handel von Erdöl und
Erdölprodukten und nutzen diese Stellung zur Erpressung der Länder der Dritten Welt und zur Erzielung von Extraprofiten. Unter Anleitung der US-Imperialisten wurde im November 1974 die internationale Energieagentur im Rahmen der OECD gegründet. Ihre Aufgabe besteht in der Einrichtung und Verwaltung gemeinsamer Spekulations- und Kriegsreserven der Imperialisten für 60 Tage. Mit seinem ,,Energieprogramm'' verfolgt Carter die Absicht, die Arbeiterklasse in den USA und die OPEC gleichermaßen für die unersättliche Gier der US-Imperialisten nach Erdöl bluten zu lassen.

Am 8. November 1977 versuchte Carter in einer Fernsehrede den Arbeitern in den USA klarzumachen, warum sie auf die Beheizung ihrer Wohnungen verzichten und in den Kohlebergwerken noch schärfer ausgepreßt werden müßten. Er erklärte: ,,Die übermäßige Einfuhr von Erdöl ist ein gewaltiger und rasch zunehmender Aderlaß für unsere Volkswirtschaft. Sie schadet jeder amerikanischen Familie. Sie verursacht Arbeitslosigkeit. Gewaltige Beträge amerikanischen Vermögens bleiben nicht mehr in den USA, um unsere Fabriken zu bauen und uns ein besseres Leben zu ermöglichen''.

Die Bergarbeiter in den USA haben sich von solchem Geschwätz nicht einlullen lassen und haben in einem dreimonatigen Streik Lohnerhöhungen erkämpft. Nach dem Beschluß vom Dezember 1978 über eine 14%ige Anpassung des Ölpreises hat die OPEC für den 26. März 1979 ein außerordentliches Ministertreffen angekündigt, auf dem sie über neue Maßnahmen gegen die derzeitigen Extraprofite und Spekulationsgewinne der imperialistischen Monopole beraten wird.

,,Wir haben gesiegt, jetzt arbeiten wir wieder''

Ölproduktion in Iran wiederaufgenommen / Kein Öl mehr für Israel und Südafrika

z.erm. Mehr als 50000 der insgesamt 65000 Arbeiter der iranischen Ölindustrie sind am 17.2. dem Aufruf der provisorischen Regierung gefolgt und haben die Arbeit wieder aufgenommen. Auch in den übrigen Zweigen der Wirtschaft wird wieder produziert und der Bazar, die Geschäfte und Banken sind wieder geöffnet. Sämtliche Konten und der gesamte Besitz des Schah sind von der Regierung beschlagnahmt worden.

Ministerpräsident Bazargan hatte in einer Erklärung der Regierung die Bedeutung des Aufbaus der nationalen Wirtschaft im Kampf gegen die imperialistischen Einmischungsversuche hervorgehoben: ,,Wenn unser Erdöl nicht exportiert und nicht verkauft wird, wenn also nicht die gesamte iranische Erdölgesellschaft mit allen Einrichtungen und den ihr verbundenen Organisationen, wie Zoll- und Bahnbediensteten die Arbeit wieder aufnimmt, werden wir kein Geld mehr haben und die Revolution schon da zu scheitern beginnen.''

In den meisten Betrieben der Ölindustrie haben die Arbeiter Komitees zur Organisierung der Arbeit und zur Leitung und Kontrolle der Produktion gebildet, um die Ergebnisse der Revolution und ihre Weiterführung zu sichern.

Die Lieferung von Öl an Israel und an Südafrika hat die iranische Regierung aufgekündigt. Israel hatte mit jährlich 5 Millionen Tonnen 60% seines Öl-Bedarfs aus dem Iran bezogen, das Kolonialistenregime in Südafrika mit 14 Millionen sogar 90%.

Die US-Imperialisten hatten den Iran immer gegen die arabische Welt auszuspielen und aus dem Zusammenschluß in der OPEC herauszuspalten versucht. 1973 hat der Krieg der arabischen Staaten gegen den Zionistenstaat und der Einsatz der Ölwaffe die OPEC gestärkt.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel durch den Iran und die Aufnahme brüderlicher Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO ist ein weiterer Fortschritt im Zusammenschluß der Länder der 3. Welt. Als erster ausländischer Gast hatte die revolutionäre Regierung den Vorsitzenden der PLO Arafat nach Teheran eingeladen. Bei seinem Besuch stellte Arafat fest: ,,Die strategische Situation in diesem Teil der Welt hat sich total gewandelt'', und: ,,Auch die arabischen Nationen müssen ihre ‚Schahs' verjagen.'' Vor zwei Wochen hatten die iranischen Volksmassen die israelische Botschaft in Teheran gestürmt. Jetzt stellte die Regierung sie der PLO zur Verfügung.

Die US-Imperialisten hofften, durch den Abzug ihrer Spezialisten, über die sie die iranische Industrie vollständig kontrollierten, den Zusammenbruch der nationalen Wirtschaft herbeiführen zu können. Sie müssen schmerzlich feststellen, daß die Länder der 3. Welt sich selber helfen können. Der Iran und die PLO haben ein Abkommen geschlossen, nach dem vorerst palästinensische Erdölexperten und Techniker die US-Spezialisten ersetzen.

Die Armee, bisher Werkzeug zur Niederhaltung der Volkskämpfe gegen die Imperialisten und das reaktionäre Schahregime, soll in Zukunft ausschließlich zum Schutz der Grenzen des Landes eingesetzt werden. Die revolutionäre Volksbewegung hat durchgesetzt, daß acht Generäle, die schwere Massaker und Folterungen gegen Revolutionäre organisiert hatten, sofort verurteilt und hingerichtet wurden; obwohl sich Bazargan dagegen aussprach, werden weitere Prozesse vor dem Revolutionstribunal stattfinden. Der neue Generalstabschef teilte jetzt mit, daß 300 Generäle der Armee, der Gendarmerie und der Polizei entlassen und vor Gericht gestellt werden. Die kaiserliche Garde ist bereits aufgelöst und ihre Soldaten auf andere Infanterieeinheiten verteilt worden.

Über die Notwendigkeit der Volksbewaffnung wird die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen an der Revolution beteiligten Kräften geführt. Die Regierung hat bereits zugesichert, daß die Miliz, die die Volksmassen in der Revolution herausgebildet hat und die jetzt die revolutionäre Staatsmacht sichert, in Form einer Nationalgarde aufrechterhalten wird.

In 14 Tagen werden die Volksmassen mit dem Referendum über die Staatsform ihren Willen für die Schaffung einer islamischen Republik bekräftigen. Die im Mai stattfindenden Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung und zum Parlament werden die verschiedenen Klassen, die die Revolution gemacht haben, nutzen, um ihre selbständigen Parteien zu formieren, die Arbeiterklasse wird dabei ihre politische Kraft herausbilden können.

z.mac. **1978 hat NRW-Kultusminister Girgensohn die Lehrer zur „freiwilligen Selbstbezichtigung bei zu Unrecht bezahlten Überstunden" aufgerufen. Jetzt vermeldet die bürgerliche Presse erneut den Alarm des Landesrechnungshofes an den Landtag über „Mogeleien bei Überstunden".** Die „Freiwilligkeit" ist der Zwangserlaß zur Regelung der Mehrarbeitsvergütung, mit dem das Kultusministerium im April '78 den Angriff auf den Lohn und den Arbeitstag der Lehrer vorangetrieben hat. Festgelegt darin ist: – die Bezahlung von Überstunden erst, wenn mehr als 4 Überstunden gemacht werden, – mehr als 24 Überstunden werden nicht angerechnet, – Sprechtage, Konferenzen, Prüfungen, Korrektur von Arbeiten sowie Vorbereitungszeit zählen nicht als Überstunden. Durch Nichtbesetzung von Planstellen hat die Landesregierung die Mehrarbeit für die eingestellten Lehrer gewaltig vorangetrieben, um jetzt einen Teil der Löhne wieder zurückzupressen bzw. unter der Drohung von Disziplinarmaßnahmen das Nichtausschreiben von Überstunden zu erzwingen. Folgende Tabelle zeigt am Beispiel einer Aachener Gymnasiallehrerin die Ausdehnung des Arbeitstages.

Durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit (Angabe in Zeitstunden)

Unterricht	17,5 Std.
Sprechstunden	4,5 Std.
Vor-, Nachbereitung	9,0 Std.
Beratung von Referendaren	5,0 Std.
Korrekturen	6,0 Std.
Konferenzen, Vorbereitung	5,5 Std.
Pausen, Springstunden	3,0 Std.
Wöchentl. Arbeitszeit ges.	50,5 Std.

„Hunderttausende zu Unrecht kassiert", lanciert die Landesregierung
siert", lanciert die Landesregierung
jetzt über die Presse und droht mit „Kontrollaktionen bis Ende März". Die Drohungen fallen zusammen mit neuen Angriffen auf das Lohnniveau und den Normalarbeitstag. *10000* der 125000 Lehrer in NRW sind bereits unter 2/3-Teilzeitverträgen angestellt, an einigen Gesamtschulen beträgt der Anteil der teilzeitbeschäftigten Lehrer über 40%. Die 2000 Planstellen an Grund- und Hauptschulen hat die Landesregierung jetzt mit 5000 Lehrern zu *1/2-Verträgen* besetzt, deren Monatsnettolohn *700 DM* beträgt. Zum Sommer sollen weitere 4800 Junglehrer mit 2/3-Verträgen (Monatsnettolohn 800-1100 DM) eingestellt werden. Ein Gesetzentwurf zur Ausdehnung des Referendariats auf 24 Monate sowie die Verpflichtung der Referendare zur Übernahme von Vertretungsstunden befindet sich in Ausarbeitung. Versucht wird, die Lehrer zu Betrügern zu erklären, um sie in ihrem Kampf für Normalarbeitstag, ausreichenden Lohn sowie Bezahlung aller Überstunden von den anderen Teilen des Öffentlichen Dienstes zu isolieren. Gleichzeitig die Androhung von Verfahren, um die Bewegung nach innen zu zersetzen. Damit will die Landesregierung jetzt die ideologische Lage zur Durchsetzung der neuen Maßnahmen auf der Linie der Dienstrechtsreform schaffen.

z.oss/anu. **Im Textilzentrum Albstadt auf der schwäbischen Alb, haben die Kapitalisten Elendslöhne durchsetzen können, die beim Lohnvergleich der 38 wichtigen Industriebranchen in der BRD auf Platz 34 stehen.** Bei der Firma Maag ist der Zeitlohn für Frauen 7,50, höchstens 9,50 DM, für Männer 8,00, höchstens 10,00 DM. ⅓ aller Arbeiter dieses Betriebes muß daher täglich 1 bis 1 ½ Stunden dranhängen. Dazu kommen noch bis zu 3 Stunden Anfahrtsweg pro Tag. Während der Saison kommen die Arbeiter in der Zuschneiderei durch Samstagsarbeit auf



50 bis 55 Wochenstunden. In den Betrieben mit Wirkereien und Stickereien ist die Annahme der Nacht- und Schichtarbeit Einstellungsbedingung. „Arbeitnehmer sind zu Leistung von Mehr-, Schicht- und Nachtarbeit verpflichtet", (§ 4,7) „. . . die regelmäßige Wochenarbeitszeit kann bis zu 60 Stunden ausgedehnt werden" (§ 5,2), ist den Kapitalisten im jetzt gültigen Manteltarifvertrag zugesichert. Bei den Näherinnen und Büglerinnen wird nur im Akkord geschafft. Ein Stundenlohn von 10 bis 12 DM ist nur zu erreichen, wenn z.B. in einer Stunde 200 Unterhemden umsäumt werden.

z.mac. **4,4% Lohnerhöhung für den Bereich Heizungs- und Klimatechnik ist das Verhandlungsergebnis der IG Metall mit dem Kapitalistenverband für NRW.** Der Lohntarif umfaßt 5 Lohngruppen, mit Unterteilung nach Alterstufen insgesamt 9 verschiedene Stundenlöhne. Mit der Erhöhung, die ab dem 1.3. in Kraft tritt, erhalten die in der Lohngruppe 1 eingestuften Montagehelfer monatlich 70,23 DM mehr auf den Stundenlohn von 9,23 DM. Auf den Ecklohn, Lohngruppe 3 im 3. Berufsjahr berechnet, beträgt die monatliche Erhöhung 82,66 DM. Die Aufwandsentschädigung wird ebenfalls um 4,4% erhöht, mit der Neueinführung der 7. Zone jedoch können die Kapitalisten jetzt Lohn einbehalten, den sie vorher zahlen mußten: Betrug die tägliche Auflösung für Strecken über 50 km vorher 39 DM, so müssen sie jetzt nur noch 34 DM bei Strecken bis 85 km herausrücken. Weiter vereinbart wurde: – Erhöhung der Lehrlingslöhne um 20 DM, – Verlängerung des Urlaubs bis zum 25. Lebensjahr auf 23, nach dem 30. Lebensjahr auf 28 Tage. Kündigungstermin des Tarifs ist der 28.2.1980.

z.jöd. **6,5% mehr Lohn, für die Lohngruppe I,II und III zusätzlich 3% mehr Lohn.** Auf diese etwas eigenartige Aufstellungsart hat sich in der letzten Woche die Tarifkommission der IG Druck und Papier geeinigt. In den Betrieben wurden in diesem Jahr sehr viele Min-
wurden in diesem Jahr sehr viele Min-
destforderungen aufgestellt und der Tarifkommission zugestellt. Rechnet man die Forderung der Tarifkommission um, kommt man auf einen Forderungsbetrag von: Lohngruppe I: 125,56 DM; II: 134,81 DM; III: 142,15 DM; IV: 102,10 DM; V: 106,10 DM; Facharbeiterecklohn: 120,10 DM; Korrektoren: 129,10 DM; Maschinensetzer: 144,16 DM. Die Forderungsbeträge liegen also relativ dicht beieinander, obwohl es direkt keine Mindestforderungen sind. Hat die Tarifkommission jetzt die Linie eingeschlagen, daß keiner unter 100 DM bekommen soll? Dies wird sicher in den Betrieben Unterstützung finden. Einen „schnellen Abschluß" mit solch einem Ergebnis wird auch keiner ausschlagen, wenn dies Leonhard Mahlein beabsichtigt. Wenn die Tarifkommission den 100 DM Mindestbetrag ansteuert, haben sie trotzdem noch fast ein Prozent zum Verhandeln. – Dabei brauchen die anderen Forderungen, die aufgestellt sind, nach der Urlaubsstreichung der unter 19jährigen, nicht fallengelassen zu werden, und die Forderung nach 35-Stunden-Woche ist ebenfalls aufgestellt. Diese Forderungen stehen im engen Zusammenhang mit der Forderung nach den Maschinenbesetzungen an den Druckmaschinen (Manteltarifanhang) und den Forderungen gegen Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit. Dies sind die entscheidenden Forderungen gegen die Druckkapitalisten mit ihrem ständigen Streben, die Arbeit rund um die Uhr auszuweiten. Auch wenn die Verhandlungen zu den Manteltarifverhandlungen erst im Herbst sind, werden dies die Druckarbeiter den Kapitalisten unmißverständlich zu erkennen geben.

z.sth. **Einstimmig für die Beschleunigung von Arbeitsgerichtsprozessen, einstimmig für die dauernde Senkung des Lohnes.** Am 16.2.79 hat der Deutsche Bundestag einstimmig ein Gesetz zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens verabschiedet. 1977 wurden 283437 Klagen von Arbeitern, Gewerkschaften

	Urteils-verfahren	Berufungs-verfahren	Revisionen
71	218726	8210	513
72	323980	8839	615
73	247341	9231	605
74	297162	11365	640
75	301625	13732	797
76	288388	15065	851
77	296376	15062	1106

Quellen: Bundestagsdrucksache 8/1567, Arbeits- und Sozialstatistik 4/78

oder Betriebsräten eingereicht, in denen es in 151798 Klagen um Lohnsenkungen, in 119098 Klagen um Kündigungen ging. Diese zigtausend Anklagen gegen die Kapitalisten sollen möglichst schnell aus der Welt geschafft werden. Dazu sollen die Verfahren möglichst auf eine Verhandlung reduziert und die Möglichkeit der Berufung für die Arbeiter eingeschränkt oder unmöglich gemacht werden. So ist der Streitwert bei Lohnklagen, um überhaupt in die Berufung gehen zu können, von 300 DM auf 500 DM erhöht worden. Viele der letzten abgeschlossenen Lohnerhöhungen sind auf den Tarif, statt wie bisher auf den Effektivlohn, berechnet und zum Teil seit Monaten noch nicht ausgezahlt worden. Für diese Klagen, in denen der Streitwert unter 500 DM liegt, kann keine Berufung eingelegt werden. Durch den Wegfall der Streitwertrevision ist eine Revision vor dem Bundesarbeitsgericht bei Lohnklagen und Kündigungen überhaupt nicht mehr möglich. Der Berufsrichter, dem 2 ehrenamtliche Richter, ein Gewerkschaftsvertreter und ein Kapitalist, beisitzen, erhält mehr Rechte. Er kann jetzt z.B. alleine entscheiden, ob eine Klage abgesetzt oder ob sie weitergeleitet wird.

z.scc.Brüssel. **Um über 300000 auf 6 ½ Millionen schnellte im Januar die Zahl der amtlich anerkannten Arbeitslosen in der EG in die Höhe.** Saisonbedingt? Von wegen. Nicht nur, daß diese Zahl um 150000 höher liegt als im Januar letzten Jahres; mit einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich über 6% fanden 1978 mehr Lohnabhängige denn je seit der Gründung der EWG vor 20 Jahren keinen Ausbeuter. Läßt sich, sinniert im Auftrag der westeuropäischen Imperialisten die EG-Kommission, diese Lage nicht zur Förderung der „Mobilität der Arbeitnehmer" nutzen? Warum der Zwangsumsiedlung der Arbeitskraft, dieser bewährten Methode der Lohndrückerei, enge Landes-Grenzen setzen? Mit der Einführung eines „SECOD-Systems" (Europäisches System zur Übermittlung von Stellenangeboten und -bewerbungen im internationalen Ausgleich) Anfang 1979 soll ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum EG-Arbeitshaus, auf gut sozialdemokratische Weise inzwischen „Europa der Arbeitnehmer" genannt, zurückgelegt werden. Schon erwägt die Kommission „Mobilitätshilfen", denen blitzschnell im Falle hartnäckiger „Immobilität" der Entzug von Arbeitslosengeld folgen wird. Das Heer der gegenwärtig rund 5 Mio. ausländischer Arbeiter in den EG-Staaten wird um weitere Hunderttausende aufgefüllt.

z.stb. **Mit zweieinhalb Jahren Gefängnis will die Bourgeoisie Rechtsanwalt Klaus Croissant dafür bezahlen lassen, daß er als Verteidiger der Gefangenen aus der RAF zusammen mit anderen Rechtsanwälten eine gemeinsame Prozeßführung und Verteidigung aufgebaut hat.** Darüber drohte der Plan der Bourgeoisie, über Isolationshaft den Widerstand der einzelnen RAF-Gefangenen zu brechen, zu scheitern. Das Landgericht Stuttgart verhängte weiter 4 Jahre Berufsverbot gegen ihn, weil er „uneinsichtig" sei.
Das Urteil wirft ihm vor, mit Hilfe eines „Info-Systems", also Briefen und Sendungen über die Verteidiger, den organisatorischen Zusammenhalt der Gefangenen aufrechterhalten zu ha-

Nach Ruinierung der Arbeitskraft – 293,92 DM Lohnsenkung

r.roh. „Nach wie vor ist die Wirtschaft sehr störanfällig. Die Unsicherheiten in den Erwartungen der Unternehmen und die Nachfragezurückhaltung dauern an. Die Dollarschwäche und die damit verbundene DM-Aufwertung erschweren die Auslandsgeschäfte," hatten die Thyssen-Kapitalisten in ihrem Mitteilungsblatt für das Edelstahlwerk Witten geschrieben und weiter über „unbefriedigende Umsatzentwicklung" geklagt. Das war noch vor dem Streik der Stahlarbeiter. Durch ihn hat sich die Lage für die westdeutschen Stahlkapitalisten in der Konkurrenz noch weiter verschärft. Die Ausbeutung der Arbeitskraft muß noch weiter getrieben, der Lohn gesenkt werden.

In der Bearbeitungswerkstatt (BW) wurde die Zahl der Fertigschlosser, die mit 29 Punkten in der analytischen Arbeitsplatzbewertung relativ zu den Vordrehern besser bezahlt sind, (10,28 Grundlohn + 14,2% durchschnittliche Leistungsprämie) von 10 auf 3 reduziert mit der Begründung, die Aufträge für Kurbelwellen seien zurückgegangen. Die restlichen 7 Arbeiter wurden an niedriger bewertete Maschinen gesetzt. In derselben Halle ist eine Fertigdrehbank, mit der nicht mehr präzise genug gearbeitet werden konnte, da sie veraltet war, zu einer Vordrehbank umgebaut worden. Die Arbeitswertzahl an der Maschine sank von 29 auf 24 Punkte. Aufgrund der Lohnsicherung, die sich die Arbeiter erkämpft haben und im Manteltarifvertrag verankert ist, erhält der Arbeiter, der bisher an der Maschine gearbeitet hat, den Lohn weiterhin nach 29 Punkten berechnet. Der Trick ist nur der, daß diese Lohnsicherung auf diesen einen Arbeiter beschränkt ist. Setzen die Thyssen-Kapitalisten einen anderen an die Maschine, brauchen sie nur noch einen Lohn nach 24 Punkten zu zahlen. Eine weitere Schwäche der Lohnsicherung gegen Rationalisierung und Abgruppierung ist, daß nach Manteltarifvertrag der alte Lohn nur für vier Jahre weitergezahlt werden muß, was die Lohnsenkung nur hinausschiebt.

Die Empörung der Arbeiter über die Angriffe der Thyssen-Kapitalisten auf den Lohn wurde noch gesteigert, als ein Fall bekannt wurde, wo die Thyssen-Kapitalisten die Zahlung des Soziallohns, d.h. Verdienstabsicherung bei Krankheit und Unfall umgangen haben. Einen ehemaligen Dreher, der vor vier Jahren ein Auge verlor und jetzt eine andere Tätigkeit ausübt, haben die Kapitalisten von 24 auf 15 Arbeitswertpunkte heruntergestuft, was eine Lohnsenkung von 293,92 DM im Monat ausmacht. Begründung: die Vereinbarung, den bisherigen Lohn als Dreher weiterzuzahlen, sei nur in mündlicher Form getroffen worden. Der Betriebsrat hat zugesichert, noch einmal Verhandlungen mit den Kapitalisten aufzunehmen. Die Profitschlachten haben ihre Spuren bei der Gesundheit der Arbeiter hinterlassen, für viele steht in nächster Zeit ebenfalls der „Soziallohn" an, sodaß die Zurückschlagung dieses Angriffs große Bedeutung hat.
deutung hat.

Mit Lohnsenkung drücken die Kapitalisten gleichzeitig größere Teile der Arbeiter in Schichtarbeit. Zum Jahreswechsel hatten sie versucht, die Contischicht auszuweiten, indem sie für die Kranfahrer in der Glüherei einen neuen Schichtryhtmus einführen wollten, der 13 Nachtschichten in ununterbrochener Reihe ermöglicht hätte, vorher waren es höchstens 7 gewesen. Betriebsleiter Holthusen hatte das damit begründet, der kurze Wechsel (8 Stunden Abstand zwischen zwei Schichten) sei nicht mehr erlaubt. Indem 14 der 24 von dieser Regelung betroffenen Kranfahrer ihn aufgesucht hatten, konnten dieser Vorstoß abgewehrt werden. Ab März gilt ein Schichtrythmus ohne kurzen Wechsel bei höchstens 7 Schichten hintereinander.

Die Forderungen nach Verbot der Contischicht und Nachtschicht und gegen Lohnsenkungen müssen Bestandteil der Vorbereitungen für den 1. Mai sein. Ebenso der Kampf gegen die Rationalisierungspläne Spethmanns, die erst kürzlich bekannt geworden sind. Danach soll der Elektroofen 2 durch einen etwa doppelt so großen ersetzt werden, die größte Presse des Hammerwerkes nach Hattingen ausgelagert, die BW I und II dicht gemacht, insgesamt die Zahl der Arbeiter um die Hälfte gesenkt werden. Am kommenden Dienstag findet eine Vertrauensleutevollversammlung statt, auf der die genauen Maßnahmen diskutiert und Kampfschritte dagegen eingeleitet werden sollen.
den sollen.

Diejenigen, die jetzt zum Rückzug blasen, waren schon beim Angriff nie dabei

Weiterführung des Kampfes der Schülerbewegung in NRW

r.löh. Trotz des Kampfes der Schülerbewegung in NRW ist es der Landesregierung gelungen, die Allgemeine Schulordnung und die Rechtsverordnung zum 1.2. in Kraft treten zu lassen. Grund genug für einige Leute zu verbreiten, die Schülerbewegug hätte keinen Erfolg gehabt, weswegen man es jetzt sowieso stecken könnte und an eine Weiterführung des Kampfes nicht zu denken sei. Von der Landeschülervertretung, die bekanntlich randvoll ist mit Altherrenjugendlichen von SDAJ und Jusos, hört man offiziell nichts. Auf Anruf von Schülern, die nachfragten, wie es stehe mit einer Urabstimmung für landesweiten Streik, wurde mitgeteilt : „Der Landesschülerrat hat noch nicht darüber beraten. Eine Sitzung wird wohl demnächst stattfinden. Wir haben zwar ein paar Briefe gekriegt, aber ich glaube nicht, daß der Vorstand so etwas beschliessen wird. Ich halte das für ziemlich illusorisch, weil am Aktionstag längst nicht alle mitgemacht haben, höchstens ein Drittel." Wieviel ist ein Drittel? In NRW gibt es über 3,3 Millionen Schüler. Bei der Einstellung, daß man mal „demnächst tagt" und alles weitere für „illusorisch" hält, hätte es sich auch wirklich schlecht gemacht, in absoluten Zahlen zu sprechen. Was hat und was hindert die Landesschülervertretung eigentlich daran, eine Urabstimmung für landesweiten Streik durchzuführen? Daß es „höchstens eine Million waren" oder daß ihnen kurz vor den Aktionstagen ein blauer Brief Girgensohns in ihre Amtsstuben geflattert ist mit der schlichten Feststellung, daß „Streik ungesetzlich" ist? Wie auch immer. Daß diese Leute jetzt ein Klagelied über die Erfolglosigkeit des Kampfes anstimmen, entspricht ihrem politischen Interesse der Aussöhnung mit dem Staatsapparat. Statt zu kämpfen propagieren sie die „demokratische Bildungsreform".

Die Schulpolitik der Landesregierung und ein Vorschlag für die Fortsetzung des Kampfes der Schülerbewegung in NRW

Kommunistische Volkszeitung – Flugschrift 26.2.1979 / Herausgegeben von der Regionalleitung Mitte des Kommunistischen Bundes Westdeutschland / 0,20 DM

Zu beziehen über jeden Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung und über die KBW-Regionalleitung Mitte, Neusser Str. 27-29, 5000 Köln.

Die Allgemeine Schulordnung und RVO sind in Kraft. Durchgesetzt hat sie die Landesregierung deswegen noch lange nicht. Der Kampf der Schuljugend hindert sie bisher daran. Das ist zweifelsohne ein Erfolg und hätte keineswegs so kommen müssen. Genauso sichtbar liegt es auf der Hand, daß die Einheit der Schülerbewegung durch den bisherigen Kampf gewachsen ist. Beides muß unbedingt festgehalten werden, um politischen Betrügern, die alles daran setzen, diese Erkenntnis in der Versenkung verschwinden zu lassen, das Wasser abzugraben.

Sicher ist hingegen auch, daß diese Erfolge mager sind im Verhältnis zu dem, was man sich zum Ziel gesetzt hat. Wird der Kampf nicht weiter geführt, wird von der Landesregierung nicht nur nicht die Erfüllung der beschlossenen Forderungen abgezwungen werden, sondern auch diese kleinen Schritte nach vorne werden schneller als man denkt wieder zunichte sein. Damit wäre der Landesregierung Tür und Tor geöffnet, bei ihren weiteren Plänen in der Durchsetzung der bereits beschlossenen Gesetze.

Die Frage ist also nicht, ob weiter gekämpft werden soll oder nicht, sondern wie weitergekämpft werden kann und vor allem unter welchen Forderungen dies möglich ist. Landesweit zusammenschließen kann man sich um die Forderungen:

Lernmittelfreiheit! Bezahlung der Fahrtkosten aller Schüler!
100 DM mehr für alle Bafög-Bezieher!
1500 DM Elternfreibetrag!
12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen!
Streik- und Koalitionsrecht für Schüler! Schülervertretungen mit politischem Mandat! Recht auf Schülerzeitungen, Wandzeitungen und freie Meinungsäußerung!
Keiner darf sitzenbleiben! Weg mit dem Notensystem!

Daß sie mit den Interessen der Schuljugend übereinstimmen, kann man an der Praxis und der Lage an den Schulen überprüfen. Und um so schneller und breiter der Zusammenschluß für die Erhebung dieser Forderungen organisiert wird, um so schneller und mit guter Aussicht auf Erfolg kann ein landesweiter Streik durchgeführt werden.

Arbeiter bei BÄKO bereiten Wahl eines Betriebsrates vor

r.kla. Bei BÄKO arbeiten 15 Ausfahrer. Die Bäckergenossenschaft Bäko beschafft und verteilt Mehl, Obst, Süssigkeiten und andere Backzutaten an die Mitglieder. Morgens um 7.30 geht's los. Der Meister geht rum und verteilt die Touren. Dann werden die Container von der Rampe auf die LKW's gezogen. Einer der 15 Ausfahrer hat nachgerechnet: Am 4.12.1978 wurden morgens 8,2 t und nachmittags 7 t von 3 Arbeitern ausgeliefert. Jeder von ihnen mußte über 5 t schleppen, bei jedem zweiten Bäcker geht es treppauf oder treppab. BÄKO bezahlt 10,- DM die Stunde für Fahrer, das sind 0,50 DM über Tarif. Als besonderen Clou gibt er die 150,- DM „Anwesenheitsprämie" monatlich und bis zu 500,- DM „Leistungsprämie" jährlich aus. Außerdem gibt es noch ein Essensgeld von 5,- DM täglich. Ist ein Arbeiter krank, wird die Anwesenheitsprämie gestrichen. Deswegen hat ein Arbeiter während seiner Krankheit 3 Urlaubstage genommen. Das freut den Kapitalist. Er spart 3 Tage Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, also 250,-DM und zahlt dafür, großzügig wie er ist, 150,-DM als Prämie aus. Sind 90,-DM Schnitt. Der Arbeiter ist betrogen. Er kriegt zwar 150,-DM in diesem Monat mehr, hat aber dafür 3 Urlaubstage hergegeben – umgerechnet sind das 6,25 DM pro Stunde, ein teurer Spaß.

Die Leistungsprämie funktioniert ähnlich. Kriegt man mit den Bäckern Krach, gehen z.B. Mehlsäcke kaputt oder hat man einen Unfall, so kriegt man weniger. So kombiniert die Prämie Arbeitshetze mit Lohnsenkung. Geplant ist, die 500,-DM Prämie auf 1200,-DM pro Jahr anzuheben, um den Druck noch größer werden zu lassen. Jetzt ist ein neuer LKW angeschafft worden, aber beileibe nicht wegen der guten Heizung und bequemen Sitze für die Arbeiter. Die alten LKW's haben des öfteren Ausfälle, sodaß man nicht weiterarbeiten kann. Das ist mit den neuen, die auch mehr PS haben, nun vorbei. Jede Pore des Arbeitstages wird so geschlosssen, so daß man kaum Zeit zum Luftholen hat.

Vor kurzem ist ein Arbeiter entlassen worden, weil er die Ware auf dem kürzesten Weg abgeladen hat. Die Entlassung hat Ärger im Betrieb gegeben. Die Arbeiter haben sich gefragt, ob es eigentlich nötig ist, sich sowas noch länger bieten zu lassen. Sie haben beraten, was man dagegen tun kann. Schon einmal hatten sich die Arbeiter zusammengeschlossen um ein 13.Monatsgehalt durchzusetzen. Eine Versammlung wurde gemacht, zu der der Chef dann geholt wurde. Dieser brachte es in dreister Weise dann doch fertig, sich die Auszahlung des Geldes einzusparen, indem er nämlich frech behauptete, die Arbeiter bekämen schon das 13. Monatsgehalt und zwar jeden Monat verteilt auf den Lohn drauf. Der Kampf um das 13. Monatsgehalt konnte so zwar momentan abgebogen, aber nicht auf die Dauer unterdrückt werden, denn die Forderung wird jetzt erneut unter den Arbeitern beraten. Nach der Entlassung des Arbeiters haben die Arbeiter besprochen, daß es nötig ist, daß sie sich einen Betriebsrat wählen. Sie haben auch über Forderungen debattiert: Die kostenlose Bereitstellung von Arbeitskleidung, (bisher ist es so, daß die Arbeiter in normaler Kleidung arbeiten müssen, die aber enorm schnell verschleißt oder kaputt geht), ein 13. Monatsgehalt, die Abschaffung der Anwesenheitsprämie, so daß die 150,-DM fester Lohnbestandteil werden. Nötig ist auch, daß auf jeden LKW 3 Mann fahren. Teilweise sind es nur 2, die alles alleine schleppen müssen.

Vorstandsmitglied Luther ist auch für eine Betriebsrat – sagt er. Er will ihn, um die Streitereien zwischen ihm und den Bäckern zu schlichten, die es ständig gibt, weil die Arbeiter die Säcke nicht immer dorthin schleppen können, wo die Bäcker sie hinhaben wollen. Der Widerspruch besteht aber nicht zwischen Bäckern und den Arbeitern, sondern vielmehr gedenkt er als Handelskapitalist die Arbeit zu intensivieren, um durch seine Antreiberei den Warenumschlag und damit seinen Profit zu steigern. Die Arbeiter wollen den Betriebsrat aus anderen Gründen wählen, denn sie haben gesehen, daß es notwendig ist, ein Vertretungsorgan zu haben. Auseinandersetzungen gibt es darum, ob es notwendig ist, den Kampf darum mit Hilfe der Gewerkschaft zu führen, denn man hat schon einmal schlechte Erfahrungen mit der Gewerkschaftsführung gemacht, als sie im Kampf gegen die Anwesenheitsprämie Unterstützung forderten. Mehr und mehr Arbeiter wollen jetzt in die Gewerkschaft eintreten.

Letzte Woche hat ein Meister geäußert, der Vorstand würde ab April für Fahrer 7 oder 8% mehr Lohn zahlen, für Beifahrer weniger. Nehmen wir den Vorstand beim Wort – unseren Interessen entspricht es, wenn die 8 % in Festgeld ausbezahlt werden, für alle gleich.

USA: 400000 Teamsters bereiten den Streik vor

US-Kapitalisten wollen Kapitalumschlag beschleunigen / Fernfahrer kämpfen um Lohn und Normalarbeitstag

z.mif. Eine wichtige Abteilung der amerikanischen Arbeiterklasse steht vor einer schwierigen Aufgabe. 400000 Transportarbeiter – Fernfahrer, Hafen- und Nahverkehrsarbeiter – kämpfen um einen neuen Tarifvertrag. Das Frachtrahmenabkommen läuft am 31.3. aus. Lohn und Arbeitsbedingungen sind damit offen. Der bisherige Vertrag wurde 1964 erkämpft; die damals errungenen Arbeitsbedingungen sind seither von den Kapitalisten Schritt für Schritt durchbrochen worden.

Heute sind die amerikanischen Fernfahrer verpflichtet, 60 bis 70 Stunden die Woche zu arbeiten, und sie erhalten keinen Pfennig an Überstundengeld. 1977 kamen 799 Fahrer bei der Arbeit zu Tode. Die US-Imperialisten drängen auf raschen Umschlag der Waren. Angesichts der verschärften imperialistischen Konkurrenz auf dem US- und dem Weltmarkt wollen sie die Kosten für konstantes Kapital drücken.

Den ersten Tarifvertrag hatten die Fernfahrer von Minneapolis 1938 erkämpft; für elf Staaten konnten sie Lohn und Arbeitsbedingungen festlegen und den „closed shop", den Zwang für die Kapitalisten, nur Gewerkschaftsmitglieder einzustellen, durchsetzen. Heute ist die International Brotherhood of Teamsters die größte Gewerkschaft der USA mit über 2 Millionen Mitgliedern.

1975 waren 9 Millionen Arbeiter im Straßentransport beschäftigt, und 24,6 Millionen LKWs waren registriert, 1969 waren es 16,9 Millionen LKWs, dagegen ist die Zahl der Fernfahrer in den letzten zehn Jahren um 25% gesenkt worden. Weniger Fahrer müssen mehr LKWs bewegen – deutliches Zeichen für die ins Unerträgliche gesteigerte Überarbeit.

Es gibt 16000 LKW-Transportfirmen, aber eine Handvoll Monopole wie Roadway Express, Consolidated Freightways, Yellow Freight System beherrscht den Markt. In diesen Betrieben sind die Arbeiter zu 100% gewerkschaftlich organisiert. Andere Kapitalisten wie Overnite Trucking greifen die Monopolisten an, um ihnen die Riesenprofite abzujagen. Das Kohle-, Öl- und Erdgasmonopol American Natural Resources hat innerhalb von zwei Jahren fünf regionale LKW-Transportkapitalisten aufgekauft. Es ist gegenwärtig dabei, in diesen fünf Betrieben eine gewaltige Rationalisierung durchzuführen, und verspricht sich davon einen Profit von 18% vom Umsatz. Die staatliche Behörde ICC, die den gesamten Verkehr über Grenzen von Bundesstaaten hinweg kontrolliert, hat kürzlich 14% als Durchschnitt in der gesamten Transportindustrie zugelassen. Die Staatsaufsicht ermöglicht die jederzeitige Verhängung von Notstandsmaßnahmen, die sämtliche gewerkschaftlichen Rechte außer Kraft setzen.

Die gewerkschaftliche Organisierung der Transportarbeiter steht der Exportoffensive der US-Imperialisten im Weg. Die Kapitalisten von Overnite Trucking haben kürzlich in einer Abstimmung der Arbeiter erreicht, daß die Mehrheit gegen die Organisierung bei den Teamsters stimmte. Diese Niederlage der Arbeiterbewegung ist der Gewerkschaftsführung geschuldet.



„Schluß mit der Sklaverei der 70-Wochenstunden" fordern die Fernfahrer in der Teamster-Gewerkschaft. – Die Werftarbeiter von Newport News, Virginia, stehen seit drei Wochen im Streik. Die Streikposten setzen sich gegen Polizeiangriffe durch.

1956 bis 1959, drei Jahre lang, untersuchte Robert F. Kennedy als Mitglied eines Senatsausschusses das Finanzgebahren der Teamsters und schrieb auch noch ein Buch darüber ("The Enemy Within" – Der innere Feind). Er nutzte die Empörung über die gängige Korruption und wollte sie umdrehen mit dem Ziel der Zerschlagung dieser Gewerkschaft: „Was wir enthüllen konnten, zeigt klar, daß die Teamster-Mitgliedschaft betrogen worden ist; daß demokratische Prozesse erstickt wurden; daß Gelder einschließlich Pensions- und Wohlfahrtsfonds in Höhe von mindestens 9.5 Mio. Dollar mißbraucht wurden... Die Teamster-Gewerkschaft ist die mächtigste Institution in diesem Land – nach der Regierung der Vereinigten Staaten. Ein Teamster fährt bei der Geburt die Mutter ins Krankenhaus. Ein Teamster fährt beim Tod den Leichenwagen... Ganz wörtlich liegt unser Leben – das Leben jedes Menschen in den Vereinigten Staaten – in den Händen von Hoffa und seinen Teamsters."

Mit dem Streikbruch gegen die FASH-Stahltransporter Anfang dieses Jahres hat die Gewerkschaftsführung die bürgerliche Tradition fortgesetzt. Dennoch können die Transportarbeiter im Kampf um höheren Lohn und den Normalarbeitstag die 7%-Lohnleitlinie von Carter brechen, weil sie darin die Unterstützung aller Arbeiter haben.

---

ben. Ein Verteidiger hat nach diesem Urteil nicht das Recht dazu beizutragen, daß Gefangene sich in der Haft über ihr Auftreten im Prozeß, die Propaganda ihrer Ziele und die Fortsetzung ihres Kampfes auch unter den Bedingungen der Haft verständigen. Dieses Urteil ergänzt das Urteil des Oberlandesgericht Hamburg gegen Rechtsanwalt Groenewold, das den Verteidigern verbieten will, ein revolutionäres Auftreten von Angeklagten vor Gericht zu unterstützen. – Angeklagten sollen Verteidiger genommen werden, die sich nicht den Interessen unterwerfen, die der bürgerliche Staat vertritt, sondern sich vorbehaltlos die Verteidigung gegen diesen Staatsapparat zum Ziel setzen.

z.isw. **Am 12. Februar 1979 hat der 5. Strafsenat des Kammergerichts 4 Drucker zu Gefängnisstrafen von 12 bzw. 9 Monaten u.a. verurteilt** wegen verfassungsfeindlicher Befürwortung von Straftaten (§88a), Bildung terroristischer Vereinigungen (§129a), öffentliche Aufforderung und Billigung von Straftaten. Die Strafen wurden nicht zur Bewährung ausgesetzt, weil die Angeklagten sich bis zuletzt uneinsichtig gezeigt hätten und weiter drucken wollten, ohne eine Zensur auszuüben. Richter Zelle unternimmt damit einen weiteren Vorstoß zur Einschränkung der Pressfreiheit und zum Verbot der Propaganda revolutionärer Gewalt.

z.haw. **Eine Anfrage im Bundestag, ob eine Datenbank zur Feststellung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung eingerichtet wird, hat Bundesminister Hauff verneint.** Nun gibt es aber bereits ca. 50000 Dateien in Behörden und anderen öffentlichen Stellen. Einen Verbund dieser Dateien herzustellen, ist technisch kein Problem. Entscheidend für die Bourgeoisie, diese Daten zu ermitteln, ist festzustellen, welches Potential an ausbeutbarer Arbeitskraft ihr zur Verfügung steht, und die durch Krankheit verursachten Kosten zu senken. Von Interesse für sie sind dabei die immer häufiger auftretenden Kreislauf-, Herz- und Gefäßerkrankungen. In Westberlin z.B. wird bei Mietern in Sanierungsgebieten festgestellt, welche chronischen Erkrankungen vorliegen. Die AOK Wiesbaden speichert Rezepte und ermittelt den Anstieg der Rezeptvergabe. Sehr deutlich wird der Einsatz von EDV zur Kostendämpfung an den Braunschweiger Krankenhäusern; steigt die Ausgabe von teuren Medikamenten, werden sie durch billige ersetzt.

z.mas. **200 „honorige Bürger" haben am 19.2. in Bonn eine „Liberal-konservative Wählerinitiative" zu den Europawahlen gebildet.** Die „Initiative" soll sammeln – Unterschriften für eine Bundesliste zu den Europawahlen und mehr. Ihr geschäftsführender Ausschuß wurde u.a. mit dem ZDF-Magazin-Moderator Löwenthal und dem CSU-Mitglied und „Straußberater" Prof. Bossle besetzt. Bossle, den die „Sorge um die Entmutigung der Demokraten" plagt, war aus gutem Grund 1977 von der bayerischen Staatsregierung der Soziologielehrstuhl der Universität Würzburg zugeschanzt und das dazugehörige „Institut für Demokratieforschung" eingerichtet worden: Diese Universität ist als Zentrum der Korporationsstudenten und Rekrutierungsort der Freikorps gegen die Münchner Räterepublik 1919 für konterrevolutionäre Sammlungsbewegungen erprobt. Bossle selbst beansprucht für seine Gründung im Auftrag der CSU, „daß zum ersten Mal seit 1966 im nichtsozialistischen Bereich eine strategische Offensive gewagt wird." Der „Münchner Merkur" verlangt derweil, daß Strauß seine Rolle als „Schutzpatron im Hintergrund" aufgeben müsse. Am 31.3. ist der CSU-Parteitag. Auch Fredersdorf hat Ansprüche auf die „Sammlungsergebnisse" geltend gemacht.

Portugal: Abbruch des Telefonistenstreiks

z.jon. Nach zehn Tagen haben die 10000 Telefonarbeiter in Portugal am 15.2. ihren Streik auf Betreiben der reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer abgebrochen, ohne daß sie ihre Forderung nach einer Lohnerhöhung von 19% durchsetzen konnten. Zuvor hatte die Regierung vergeblich versucht, den Streik mit der militärischen Dienstverpflichtung der Telefonisten zu brechen. Es war ihr auch nicht gelungen, die Bewegung mit der Behauptung zu isolieren, der Streik mache die Rettungsarbeiten bei der gleichzeitigen Flutkatastrophe unmöglich. Nach der Entlassung von 18 Streikführern am 13.2. beschlossen die Telefonarbeiter ausdrücklich mit großer Mehrheit die Weiterführung des Streiks. Die Gewerkschaftsführungen setzten schließlich den Streikabbruch durch, weil seine Weiterführung die Regierung Mota Pinto gefährdet hätte. Diese Regierung wird von allen bürgerlichen Parteien im Parlament geduldet, solange sie den Auftrag des Weltwährungsfonds durchsetzt, die Arbeiter- und Bauernbewegung in Portugal zu unterdrücken und ihre in der revolutionären Bewegung 1974 erkämpften Rechte zu rauben. Am Tag nach dem Streikabbruch brachte die Regierung einen Budgetentwurf ein, der nach Absprache mit dem IWF Erhöhungen der direkten und indirekten Steuern und eine Lohnleitlinie von 18% bei einer offiziellen Inflationsrate von 24% im letzten Jahr vorsieht.

Arbeiter von General Motors Antwerpen bereiten Streik vor

z.scc.Brüssel. „Zustimmung oder Streik"? In einer Urabstimmung lehnten 71,7% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von General Motors/Antwerpen den zwischen den GM-Kapitalisten und den Führern der Metallgewerkschaften ausgehandelten Tarifvertrag (Laufzeit 3 Jahre) ab; legen die Kapitalisten kein deutlich besseres Angebot vor, treten die 11000 Arbeiter diese Woche in den Streik. Mit 38 Std. und 20 Min., sowie zwei zusätzlichen Urlaubstagen hätten die Arbeiter von GM die kürzeste Arbeitszeit in der Automobilindustrie in Belgien erreicht, preisen die Kapitalisten den Vertrag – die Arbeiter bleiben bei ihrer Forderung nach 38 Stunden *Wochen*arbeitszeit. Ebenso lehnen sie die Zahlung einer Prämie von 8000 bfr 1979, 16000 bfr 1980 und 24000 bfr 1981 (500, 1000 bzw. 1500 DM) anstelle einer Lohnerhöhung ab. Diese Prämien, sagen sie, kassiert zu 44% der bürgerliche Staat über die Lohnsteuer ein; außerdem sind sie tarifvertraglich nicht abgesichert, ihre Tariflöhne bis 1981 dann ans unterste Ende der Lohnskala abgerutscht. Die tückische Absicht der Kapitalisten war gewesen, die Prämien 1982 auf den Tarifstundenlohn umzurechnen – mit dem Ergebnis, daß die Löhne für die folgenden 3 Jahre de facto nicht erhöht werden. Dieser Absicht haben die Arbeiter von GM eine eindeutige Absage erteilt.

Streiks der Automobilarbeiter in Spanien

z.jon. In mehreren spanischen Automobilfabriken stehen die Arbeiter seit Januar im Kampf für neue Tarifverträge. Die Gewerkschaften haben durchweg Lohnforderungen in der Höhe von 16%, der offiziellen Preissteigerungsrate des vorigen Jahres aufgestellt. Die Arbeiter von Fasa-Renault streiken seit Anfang Januar gegen ein Angebot, das nur eine tatsächliche Lohnerhöhung von 1% bringen würde. Teile der Belegschaft hielten den Betrieb besetzt. Die Kapitalisten sperrten am 11.2. aus. Nach der Aufhebung der Aussperrung nahmen die Arbeiter am 14.2. die Arbeit nach heftigen Auseinandersetzungen in der Belegschaft auf Betreiben der Gewerkschaftsführungen wieder auf, ohne ihre Forderungen durchgesetzt zu haben. Die 10000 Arbeiter von Ford Espana streikten am 2.2. gleichzeitig mit den 70000 Bauarbeitern und den Werftarbeitern in Valencia. Sie fordern 16% mehr Lohn, Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit auf 1848 Stunden und Abschaffung der Wochenendarbeit. Am 13.2. traten sie erneut in Streik, auf den die Kapitalisten mit Aussperrung reagierten. Am 17.2. beschloß eine Versammlung von 6000 Arbeitern die Unterbrechung des Streiks für Verhandlungen. Am 22.2. riefen die Gewerkschaften erneut zum Streik auf. Die Arbeiter von Citroen in Vigo traten am 20.2. zum zweiten Mal zusammen mit 20000 Metallern der Provinz Pontevedra für einen neuen Tarifvertrag in Streik.

Ehemaliger Theologieprofessor will Zionisteninstitut gründen

z.tob. Seit 8 Jahren versucht die Bourgeoisie eine zionistische Propagandazentrale zu gründen, die jetzt in dem Projekt eines ,,Jüdisch-Theologischen Institutes'' Gestalt angenommen hat. Im Hochschulmagazin, Propagandablatt des Hochschulministeriums, war erklärt worden: ,,Heidelberg hat sich als Standort deswegen angeboten, weil hier die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden können und die Universität gute Voraussetzungen für eine Kooperation bietet''. Die guten Voraussetzungen bestehen in der Gestalt des ehemaligen Rektors Rendtorff, Theologie-Professor. Rendtorff hat z.B. einen Aufruf in der BILD-Zeitung mit unterzeichnet, der zur Unterstützung des 6-Tage-Krieges gegen Ägypten aufrief. In seinen Seminaren versucht er, die Berechtigung des Siedlerstaates Israel aus der Bibel herzuleiten. Das neue Institut soll die ,,einzige Ausbildungsstätte für deutschsprachige Rabbiner und Religionslehrer im gesamten deutschsprachigen Raum'' werden. Erstmals öffentlich in der Presse wurde das Vorhaben angekündigt in Verbindung mit der Hetze, die die Heidelberger Bourgeoisie anläßlich des 40. Jahrestages der Reichskristallnacht entfaltete. Rendtorff, der Landesrabbiner Levinson und der Bürgermeister Korz sprachen damals anläßlich der Einweihung eines Mahnmals am Synagogenplatz. Korz, der mit Oberbürgermeister Zundel den israelischen Botschafter empfangen hat und gleichzeitig Demonstrationen zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker der 3. Welt verboten hat, führte dabei aus: ,,Auch die damals noch nicht Geborenen stehen als Deutsche mit in der großen Schuld... Gegenwart und Zukunft verlangen von uns, den Juden als unseren Mitbürgern hier und in aller Welt beizustehen und ihnen ihre geistige und materielle Heimat bewahren zu helfen...' Der Zionismus ist eine Ideologie und Verkleidung der imperialistischen Expansion auch der westdeutschen Bourgeoisie. Der zionistische Kolonialstaat Israel ist Stützpunkt dieser Expansion. Rabbinerfrau Levinson, auf Fragen eines Studenten nach dem neuen Institut: ,,Wollen sie auch zu dem kleinen Häuflein der Pioniere dazustoßen...?''

Völker der 3. Welt verboten hat, führte dabei aus: ,,Auch die damals noch nicht Geborenen stehen als Deutsche mit in der großen Schuld... Gegenwart und Zukunft verlangen von uns, den Juden als unseren Mitbürgern hier und in aller Welt beizustehen und ihnen ihre geistige und materielle Heimat bewahren zu helfen...' Der Zionismus ist eine Ideologie und Verkleidung der imperialistischen Expansion auch der westdeutschen Bourgeoisie. Der zionistische Kolonialstaat Israel ist Stützpunkt dieser Expansion. Rabbinerfrau Levinson, auf Fragen eines Studenten nach dem neuen Institut: ,,Wollen sie auch zu dem kleinen Häuflein der Pioniere dazustoßen...?''

Religion, Ethik – ,,versetzungserheblich'' auf jeden Fall

z.ind. Die Abscheu der Schüler vor dem Religionsunterricht ist groß, häufig wird er von den Schülern angegriffen. Die Teilnahme der Schüler am Religionsunterricht sinkt; obwohl er seit seinem Bestehen ordentliches Pflichtfach ist, ist es der Bourgeoisie nicht gelungen, alle Schüler hineinzuzwingen. Besonders an den Berufsschulen, wo die Schüler eigene Erfahrungen mit der Ausbeutung gesammelt haben, zieht das christliche Gewäsch nur wenig. Auf den Religionsunterricht legen die bürgerlichen Politiker dementsprechend Gewicht. In Hessen gibt es an den Berufsschulen gegenwärtig 413 Religionslehrer gegenüber z.B. 340 Englischlehrern. Bis 1986 sollen es 522 sein. Schwierigkeiten sieht das Kultusministerium allerdings darin, daß ,,ein Teil der Lehrer mit Religionsfakultas nicht mehr bereit ist, Religionsunterricht zu erteilen'' und ,,nur rd. 66% in dem Unterrichtsfach eingesetzt waren'' (Lehrerbedarfsplan). Ist es der Bourgeoisie bisher gelungen, über den Religionsunterricht Klassenversöhnung zu betreiben, geht das jetzt nicht mehr so einfach, das soll ausgeglichen werden einerseits durch den meist bestehenden Philosophieunterricht, andererseits durch den jetzt in vielen Ländern geplanten Ethikunterricht. In Hessen soll er im nächsten Schuljahr eingesetzt werden, ist ebenfalls Pflichtfach und soll den Schülern ,,das Verständnis für Wertvorstellungen und ethische Grundsätze und den Zugang zu ethischen, philosophischen und religiösen Fragen vermitteln'' (geändertes Schulgesetz). Gleichzeitig muß die Bourgeoisie den Druck mittels Noten auf die Schüler verschärfen. Alle drei Fächer sollen in mehreren Ländern versetzungsrelevant werden, denn ,,die Möglichkeit, dem Religionsunterricht fernzubleiben, ist nicht geschaffen worden, um der Bewertung von Minderleistungen in diesem Fach auszuweichen'' (BVerwG); so soll die bessere Aussiebung durch die Noten helfen, ,,die Chancengleichheit zu verwirklichen'' (OVerwG). Die Lehrer sollen damit auch unter die Knute gebracht werden, sie sollen ,,auch mal eine 5 geben, ansonsten man sich als ungeeignet für die reformierte Oberstufe erweise'' (Direktor am Gymnasium Böblingen).

Interessen der Arbeiterbewegung in der Vorbereitung des 1. Mai

z.gab. Die Gewerkschaftsmitglieder führen eine Auseinandersetzung darum, wie der 1. Mai genutzt werden kann zur Bekundung der Forderungen, unter denen alle Lohnabgängigen sich für ihre Interessen zusammenschließen können. Sie erheben politische Forderungen gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat, um die ruinösen Folgen der Ausbeuterwirtschaft abzuwehren und Rechte durchzusetzen.

Westberlin. Der Landesbezirksvorstand der IG Drupa hat beschlossen, auch dieses Jahr entgegen den Empfehlungen des DGB-Vorstandes eine Demonstration zum 1. Mai zu organisieren. Schon jetzt soll, entsprechend diesem Beschluß, in den Betrieben darauf hingearbeitet werden und die Forderungen aufgestellt werden.

Celle, 21.2.79. Die GEW-Betriebsgruppe des Studienseminars Celle hat folgenden Beschluß zum 1. Mai gefaßt, der dem GEW-Kreisvorstand zugeschickt wird: ,,Seit über 100 Jahren ist der 1. Mai Kampftag der internationalen Arbeiterklasse. In diesem Jahr hat es verschiedene Auseinandersetzungen in Westdeutschland und in der ganzen Welt gegeben: Erinnert sei hier nur an den VW-Streik, den Stahlarbeiterstreik, die Auseinandersetzung um die Schließung der Spinnhütte in Celle und die Kurzarbeit bei Telefunken, den Kampf gegen den Ministerpräsidentenerlaß, den Sturz des Schah-Regimes. Der 1. Mai erhält dementsprechend seine Bedeutung. Wir sprechen uns daher dafür aus, daß der DGB in Celle zum 1. Mai eine Kundgebung unter freiem Himmel und eine Demonstration durch die Innenstadt organisiert – eine Demonstration wie sie der DGB bzw. die DGB-Jugend in den Jahren 1973 bis 1977 mit Erfolg durchgeführt hat. Wir werden dies nach Kräften unterstützen. Gut wäre es, wenn der DGB-Kreisvorstand die Vorbereitung und Durchführung des 1. Mai rasch beraten könnte. Wir, die GEW-Betriebsgruppe des Studienseminars Celle, rufen auf, sich zahlreich an den Aktionen des DGB zu beteiligen und werden mobilisieren unter folgenden Forderungen:

– Einstellung aller Lehrer, Verbot der Überstunden, Senkung der Regelstundenzahl, 35-Stundenwoche an 5 Werktagen.

– Keine Kürzung der Anwärterbezüge, Festgeldforderung, mindestens 100 DM mehr in dieser Tarifrunde.

– Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer, Anhebung des Grundfreibetrages, 1500 DM monatlich – Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im öffentlichen Dienst, Tarifrecht und Streikrecht für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

– Ersatzlose Streichung der Ministerpräsidentenbeschlüsse von 1972, Vernichtung aller Verfassungsschutzberichte aus den Personalakten.''

Herne. Der DGB-Kreisvorsitzende G. Opalka will H. Ehrenberg als Redner für die 1. Mai-Kundgebung in Herne dem Kreisvorstand vorschlagen. Er hatte beim DGB-Landesbezirk nach prominenten Mai-Rednern nachgefragt und die Auskunft erhalten, daß Ehrenberg noch frei sei. Um ihn reißt sich anscheinend kein DGB-Kreisvorstand. Der DGB-Kreisjugendausschuß Herne hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, im Kreisvorstand gegen Ehrenberg zu stimmen.

Böblingen. Der DGB-Kreisvorstand hat beschlossen, dieses Jahr keine 1. Mai-Demonstration durchzuführen. Es soll eine Saalveranstaltung mit einem ,,Spitzenredner'' stattfinden. Kein Vertreter der Jugend ist vorgesehen. Am 13.2. fand auf Initiative der DGB-Jugend eine Beratung mit 70 Teilnehmern statt. Für eine Demonstration sind DGB-Jugend, Ortskartell Weil der Stadt, Kreisvorstand der IG Drupa und GEW. Es wird eine Unterschriftensammlung durchgeführt, die den DGB zur Durchführung einer ,,kreiszentralen Demonstration mit den Schwerpunkten Arbeitszeitverkürzung und Kampf gegen Aussperrung'' auffordert.

Heidelberg. 15.2.79. Resolution von 16 Arbeitern von Teldix zum 1. Mai. ,,Kollegen, wie wir erfahren haben, will der DGB dieses Jahr endlich wieder am 1. Mai eine Kundgebung unter freiem Himmel auf dem Heidelberger Marktplatz durchführen. Das ist eine gute Sache – denn entsprechend der Tradition der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung müssen unsere Forderungen auch in der heutigen Bewegung nach Arbeitszeitverkürzung, für den 7-Stundentag (35-Stundenwoche) bei vollem Lohnausgleich gerade am 1. Mai auf die Straße getragen werden.

Doch an dem Tag, an dem sich die Arbeiter und Angestellten in allen Ländern der Welt zusammenschließen und für ihre gerechten Ziele eintreten, soll in Heidelberg zu uns als Hauptredner der CDU-Ministerpräsident Späth sprechen.

Lothar Späth, ein Mann, der in seiner Eigenschaft als Innenminister Tarifverhandlungen durch die Polizei hat bespitzeln lassen und z.B. unter dessen Verantwortung Polizei gegen streikende Drucker in Reutlingen eingesetzt wurden. Dieser Mann, der eindeutig zu dem Lager der Arbeitgeber und Unternehmer gehört, vertritt nicht unsere Interessen.

Wir fordern daher den DGB auf, den Ministerpräsidenten Späth wieder auszuladen und verschiedene Arbeitervertreter aus Heidelberger Betrieben zu uns am 1. Mai sprechen zu lassen.''

Bedarfsorientierung und Leistungsanreiz – neue Zielsetzung der Rentenpolitik

Einen umfassenden Raubzug auf die Renten bereitet Ehrenberg vor

z.cht. Die Senkung der Renten ist der Bourgeoisie eine Herzensangelegenheit, weshalb die Transfer-Enquete-Kommission, die von Ehrenberg eingesetzt ist, um das Netz der sozialen Sicherheit neu zu ordnen, in Eile diesen Monat einen Zwischenbericht vorlegt, in dem sie alle Winkel und Ecken des Rentensystems durchforstet nach Möglichkeiten zu Raubzügen. Die Senkung der Renten muß der Senkung der Löhne folgen: Die ,,Leistungswilligkeit des Staatsbürgers'' soll gehoben werden durch gebührenden ,,Abstand des

Besonders am Herzen liegt der Kommission das Problem der Frauen, die auf Renten angewiesen sind. Einerseits sind ihre Renten zu niedrig, zu viele von ihnen müssen zusätzlich Sozialhilfe bekommen. Dieses Problem soll durch vermehrte Beitragseintreibung angegangen werden, durch Beseitigung der ,,zu kurzen Versicherungszeiten'' und der ,,fehlenden eigenständigen Sicherung der Frau''. Die Steigerung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ist im Sozialbericht der Bun-

68,3% 1982 bei der ArbRV). Andererseits betrage das Durchschnitts-pro-Kopf-Einkommen der alleinstehenden Frau soviel wie das eines 4-Personen-Haushalts (2 Erwachsene, 2 Kinder), so daß sie unter ,,Bedarfsgesichtspunkten'' viel besser dastehe. 37% der Witwen beziehen mehr als eine Rente, und 25% zusätzlich eine Versichertenrente. Die Streichung vieler Witwenrenten bzw. ihre Anrechnung auf die 2. Rente wird die Lösung für dieses Problem sein. Schon 1978 waren 1,7 Mrd. DM

ist, kann man abschätzen, wenn man sich ansieht, wie groß der Personenkreis ist, bei dem die Enquete-Kommission meint, daß sie das Messer ansetzen kann: Wenn die Bourgeoisie jedem durchschnittlich 100 Mark raubt, bereichert sie sich um 1,3 Mrd. DM monatlich, d.i. 16% der monatlichen Rentenausgaben 1978. Damit es auch gerecht zugehe, und nicht doch eine Gruppe beim Rentenraub leer ausgehe, schlägt die Kommission schließlich die Besteuerung der Sozialeinkommen

Bedarfsorientierung und Leistungsanreiz – neue Zielsetzung der Rentenpolitik

Einen umfassenden Raubzug auf die Renten bereitet Ehrenberg vor

z.cht. Die Senkung der Renten ist der Bourgeoisie eine Herzensangelegenheit, weshalb die Transfer-Enquete-Kommission, die von Ehrenberg eingesetzt ist, um das Netz der sozialen Sicherheit neu zu ordnen, in Eile diesen Monat einen Zwischenbericht vorlegt, in dem sie alle Winkel und Ecken des Rentensystems durchforstet nach Möglichkeiten zu Raubzügen. Die Senkung der Renten muß der Senkung der Löhne folgen: Die ,,Leistungswilligkeit des Staatsbürgers'' soll gehoben werden durch gebührenden ,,Abstand des Sozial- vom Arbeitseinkommen''. Zu viele Arbeiter haben von der flexiblen Altersrente Gebrauch gemacht (der Anteil der Rentner an der Gruppe der 60-65jährigen Männer ist von 49,9% 1976 auf 54,8% 1977 gestiegen, entsprechend ist die Erwerbsquote gesunken). Können die Rentner durch Senkung der Renten unter das nackte Existenzminimum dazu gezwungen werden, für einen Hungerlohn weiterhin ihre Arbeitskraft zu verkaufen, ist dies ein weiterer Ausgangspunkt, um die Löhne zu drücken.

Die große ,,Reform'', die den Raubzug ermöglichen soll, ist die ,,Bedarfsorientierung'' der Renten. Der Bedarf sei, meint die Kommission, vielfach niedriger als die tatsächliche Rente. Die in Frage kommenden Personengruppen haben wir aufgelistet.

Personen mit mehr als einer Rente	3,7 Mio.
Mehrere Rentenbezieher in einem Haushalt	1,0 Mio.
Empfänger von Zusatzrenten	2,0 Mio.
Pensionen	0,9 Mio.
erwerbstätige Rentenempfänger	2,0 Mio.
Rentenempfänger in Haushalten, deren Haushaltsvorstand erwerbstätig ist	4,0 Mio.

Um die Senkung der Renten durchzusetzen, müssen Spaltungslinien jeder Art gezogen werden, ein Grund für die Vielzahl der Gruppen, in die die Kommission die Rentenempfänger aufteilt. Sie notiert sorgfältig, wo einzelne Empfänger von Altersversorgung einige Mark mehr bekommen als die anderen. Bei den Pensionen wird sie das Kunststück leisten müssen, wie sie die höheren Beamten verschont und die Pensionen der kleinen Beamten plündert. Die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst muß unbedingt gekürzt werden, wenn der Rentenraub insgesamt nicht für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst seine Wirkung verfehlen soll, da die Zusatzversorgung bislang ein gewisses Rentenniveau sichert. Sie wird ausgespielt gegen die Renten der Arbeiter in den Betrieben. Doch auch da gibt es Zusatzrenten, die sich zur Kürzung der Arbeiterrenten benutzen lassen, schließlich gibt es immer noch andere, die noch schlechter dran sind.

Besonders am Herzen liegt der Kommission das Problem der Frauen, die auf Renten angewiesen sind. Einerseits sind ihre Renten zu niedrig, zu viele von ihnen müssen zusätzlich Sozialhilfe bekommen. Dieses Problem soll durch vermehrte Beitragseintreibung angegangen werden, durch Beseitigung der ,,zu kurzen Versicherungszeiten'' und der ,,fehlenden eigenständigen Sicherung der Frau''. Die Steigerung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ist im Sozialbericht der Bundesregierung schon eingeplant (Steigerung des Anteils der Finanzierung durch Beiträge von 62,8% 1978 auf 68,3% 1982 bei der ArbRV). Andererseits betrage das Durchschnitts-pro-Kopf-Einkommen der alleinstehenden Frau soviel wie das eines 4-Personen-Haushalts (2 Erwachsene, 2 Kinder), so daß sie unter ,,Bedarfsgesichtspunkten'' viel besser dastehe. 37% der Witwen beziehen mehr als eine Rente, und 25% zusätzlich eine Versichertenrente. Die Streichung vieler Witwenrenten bzw. ihre Anrechnung auf die 2. Rente wird die Lösung für dieses Problem sein. Schon 1978 waren 1,7 Mrd. DM mehr in den Kassen der gesetzlichen Rentenversicherung als erwartet. Was für ein Raub für die Zukunft geplant ist, kann man abschätzen, wenn man sich ansieht, wie groß der Personenkreis ist, bei dem die Enquete-Kommission meint, daß sie das Messer ansetzen kann: Wenn die Bourgeoisie jedem durchschnittlich 100 Mark raubt, bereichert sie sich um 1,3 Mrd. DM monatlich, d.i. 16% der monatlichen Rentenausgaben 1978. Damit es auch gerecht zugehe, und nicht doch eine Gruppe beim Rentenraub leer ausgehe, schlägt die Kommission schließlich die Besteuerung der Sozialeinkommen vor, nachdem die Rentner schon zwecks Kostendämpfung im Gesundheitswesen beraubt worden sind.

Bundessozialhilfegesetz: Transferierung von Lohn in Kapital

z.juh. Am 2.2.79 ist der Gesetzentwurf zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes dem Bundestag vom Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit vorgelegt worden:

Ausbildungshilfe wird nicht mehr gewährt, wenn die Möglichkeit besteht, BAFöG oder Geld über das AFG zu beziehen. 1976 betrug dieser Posten 70 Mio. DM.

Blindenhilfe: soll voll auf andere ,,soziale Leistungen'' verrechnet werden, 1976 betrug die gesamte Zahlung 40 Mio. DM.

Eingliederungshilfe für Behinderte: soll gekürzt werden, die Bundesregierung gibt 2,4 Mio. DM an Einsparungen an.

Tuberkulosehilfe: Streichung auf ¼ der bisherigen Zahlung, Wegfall besonderer Ernährungszulagen. Nach Zahlen von 1976 macht das eine Einsparung von 69 Mio. DM.

Erholungsmaßnahmen sollen nur noch bezahlt werden, die ,,im engeren Sinne erforderlich sind'' und vom Vertrauensarzt genehmigt.

Hilfe zur Pflege soll insgesamt um 1 Mio. DM erhöht werden, dafür wird aber der Zwang sein, Pflegefälle im Hause zu versorgen, was gewaltige Einsparungen an Krankenhauskosten ausmachen wird.

Hilfe bei einmaligen Anschaffungen (z.B. ein Wintermantel): Verweis auf die ,,Möglichkeit des Sparens und Abzahlens''. ,,Verstärkter Einsatz des Einkommens''.

Hilfe zum Lebensunterhalt: Kürzung des Grundbetrages bis zu 150 DM, Änderung der Bemessungsgrundlage.

Trennung des Lebensunterhalts von der Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Ein weiterer Vorschlag der ,,Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände'': Herausnahme der Anstaltspflegekosten aus der Sozialhilfe. 1977 haben diese Kosten 56,6% der gesamten Sozialhilfe ausgemacht, d.h. 5,94 Mrd. DM.

Ehrenberg versucht, die Ärzte zu wirtschaftlich kalkulierenden Bütteln der Kostendämpfung zu machen

z.hev. Ziemlich direkt hat Bundesarbeitsminister Ehrenberg die Kassenärzte aufgefordert, die Kostendämpfung doch zügig durchzusetzen. Ehrenberg vermag nicht einzusehen, ,,wieso es einem Arzt nicht möglich sein soll, einem Patienten zu erläutern, daß sein Wunsch dem Gebot der medizinischen Notwendigkeit nicht entspricht'' (Der Kassenarzt, 32/78).

Die Wünsche der Sozialversicherten nach möglichst vollständiger Wiederherstellung von Arbeitskraft und Gesundheit entsprechen naturgemäß nicht den Wünschen des Ministers, möglichst viel Kapital mit dem Netz der sozialen Sicherheit zu fischen. Ehrenberg konnte sich der Ärzte nie sicher sein. Einigen Aufschluß, ob er einen Schritt weitergekommen ist, versprachen deshalb die ersten Ergebnisse der Honorarabrechnung der Kassenärzte nach Verabschiedung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes. Sie liegen jetzt mit der Abrechnung für das III. Quartal vor. Ab ersten Juli 1978 war der Mechanismus der Errechnung der Arzthonorare für die Orts- und Betriebskrankenkassen einschneidend geändert worden.

Die Bezahlung der niedergelassenen Ärzte erfolgt jetzt nicht mehr ausschließlich nach Einzelleistungen, sondern auf Grundlage einer sog. ,,Kopfpauschale''. D.h. die Kassenärztliche Vereinigung als die Abrechnungsstelle der Kassenärzte erhält von den Krankenkassen ein Gesamthonorar entsprechend der Patientenzahl *unabhängig von der Anzahl und der Qualität* der durchgeführten Leistungen der niedergelassenen Ärzte. Diesen Betrag haben die praktischen und Fachärzte unter sich aufzuteilen. Haben sie viele und verhältnismäßig teure und zeitaufwendige Laboruntersuchungen, Beratungen, Hausbesuche usw. gemacht, vermindert sich die Bezahlung der einzelnen Leistung entsprechend, sie bekommen also z.B. für eine Beratung statt 7,15 DM nur 6,60 oder 7 DM. Eine relativ gute Bezahlung der einzelnen Leistung kann so von den Ärzten nur über eine Senkung der Menge und der Qualität der Gesamtleistung aller Ärzte einer Kassenärztlichen Vereinigung erzielt werden. Ehrenberg kann nun sehr genau sehen, in welchen Bundesländern sein Kostendämpfungsprogramm über diesen ökonomischen Hebel greift und wo nicht, und er wird untersuchen lassen, woran das liegt, und weitere Maßnahmen ergreifen können, die die Gesundheitsversorgung der Sozialversicherten völlig zerstören und der Bourgeoisie das erhoffte Kapital liefern.

Dies wird ein Thema der nächsten Sitzung der ,,Konzertierten Aktion'' im Gesundheitswesen im März sein. Die Spitzenverbände der Krankenkassen werden immer stärker darauf eingeschworen, in Zukunft die ,,Leistungsausweitung'', sprich Verminderung der Leistungen der Kassen, an die ,,Steigerung der Gesamtlohnsumme'' zu koppeln. Da das erklärte Ziel der westdeutschen Bourgeoisie die dauernde Lohnsenkung ist, kann man sich leicht ausmalen, wohin diese Koppelung für die Versicherten führen soll. Der Vorsitzende der ,,Kassenärztlichen Bundesvereinigung'' Muschalik hat sich gegen diese Koppelung gewandt, aus dem wirtschaftlichen Interesse der Ärzte heraus, wohl ahnend, daß sie nichts Gutes für das Einkommen der Ärzte bedeuten würde. Darin also hat Ehrenberg nahezu alle Ärzte gegen sich, aber auch immer mehr die, die von den Interessen der Sozialversicherten ausgehen und die beklagen, daß sie nicht mehr das tun können, was medizinisch eigentlich erforderlich und für die Patienten nützlich ist, sondern gezwungen werden, den Patienten als die Betreiber der Kostendämpfung gegenüberzutreten.

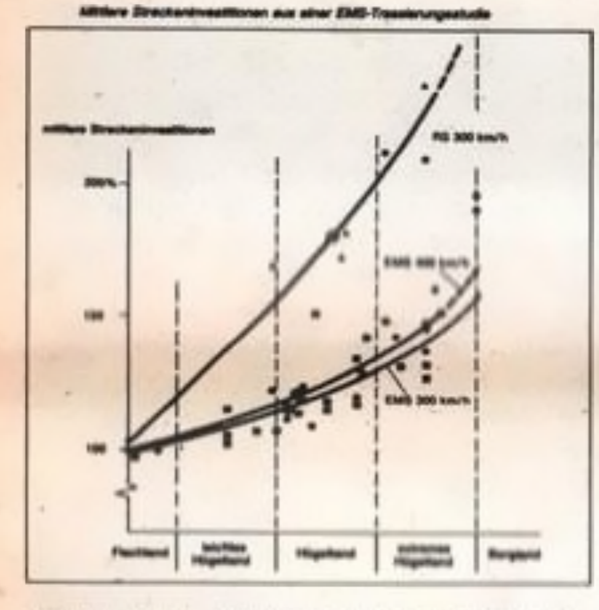
Magnetbahn: „Neues Kapitel deutscher Bahngeschichte"

Die westdeutsche Bourgeoisie will der Konkurrenz davonfahren

z.zik. Zur „Internationalen Verkehrsausstellung 79" in Hamburg hat das „Konsortium Magnetbahn Transrapid" zum ersten Mal „einer breiten Öffentlichkeit die Vorzüge der EMS-Technik" vorgestellt. Dieses Konsortium wurde unter der Federführung von MBB 1977 von den erlesensten Kapitalen Westdeutschlands gegründet: AEG-Telefunken, BBC, Dyckerhoff und Widmann, Krauss-Maffei, Messerschmidt-Bölkow-Blohm, Siemens, Thyssen, Henschel.

Seit 1969 die „Hochleistungsschnellbahnstudie" von der Bundesregierung in Auftrag gegeben wurde, haben die obengenannten Kapitale einzeln oder in Kooperation an der Entwicklung neuer Schnellbahnsysteme forschen lassen. Finanziert wurden diese Forschungen von der Bundesregierung: 244 Mio. DM für die Magnetschwebetechnik von 1970 bis 1977; 98 Mio. DM für die Weiterentwicklung des Rad-Schiene-Systems von 1972 bis 1977. Ziel der Forschungen ist ein Zustand, in dem „unsere Verkehrsmittel wieder die Rolle spielen können, die sie spielen sollten".

Tatsächlich ist der BRD-Imperialismus mit seinem Eisenbahnsystem derzeit nicht in der Lage, seine Konkurrenten in punkto Geschwindigkeit des Warenumschlages und damit Geschwindigkeit der Realisierung des Profits, zu schlagen. Während in Japan z.B. schon Güterzüge Durchschnittsgeschwindigkeiten von 160 km/h und Spitzen von 210 km/h fahren, liegt der Durchschnitt in der BRD bei 120 km/h, lediglich mit den IC-Zügen können auf einigen Streken, nach größeren Investitionen im Unterbau, Geschwindigkeiten bis 200 km/h gefahren werden.



(entnommen aus „Schwebende Schnellbahnen", Sonderdruck aus Umschau in Wissenschaft und Technik)

(entnommen aus „Schwebende Schnellbahnen", Sonderdruck aus Umschau in Wissenschaft und Technik)

Um die Rad-Schiene-Transporte auf Geschwindigkeiten über 250-300 km/h bringen und damit der Konkurrenz davonfahren zu können, wären enorme Investitionen an den Strecken und am Unterbau erforderlich, zumal unter den geographischen Bedingungen in Westdeutschland mit relativ wenig ebenem Gelände.

Dazu kommt, daß die Unterhaltskosten für Schnelleisenbahnen höher sind, da bei dem Rad-Schiene-System mit der Geschwindigkeit die Reibung der mechanischen Teile und damit der Verschleiß steigt. Das alles erhöht die Kosten für das konstante Kapital und drückt auf die Profitrate.

Neben Versuchen mit anderen Systemen hat der BRD-Imperialismus Versuche vor allem mit dem elektrodynamischen Schwebesystem und dem elektromagnetischen Schwebesystem (EMS) durchgeführt, die von allen die erfolgversprechendsten sind.

Das elektrodynamische Schwebesystem beruht auf der Wirkung von abstoßenden Kräften, die beim Entlanggleiten von Magneten an elektrisch gut leitenden Platten entstehen. Baut man Magneten in ein Fahrzeug ein und bewegt es entlang solcher Leiter, so entsteht ein mit zunehmender Geschwindigkeit größer werdendes Magnetfeld, so daß das Fahrzeug ohne Gleitreibung schwebt. Zum Starten und Landen ist bei diesem System allerdings ein Fahrwerk notwendig, da erst bei ca. 100 km/h ein ausreichend starkes Magnetfeld aufgebaut ist. Die Kosten für das konstante Kapital könnten damit höher sein als bei herkömmlichen Eisenbahnen.

Beim elektromagmetischen Schwebesystem (EMS) wird die Wirkung der anziehenden Kräfte von Elekromagneten genutzt, die in ein Fahrzeug eingebaut werden, das über magnetische Schienen geführt wird. Nach diesem System funktioniert das auf der „IVA" vorgestellte Fahrzeug. Sobald die Magneten eingeschaltet sind, schwebt das Fahrzeug und kann ohne mechanische Reibung fortbewegt werden. Für den Aufbau der notwendigen starken Magnetfelder werden eigens Magneten mit supraleitenden Kernen

den. Für den Aufbau der notwendigen starken Magnetfelder werden eigens Magneten mit supraleitenden Kernen

entwickelt, deren elektrischer Widerstand gegen 0 geht. Das soll die Kosten für Energie in „wirtschaftlichen Grenzen" halten; die Bourgeoisie rechnen mit einem Energieverbrauch des elektromagnetischen Schwebesystems, der etwas über dem von Eisenbahnen liegt, aber immer noch wesentlich unter dem von Flugzeugen.

Die Vorwärtsbewegung des Fahrzeugs erfolgt ebenfalls magnetisch, nach dem Prinzip des Linearmotors. Man kann sich das vorstellen als einen in längsaxialer Richtung aufgeschnittenen und aufgeklappten Drehstrommotor. Der elektrische Strom bewirkt hier anders als beim Drehstrommotor keine Drehbewegung des Reaktionsteils, sondern eine Längsbewegung. Dieser ist elektronisch steuerbar und kann durch Umpolen als Bremskraft benutzt werden. Baut man den Statorteil, in dem das Magnetfeld erzeugt wird, in das Fahrzeug ein, so können die Kosten für den Fahrwegbau, die ca. 60 % der Investitionen ausmachen beim Eisenbahnbau, niedrig gehalten werden, man braucht im Prinzip nur noch eine Aluminiumschiene. 400-500 km/h schnell sollen die EMS-Züge fahren.

Die Vorzüge dieses Systems liegen in der möglichen Senkung der Kosten für das konstante Kapital: Trotz hoher Geschwindigkeiten können die Kurvenradien klein gehalten werden durch hohe Querneigung der Trasse, die Steigfähigkeit ist wegen der wegfallenden mechanischen Reibung groß, die Trassenführung kann deshalb flexibler sein als bei Eisenbahnen, zumal da wegen der wegfallenden Erschütterungen die Trasse aufgeständert werden kann und keinen Schotterunterbau braucht, die Unterbauelemente können in Fertigbauweise erstellt werden. Dazu kommt, daß die Betriebsanlagen des Eisenbahnsystems übernommen oder mitbenutzt werden können, die bereits „weitgehend automatisiert" sind.

„Gestern erst investiert – heute schon profitiert" schreiben zungenschnalzend die Krauss-Maffei-Kapitalisten in ihrer Broschüre „Überlebt die Bahn das 20. Jahrhundert?" und sie überlegen laut: „Falls sich die Europäer bis dahin über alle Einzelheiten einigen, kann noch in den 80er Jahren der Startschuß zum Bau eines europäischen Schnellverkehrsnetzes gegeben werden."

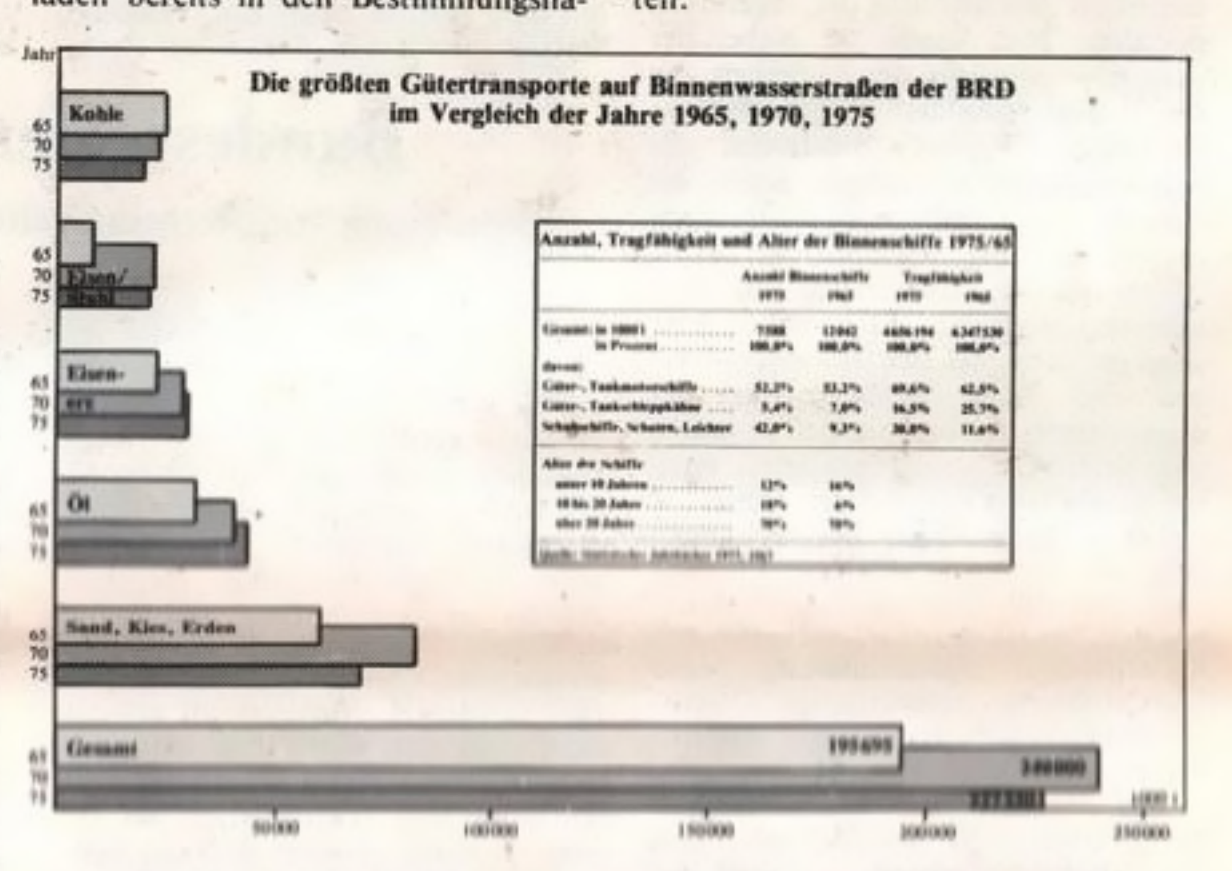
Startschuß zum Bau eines europäischen Schnellverkehrsnetzes gegeben werden."

Abwrackaktion in der Binnenschiffahrt – Bau von „Euroleichtern"

z.kam. Der Gütertransport auf den Binnenwasserstraßen der BRD ist seit 1965 um 14% gestiegen, wobei die Anzahl der Binnenschiffe im gleichen Zeitraum um 58,6%, die Gesamttragfähigkeit jedoch nur um 36,3% gesunken ist. Das bedeutet, fast die Hälfte aller Binnenschiffe transportiert heute gegenüber 1965 runde 32 Mio. Tonnen mehr. Die Binnenschiffahrt rentiert sich für die Kapitalisten, die Massengüter umschlagen müssen. So nehmen auch die Rohstoffe wie Öl, Eisenerz und verschiedene Erden den größten Anteil am Gütertransport in der Binnenschiffahrt ein. Alte Schleppkähne sind aufgrund ihrer schwerfälligen Handhabung und aufwendigen Besatzung unrentabel geworden, so sollen abgewrackt werden. An ihre Stelle treten mehr und mehr Schubschiffe: Kastenförmige, unbemannte Kähne ohne eigenen Antrieb (Schubleichter) werden zu mehreren von einem Schubboot geschoben und gesteuert. Die Schubschiffahrt ist profitabler, weil nur das Schubboot Besatzung erfordert und die Baukosten für die Leichter niedrig sind. Die „Europaleichter" haben genormte Größen und können auf dem Rhein in Verbänden mit 4 bis 6 Leichtern von einem Schubboot besser manövriert werden als Schleppschiffe. Während ein solcher Schubverband Tag und Nacht in Fahrt ist, liegen weitere Leichtergruppen zum Be- und Entladen bereits in den Bestimmungshäfen. Voraussetzung für rentablen Schubverkehr sind regelmäßige Transporte in großen Mengen in bestimmten Verkehrsverbindungen wie z.B. die Erztransporte Rotterdam – Ruhrgebiet.

Die Bundesregierung hat Ende letzten Jahres einen Gesetzentwurf zur Änderung des gültigen Binnenschiffsverkehrsgesetzes vorgelegt, der – so der Entwurf – „der Abwrackaktion ihre ursprüngliche Bedeutung zurückgeben" soll. „Gegenwärtig kann nur solcher unwirtschaftlicher Schiffsraum prämienbegünstigt abgewrackt werden, der bereits am 1.1.1969 bei Trockengüterschiffen 20 und bei Tankschiffen 12 Jahre alt sein mußte; das Mindestalter wurde dadurch von Jahr zu Jahr höher und die Zahl der prämienbegünstigten Schiffe zunehmend kleiner ... Lösung: Die Bindung ... an das Stichdatum 1.1.69 wird beseitigt; statt dessen muß dieses Mindestalter am 1.1. desjenigen Kalenderjahres vorliegen, in dem der Antrag gestellt wird." Durch die Gesetzesänderung entstehen für den Bundeshaushalt keine Kosten. Die Abwrackaktion wird finanziell durch Zwangsbeiträge der Schiffahrt getragen.

Günstige Ausgangsbedingungen für die BRD-Kapitalisten, ihren Führungsanspruch in der europäischen Binnenschiffahrt (1975: 55,6% der gesamten Effektivtonnenkilometer) zu behaupten.



Anzahl, Tragfähigkeit und Alter der Binnenschiffe 1975/65

	Anzahl Binnenschiffe 1975	Anzahl Binnenschiffe 1965	Tragfähigkeit 1975	Tragfähigkeit 1965
Gesamt: in 1000 t	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
in Prozent	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
davon:				
Güter-, Tankmotorschiffe	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Güter-, Tankschleppkähne	[illegible]	7,0%	16,5%	[illegible]
Schubschiffe, Schuten, Leichter	42,0%	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Alter der Schiffe				
unter 10 Jahren	[illegible]	[illegible]		
10 bis 20 Jahre	[illegible]	[illegible]		
über 20 Jahre	[illegible]	[illegible]		

Quelle: Statistisches Jahrbuch [illegible]

17-Stundenschichten und 50 Überstunden die Woche sind für die LKW-Fahrer keine Seltenheit

r.ine. Ein LKW-Fahrer berichtet von einer Alleinfahrt. Nach mehreren hundert Kilometern auf Landstraße und Autobahn kommt er nach 17 Stunden Schicht gegen 18.30 Uhr wieder in die Transportfirma zurück. Dort erhält er dann einen Auftrag, seinen LKW sofort wieder zu beladen und die Sendung um 5.00 Uhr morgens nach Stuttgart zu bringen, „eine dringende Sonderfahrt", die dem Kapitalisten gut und gerne 600 bis 800 DM einbringt. Ein anderer Fahrer war gerade „nicht greifbar". Das Beladen allein hätte mindestens drei Stunden in Anspruch genommen. Unter Hinweis auf seine 17-Stunden Schicht lehnt der Fahrer es ab, die Fahrt zu machen. Er wird wegen „ Arbeitsverweigerung" fristlos entlassen. Das Verfahren vor dem Arbeitsgericht läuft noch.

Arbeitszeiten von 90 Stunden und mehr die Woche sind für die Fahrer bei den Speditionen durchaus keine Seltenheit. Die Konkurrenz unter den verschiedenen Transportunternehmen ist sehr groß und wird dadurch entschieden, wer möglichst viel Leistung und den meisten Service zu jeder Tages-und Nachtzeit bei niedrigsten Frachtzeiten und geringsten Kosten bietet. Tarifvertraglich gibt es bei den Speditionen noch die 42,5 Stundenwoche, in Nordrhein-Westfalen inzwischen 41 Stunden, mit der Klausel, die Arbeitszeit „aus betrieblichen Gründen" jederzeit auf 60 Stunden ausdehnen zu können. Ein großer Teil der Frachten wird ausschließlich nachts befördert, d.h. für den Fahrer, zwischen 23 und 24 Uhr in Stuttgart oder Düsseldorf laden, dann nach Frankfurt zu drei bis vier Abladestellen - meist noch mit längeren Wartezeiten -, nach vielleicht einer halben Stunde Pause zwischen 7.00 und 8.00 Uhr neu laden, um nicht leer zu fahren, und wieder zurück, und das jeden Tag, den Samstag eingeschlossen.

Bei Union Transport in Frankfurt arbeiten die Fahrer regelmäßig montags bis freitags von 7 bis 17 Uhr mit einer Stunde Mittagspause, also insgesamt 45 Stunden in der Woche. Hinzu kommen die „Sondereinsätze" am Samstag oder Sonntag - und zwar ebenso „regelmäßig", wenn z.B. IBM oder Ford Montags früh Sendungen in Berlin oder Köln haben wollen. Der Fahrer, der täglich die Luftfrachtsendungen vom Frankfurter Flughafen zu den Ford-Werken nach Saarlouis fährt, hat eine Arbeitszeit von 11 bis 22 Uhr, oft wird es auch 23 Uhr und im Winter bei schlechterem Wetter noch später. Im Winter wenn die LKWs schlecher anspringen und die Druckluftbremsen eingefroren sind, sollen die Fahrer früher kommen, um die Wagen in Gang zu bringen, was manchmal über eine Stunde dauert. Gefahren werden muß dann noch die gleiche Tour, der Fahrer soll sehen, wie er zurecht kommt. Wenn er es anders nicht schafft, soll er eben seine Mittagspause ausfallen lassen. Bei den Fahrern im Nahverkehr wird durch den Einsatz von Funk in den LKWs kräftig rationalisiert. Früher hatten sie ihre feste Tour, die zu fahren war, jetzt werden sie am Tag mehrmals per Funk umdirigiert, von Darmstadt nach Aschaffenburg und von Wiesbaden nach Friedberg. So werden insgesamt weniger Fahrzeuge eingesetzt und die Touren ausgedehnt.



Der Tariflohn ist außerordentlich niedrig (zwischen 1 200 und 1 600 DM) und verstärkt den Zwang zu Überstunden, weil 800 bis 1000 DM netto im Monat nicht reichen. Mit 60 Überstunden im Monat kommt ein Fahrer bei Union Transport ungefähr auf 2400 DM. In Hessen laufen zur Zeit die Manteltarifverhandlungen. Die ÖTV hat die 40-Stundenwoche, die Abschaffung der Samstagsarbeit, 22 Tage Urlaub mindestens für jeden und einen vollen 13. Monatslohn gefordert. Das ist das Mindeste, was durchgesetzt werden muß. Die Transportkapitalisten haben bisher noch kein Angebot vorgelegt.

Baums Umweltschutzgesetz: Finanzierung der

Baums Umweltschutzgesetz: Finanzierung der Recycling-Programme für die Kapitalisten

z.arh. Der erfolgreiche Kampf der rohstoffexportierenden Länder gegen die hemmungslose Ausplünderung ihrer materiellen Ressourcen durch die Imperialisten hat den westdeutschen Imperialisten deutlich gemacht, wie schmal ihre nationale Ressourcenbasis ist, und das versetzt sie in Angst und Schrecken, zumal angesichts der Kriegsvorbereitungen, die sie betreiben. Da muß dann schnellstens Abhilfe geschaffen werden.

Ihre Lage haben die westdeutschen Imperialisten im Abfallwirtschaftsprogramm 75 deutlich formuliert: „Im Nachfeld der Energiekrise sind in den Produzentenländern Bestrebungen in Gang gekommen, auch im Bereich ‚mineralische Rohstoffe' ihre Interessen verstärkt geltend zu machen. Diesem Ziel dient eine Reihe von bisher wenig erfolgreichen Maßnahmen, von denen hier nur die Zusammenschlüsse von rohstoffexportierenden Ländern, Aktionen einzelner Länder sowie Förder- und Exportbeschränkungen genannt werden sollen... Diese zukünftige Entwicklung wird, wie bereits dargelegt, eine wirksame Nutzung der Rohstoffmaterialien durch Kreislaufführung erforderlich machen." An anderer Stelle heißt es: „Die Entscheidung, ob Abfälle verwertet oder beseitigt werden, hängt in der Regel von betriebswirtschaftlichen Kostenvergleichen ab." Und: „Künftige ökologische Zwänge können es allerdings rechtfertigen, Entwicklungen in diesem Bereich nicht dem marktwirtschaftlichen Regulativ zu unterstellen."

Klar zeigt sich hier die Linie, die sie damit verfolgen: Schaffung von Rohstoffvorräten durch Rückgewinnung und möglichst mehrmaligen Durchlauf der Produktion, Erschließung zusätzlicher Energiequellen (Müllverbrennung) und Schaffung von Materialien, die die herkömmlichen Rohstoffe ersetzen können. Gang und gäbe ist der Zusatz von Schrott bei der Stahlherstellung. Lohnt sich die Rückgewinnung nicht, so ist die Finanzierung für die Zukunft klar benannt: „... Entwicklungen in diesem Bereich nicht dem marktwirtschaftlichen Regulativ zu unterstellen", das heißt nichts anderes, als das Recycling im Zeichen des Umweltschutzes als Steuergeldern zu bestreiten.

Am Beispiel von Altglas läßt sich das Recycling gut verfolgen: Im Abfallwirtschaftsprogramm 1975 wird für Glas als einzelne Abfallart eingegangen; danach fallen jährlich ca. 2,7 Mio. Tonnen Glasmüll – etwa 15 Gewichtsprozent vom Hausmüll – an. Als Schwierigkeit wird die gesonderte Erfassung des Glasmülls bezeichnet. Die Verwertung von Glasmüll aus Produktionsabfällen wird mit 600000 t für 1972 angegeben, aus Hausmüll nicht erfaßt. 1975 wurden 200000 t, 1976 260000 t in den inzwischen bekannten Glasmüllcontainern eingesammelt und der Glaserzeugung zugeführt. Es scheint sich zu lohnen für die Kapitalisten, und das bei Rohstoffen – Sand, Kalk und Salze zur Sodagewinnung – die es in der BRD in ausreichender Menge gibt. Wie das Recycling finanziert wird, läßt sich aus dem Haushaltsplan für 1979 ablesen. Für Forschungsprojekte des Umweltschutzes sind beim Innenministerium 75,2 Mio DM angesetzt, beim Ministerium für Forschung und Technologie 145 Mio. DM, insbesondere für Vorhaben der Rückgewinnung von Werkstoffen und Umweltschutzverfahren.

Gelobt und zur Nachahmung empfohlen werden in den Gutachten und Programmen der Regierung der Einsatz von Zivildienstpflichtigen, freiwillige Sammelaktionen von Schülern, Jugendgruppen und Bürgerinitiativen. Möglichst billig, am besten umsonst, wollen sie die Arbeitskraft dafür haben, der Arbeiterklasse und dem Volk soll der richtige Umweltgeist beigebracht werden, sei's in der Schule oder mit dem neuen Strafgesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität.

Jugendhilfe '79 – Nordrhein-Westfalen

r.höm. Die Pressemeute der Kölnischen Rundschau, zwei Wochen zuvor noch emsig mit der Hetze und Spaltung der Kämpfe der Schuljugend gegen die Verschärfung der Plünderungs- und Unterdrückungsprogramme der nordrhein-westfälischen Landesregierung befaßt, sieht am 19. Februar erneut Grund zum Aufheulen: „Berufschüler im Test: Niveau gesunken. Kaum einer kennt das Grundgesetz!" Doch, bezeugen die Kämpfe gegen die Einführung der Jugendpolizei, die über die letzten Monate so zäh geführt werden, jugendliche Unkenntnis der Gesetze der Bourgeoisie? Das Gegenteil ist der Fall. Die Landesregierung weiß davon. Mit den Stockungen bei ihrem Projekt ‚Jugendpolizei' findet sie sich entsprechend keineswegs ab und hält unter dem Stichpunkt „Jugendhilfe NRW" ein ganzes Arsenal an Unterdrückungs- und Spitzelmaßnahmen parat; jeder soll das Grundgesetz *kennenlernen*, könnte die Parole heißen.

Pioniertat der Landesregierung auf dem Gebiet der Unterdrückung der Jugend ist die Gründung der ‚interministeriellen Arbeitsgruppe zur Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität'. Diese, schon 1976 gegründet, setzt sich aus Vertretern des Innen-, Justiz-, Kultus- und des Ministeriums für Arbeit und Soziales zusammen und hat 1978 die ersten brauchbaren Ergebnisse zutage gefördert. Eines davon ist der Erlaß ‚Bekämpfung der Jugendkriminalität' vom August '78. Neben der genauen Festlegung der Aufgaben, die die Jugendämter, Gesundheits-, Ordnungs-, Polizei-, Justiz-und die Schulbehörden selbständig gegen die Schüler und Lehrlinge zu vollbringen haben, ist dort erstmals die „Verpflichtung der Zusammenarbeit" (§3) gesetzlich geregelt: „Es ist daher dringend geboten, bei den *Kommunal*verwaltungen unter Verantwortung des Jugendamtes Arbeitsgruppen zu bilden aus Vertretern von Jugendamt, Ordnungsbehörden und Polizei. Diese ... sollen in regelmäßigen Besprechungen folgende Probleme erörtern: Planung und Durchführung von Jugendschutzstreifen, Austausch von aktuellen Erkenntnissen, Koordinierung und Durchführung gemeinsamer Öffentlichkeitsmaßnahmen ... oder unbürokratische Abhilfe von Beschwerden. ... es empfiehlt sich, ... namentlich auch Vertreter der Justizbehörden und der Schulverwaltungen, ... und der freien Träger der Jugendhilfe hinzuzuziehen ... wird empfohlen, vor allem einen Kontakt der Polizei zu den in ihrem Bereich befindlichen Jugendfreizeitstätten, ... mit den Leitern und Mitarbeitern herzustellen." Insbesondere sei mit derlei Leitern in solchen Fällen zu beraten, „in denen polizeiliche Durchsuchungen von Freizeitstätten anstehen."

Die Landesregierung verspricht, „erhebliche positive Auswirkungen":

– so wird jetzt jeder stinknormale Bereitschaftspolizist während seiner „Ausbildung" insbesondere „auf das Jugendproblem vorbereitet";
– so wurden „in Sonderlehrgängen 420 Polizeibeamte zu Jugendsachbearbeitern ausgebildet";
– so finden jetzt regelmäßig die „Sitzungen auf kommunaler Ebene" statt;
– so läßt der Kultusminister „Unterrichtsbausteine" ausarbeiten, um „das Bewußtsein der Schüler gegenüber Unrechtshandlungen ... zu schärfen".

„Jugendhilfe NRW", 1212 Mio. DM haben sich die Bourgeois von den geplünderten Steuergeldern für diesen Posten 1977 abgespart, das waren runde 90% mehr, als sie noch 1973 dafür ausgegeben hatten. 331 Mio. DM haben sie davon in den Heimausbau gesteckt, 68000 Jugendliche haben sie mit diesen Mitteln schon 1977 ausgespitzelt, um sie abzuurteilen. „Jugendhilfe NRW" – kein Unterdrückungsprogramm zum Selbstzweck. Entweder man lernt freiwillig, wie sichs für die Kapitalisten schuften läßt, oder man kriegts im Knast beigebogen. 400 Ausbildungsplätze gäbe es bereits, gibt Ministerin Donnep Auskunft, in der 48. nichtöffentlichen Ausschußsitzung im September '78. Es könne sich natürlich nur um *Lehrgänge* handeln, denn Ausbildung zum Facharbeiter sei ja schließlich nur bei längerem Einsitzen möglich. Lehrgänge, wie bei der Jugendvollzugsanstalt Köln: „Friseuse, Schneiderin, Wäscherin, Stenotypistin." Die Ministerin ist stolz: NRW arbeitet schon in der Praxis der geplanten Neufassung des Jugendhilfegesetzes mit Volldampf entgegen.

34% Zinsen für den Kredit des Arbeiters sind „angemessen"

Kredithaie plündern die Volksmassen – die bürgerlichen Gerichte leisten Schützenhilfe

z.ine. „Geld – sofortige Auszahlung", „Barkredite, zinsgünstig und schnell nach Ihren Wünschen", „Sofort Bargeld" – mit diesen und ähnlichen Schlagworten werben Kredithaie in Zeitungsinseraten. Ihre Kunden sind Arbeiter, die z.B. für ihre Familie ein Auto kaufen müssen, aber das nötige Geld nicht einfach auf der Bank liegen haben, oder die nach Entlassung aus der Bundeswehr eine Wohnung einrichten wollen.

Mehrere tausend DM gibt es bei diesen Instituten sofort, allerdings zu Bedingungen, die den Arbeiter auf unabsehbare Zeit mit Ratenzahlungsverpflichtungen an diese Kredithaie binden. Im Kreditvertrag liest sich das so: „Beantragter Kredit: DM 6490; fremde Kosten: DM 351; Restschuldversicherung: DM 3751; Nettokreditsumme: 6900; zzgl. 1,1% p.m. Zinsen (von der ursprünglichen Kreditsumme): DM 3568; Nettobearbeitungsgebühr 2%: 138DM; Gesamtkreditsumme: DM 10606; 47 Raten." Wenn der Arbeiter mit 2 aufeinanderfolgenden Raten ganz oder teilweise in Verzug gerät, wird der Gesamtbetrag sofort fällig. Dieser Gesamtbetrag kann dann aber von dem Arbeiter nicht sofort bezahlt werden, schließlich ist er z.B. wegen Arbeitslosigkeit in Verzug geraten; also muß er über diesen Gesamtbetrag mit dem Institut einen Rückzahlungsvertrag abschließen, wieder mit Ratenzahlung, es entstehen neue Gebühren, die wieder monatlich dazukommen. Ein Arbeiter, der den obigen Vertrag 1974 abgeschlossen hatte, wurde 2 Monate später arbeitslos, der Gesamtbetrag wurde fällig. Er fand wieder Arbeit, zahlte wieder in Raten weiter ab, hat insgesamt über 4 Jahre hinweg 9400 DM gezahlt, die Forderung des Instituts beträgt immer noch 6000 DM.

Genaue Statistiken darüber, wieviele Menschen durch derartige Verträge an diese Banken gebunden sind, gibt es nicht. Nach den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, die das Gesamtvolumen aller an Lohnabhängige gezahlten Kredite erfassen, stieg die Gesamtsumme der kurzfristigen Kredite von 28435 Mio. DM im Jahre 1968 über 68874 Mio. DM im Dezember 1973 auf 142160 Mio. DM im September 1978; die Gesamtsumme der mittelfristigen Kredite stieg in den gleichen Zeiträumen von 11022 Mio. DM über 24137 Mio. DM auf 47805 Mio. DM. Krise und anhaltende Lohnsenkung sind der Nährboden, auf dem die Kreditinstitute ihre Geschäfte machen.

Die bürgerliche Justiz hat eine zunächst widersprüchliche Rechtsprechung entwickelt, die die Kredithaie grundsätzlich unterstützt, um bestimmte Auswüchse angreift, um jedenfalls die „normale" Ausplünderung durch Sparkassen und Geschäftsbanken abzusichern. Am 27.1.78 entschied das Oberlandesgericht Celle, daß in den Kreditverträgen der effektive Jahreszins angegeben sein muß, damit die Institute Anspruch auf Zinsen haben. – Am 29.3.78 entschied es, diese Angabe sei nicht erforderlich. Dieselbe Position vertritt der Bundesgerichtshof im Urteil vom 16.11.78.

Für die Berechnung des Effektivzinses haben die Gerichte zunächst verschiedene Formeln entwickelt. Mal wurden nur die sog. Kreditgebühren im Verhältnis zur Laufzeit berücksichtigt (Oberlandesgericht Frankfurt, Urteil vom 11.4.1978), mal waren auch die Bearbeitungsgebühren zu berücksichtigen (Landgericht Frankfurt, Urteil vom 11.5.1978), so daß im letzteren Fall der effektive Zins höher war. Damit hat der Bundesgerichtshof im Urteil vom 16.11.1978 aufgeräumt und in seiner Formel, an die sich die unteren Gerichte im wesentlichen halten, lediglich Kreditgebühr und Laufzeit zugrundegelegt. Es war so eine Formel gefunden, durch die der Effektivzins rein rechnerisch relativ niedrig erschien. Gleichzeitig erklären die Gerichte die durch diesen Rechentrick errechneten Effektivzinsen von bis zu 30% für rechtlich zulässig. Begründung: Damit sei das hohe Risiko der Teilzahlungsbanken bei langer Laufzeit auszugleichen: „... Teilzahlungsbanken (haben) höhere Selbstkosten (als Sparkassen und Geschäftsbanken), (erzielen) ihren Gewinn überwiegend aus Teilzahlungskrediten ... und (sind) von notleidenden Forderungen härter betroffen", Landgericht Frankfurt, 11.1978. Oder lapidar das Oberlandesgericht Celle: „Für das bürgerliche Recht gilt sowohl der Grundsatz der Vertragsfreiheit als auch der der Formfreiheit. Nach diesen Grundsätzen können die Vertragspartner Ratenzahlungskreditverträge beliebigen Inhalts und beliebiger Form schließen...", Urteil vom 29.3.1978. Nach diesen Grundsätzen sollen sich die Arbeiter, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, dem Belieben der Geldinstitute unterwerfen und sich über Jahre hinweg durch Ratenzahlungen auspressen lassen.

Mit dem Kreditvertrag wird der Arbeiter schließlich noch gezwungen, seine Wohnungseinrichtung an die Kreditinstitute zur Sicherheit zu übereignen, jedoch: „Die Sicherungsübereignung insbesondere von Möbeln ... stellt erfahrungsgemäß schon wenige Monate nach der Lieferung keine vollwertige Sicherung mehr dar, und eine Restschuldversicherung bezieht sich nur auf den Fall der Arbeitsunfähigkeit des Darlehensnehmers", so das Oberlandesgericht Hamm, was bei dieser Sachlage einen Zinssatz von 34% für rechtens erklärte.

Bundesregierung beschließt „Existenzgründungsprogramm"

Förderung von Rechtsanwälten, Ingenieuren / Bezuschussung von Forschungsaufgaben / Gezahlt wird aus Steuergeldern

z.bil. Mitte dieses Jahres wird ein „Existenzgründungsprogramm", über das die Bundesregierung Mitte Februar Beschluß gefaßt hat, in Kraft treten. Darlehen werden schon seit Jahren aus den ERP-Programmen an „mittelständische Unternehmen", „freie Berufe" gegen Sicherheitsleistung vergeben. 290000 der gewerblichen und freiberuflichen „Selbständigen" hat die kapitalistische Konkurrenz von 1960 bis 1977 vernichtet. Aussagekraft gewinnt diese Zahl erst, wenn man weiß, *wer* tatsächlich durch den Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals beseitigt wurde: 21000 „Selbständige" des *produzierenden* Gewerbe und 155000 „Selbständige" aus dem *Handels-* und *Verkehrs*gewerbe. Die Zahl der „Selbständigen" im *Dienstleistungs*gewerbe hat dagegen um 78000 zugenommen. In der Bekleidungs- und Textilindustrie sind in der Zeit von 1966 bis 1974 632, das sind fast ein Drittel aller Betriebe, die zwischen 10 und 49 Arbeitern ausgebeutet haben, stillgelegt worden. Ähnlich ist es den kleinen Kapitalisten der Ernährungs-, Holzverarbeitungs- und Maschinenbauindustrie ergangen. Jährlich verwandelt sich eine stattliche Anzahl von ihnen aus Kapitaleignern in Lohnabhängige. Dieser Vorgang wird sich weiter beschleunigen. „Hilfestellung" durch den geschäftsführenden Ausschuß der Finanzbourgeoisie ist *hier nicht* beabsichtigt.

Die schon beschlossenen Steuerbezuschussungen und das „Existenzgründungsprogramm" zielen im produktiven Bereich auf Gründung von Zulieferbetrieben für die Monopolisten. Es sind Betriebe, die relativ viel und spezialisierte Arbeitskraft aufwenden müssen. Dazu zählt beispielsweise die Feinmechanik und Computertechnik. Derart kostenaufwendige Produktion drückt auf den Profit. Ebenso die in diesen Betrieben getätigte Forschungsarbeit. Die Monopolisten können billiger in den Besitz der Ergebnisse dieser Produktion kommen, wenn sie sie auslagern und über Zulieferverträge an sich binden. Auf der anderen Seite wird der Schwanz von Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern, Architekten, Ingenieuren, die das Finanzkapital zur Verwaltung seiner Geschäfte braucht, durch das „Existenzgründungsprogramm" gefördert. Es sorgt insoweit bei ihnen für die richtige Bindung an die Finanzbourgeoisie.

Über das „Existenzgründungsprogramm" kann ein Steuerungs- und Ausleseplan in Kraft treten. Der Vorgang der Bezuschussung ist zweigleisig. Mit dem Steueränderungsgesetz ist der Freibetrag der Sonderausgaben für Versicherungsbeiträge von 3000 auf 5000 DM angehoben worden. Durch die Änderung des Gesetzes über Investitionszulagen vom Oktober 1978 ist die Zulage für Investitionen im Bereich der Forschung und Entwicklung von 7,5% auf 20% erhöht worden. Bei der Gewerbesteuer ist der Freibetrag bei der Gewerbekapitalsteuer von 60000 auf 120000 DM verdoppelt worden. Dieser Segen der Steuerreform kommt dem Anhang kleinerer Kapitalisten und den „Dienstleistenden" zugute.

Das „Existenzgründungsprogramm" besorgt die Auslese richtigen Nachwuchses. Es „soll zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation des ‚Existenzgründers' " beitragen und den „Aufbau einer selbständigen Existenz erleichtern". Für 10 Jahre wird ein tilgungsfreies Darlehen unter persönlicher Haftung gewährt. Vom 11.-20. Jahr erfolgt die Rückzahlung in gleichen Jahresraten. Die ersten zwei Jahre ist die Eigenkapitalhilfe zinsfrei. Vom 3. bis 10. Jahr ist der am Kapitalmarkt vereinbarte Zinssatz zu zahlen, ab dem 11. Jahr der jeweils geltende Marktzins. Maximal wird ein Investitionsvolumen von 500000 DM „gefördert". Die Höchstdarlehenssumme beträgt 100000 DM.

Wer wird gefördert? Vorderhand müssen mindestens 40000 DM vorhanden sein, um Bagatellfälle auszuschließen. Der Antragsteller muß unter 45 Jahre alt sein und die Voraussetzungen für die Gründung eines gewerblichen Unternehmens oder die Ausübung eines „freien Berufs" nachgewiesen haben. Das erfolgt unter Eingabe des Lebenslaufes, der Zeugnisse und des Nachweises dessen, was schon vorhanden ist. Die Lastenausgleichsbank, die mit der Durchführung des Programms beauftragt wird, erhält das Recht, jederzeit Einblick in die Vermögensverhältnisse und die Ertragsrechnung vorzunehmen. Sie hat Prüfungsrecht über die Art und Weise der Verwendung der Gelder. Ergänzt werden soll das Programm durch den Ausbau des Informations- und Beratungsinstrumentariums der Gewerbeförderung. Das ist „Motivation und Information der an einer selbständigen Existenz Interessierten, Beratung bei der Vorbereitung und Durchführung der Existenzgründung, Beratung und Fortbildung in der Anlaufphase und Erfolgskontrolle der Existenzgründungsförderung" (Bundesratsdrucksache 36/79).

Die CDU/CSU hat ein „Alternativprogramm" vorgeschlagen. „Diejenigen, die sich selbständig machen wollen, sollen künftig so gefördert werden wie Bausparer". Die Sparbeträge zur Existenzgründung können als Sonderausgaben bis zu 5000 DM jährlich für die Dauer von maximal 5 Jahren abgesetzt werden. Ist nach 10 Jahren keine Existenzgründung erfolgt, erfolgt eine Nachversteuerung – soweit das „Alternativprogramm".

Offensichtlich, daß dieser Plan nichts taugt, denn Steuererleichterungen zur Ansparung von kleinen selbständigen Existenzen sieht das Finanzkapital *gerade nicht* vor. Die Steuerausplünderung der Massen jetzt und sofort ist per Gesetz verabschiedet. Diese Beträge sind ebenso gänzlich dem Finanzkapital zur Verfügung zu stellen. Das „Existenzgründungsprogramm" wird aus diesen geraubten Geldern bereitgestellt. Weniger um ein Verlustgeschäft zu machen, als um notwendige, aber kostenintensive Produktionen und Verwaltungsgeschäfte auszulagern. Über das „Existenzgründungsprogramm" ist die Kontrolle von profitversprechenden Forschungen sichergestellt. Die notwendigen Produktionen von kostenaufwendigen Teilen können gesteuert, eine entsprechende Anzahl von Agenten kann herangezüchtet werden. Diesen Auswahl- und Ausleseprozeß leistet das „Existenzgründungsprogramm". Deshalb ist die Sache entschieden.

Gewerkschaftsunternehmen: „... zu immer neuen Aufgaben"

z.alb. Im Mai 1978 hat sich der Bundesausschuß auf dem DGB-Gewerkschaftstag den Auftrag geben lassen, die 1972 verabschiedeten Grundsatzthesen über „Ziele und Funktionen der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen" neuzufassen. Das ist geschehen. Am 6.12.78 wurde die neue „Konzeption für diese Unternehmen" beschlossen (s. Quelle 2/79). Betroffen sind die Bank für Gemeinwirtschaft AG, co op Zentrale AG, Volksfürsorge Lebensversicherungs AG, Neue Heimat Städtebau GmbH – mit 5 weiteren Unternehmensbeteiligungen zusammengefaßt in der gewerkschaftseigenen „Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG", außerdem z.B. die Neue Heimat Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH (100% gewerkschaftseigen) oder das zu jeweils 50%-Anteilen von DGB und Deutschem Beamtenbund gemeinsam betriebene Beamtenheimstättenwerk.

Das Grundkapital nur der wichtigsten direkten Beteiligungen der Gewerkschaften betrug 1977 über 1,7 Mrd. DM – die darüber kommandierten Kapitalmassen haben aber weit größere Dimensionen. So ist die Volksfürsorge Lebensversicherung AG 1977 mit einem Grundkapital von 25 Mio. DM ausgewiesen, ihre Kapitalanlagen in Grundstücken und Wertpapieren machen allein 7,8 Mrd. DM aus. Der Konzerngruppe Neue Heimat gehören inzwischen 1,5% des gesamten Wohnungsbestandes in der BRD (1973 waren es noch 1%) – sie ist das konkurrenzlos größte gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen und inzwischen mit der Tochtergesellschaft „Neue Heimat International" in 20 Ländern tätig.

Schon mit den Grundsatzthesen hatte der DGB-Bundesausschuß begonnen, den Ballast der geschichtlichen Entwicklung dieser Unternehmen aus Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterbewegung und ihre ökonomische Herkunft aus Gewerkschaftsbeiträgen durch die Neudefinition der „Ziele und Aufgaben" abzuwerfen. Vorrangig sei die „Förderung des Gemeinwohls durch aktives Wettbewerbsverhalten" – also die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen. Das hat eine Neustrukturierung in großem Umfang eingeleitet, die Umwandlung in Aktiengesellschaften und Zusammenfassung in Konzerngruppen. Jährlich wurden Kapitalerhöhungen vorgenommen. Jetzt drängt das konzentrierte und zentralisierte Kapital „im Verlaufe des gesellschaftlichen Prozesses zu immer neuen Aufgaben" – Expansion, Kapital- und Warenexport. Das als Interesse aller Gewerkschaftsmitglieder hinzubiegen, ist Aufgabe des Beschlusses und hört sich so an: „Die Unternehmen der Gemeinwirtschaft dienen der Erfüllung gewerkschaftlicher Zielsetzungen dadurch, daß sie mittel- oder unmittelbar die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer durch eine verbraucherorientierte Politik verbessern helfen", da ihr „verbraucherfreundliches Verhalten" die Konkurrenz zu einem ebensolchen „anregt". Da aber die Anregung dann schon stark sein muß, und „die Einflußmöglichkeit der Unternehmen ... durch den Umfang ihrer finanziellen Mittel, die Größe ihrer Machtstellung und die allgemeinen Wachstumsbedingungen bestimmt (werden)", erfordert es das „Gemeinwohl", daß die Gewinne „zur Selbstfinanzierung" und „zur Bildung von Rücklagen" sowie „zur Finanzierung neuer, gewerkschaftspolitisch vorrangiger Unternehmensaufgaben" – also zur Konzentration und Expansion – verwendet werden. Die wichtigste der neuen Aufgaben legt der Beschluß dann auch ausdrücklich fest: „Gemeinwirtschaftliche Unternehmen haben auch die Aufgabe, sich zugunsten benachteiligter Arbeitnehmer in anderen Ländern einsetzen und ihnen Organisationshilfen zu leisten. Sie ...

Fischfang der BRD-Imperialisten vor allem in fremden Meeren

Konzentration der Fangflotte – Ruinierung der kleinen Kutterfischer / Preissteigerung für die Massen

z.elb. Zu Beginn der letzten Woche wollten die Agrar- und Fischereiminister der EG-Imperialisten einen Fischereivertrag zwischen Kanada und der Europäischen Gemeinschaft absegnen, um sich Zugang zu den kanadischen Gewässern zu verschaffen, worauf besonders die BRD-Imperialisten drängen. „Absurd" nennt ihr Blatt, die „Frankfurter Allgemeine", den Einspruch Britanniens – wodurch der Vertrag nicht abgeschlossen werden kann –, stelle die kanadische Regierung doch keinerlei Anspruch auf Fischereirechte in den Gewässern der EG-Mitgliedsstaaten. In dem Vertrag kann man allerdings nachlesen, daß den kanadischen Regierung diese Rechte zugestanden werden mußten. Die britischen Imperialisten bangen um den Fischfang in ihren eigenen und den irischen Gewässern, die sie ebenfalls als die eigenen betrachten: 64% ihres Fischfangs stammt aus diesen Gewässern, 0,3% aus denen der anderen EG-Staaten. Durch „einseitige Schutzmaßnahmen" versuchen sie, die Fischfangflotten der anderen Imperialisten aus ihren Gewässern zu halten, den irischen gleich mit, weswegen sie jetzt vor den Europäischen Gerichtshof gezerrt werden sollen.

Besonders den BRD-Imperialisten wurde mit der Ausweitung der Hoheitsgewässer ein schwerer Schlag versetzt, weil Westdeutschland zu den Ländern mit wenig und kurzen Küsten

heitsgewässer ein schwerer Schlag versetzt, weil Westdeutschland zu den Ländern mit wenig und kurzen Küsten

zählt und sich die Fischereikapitalisten „traditionell" zum allergrößten Teil durch Fischen in den Gewässern Islands, Norwegens und Kanadas mästeten. Und das hatten sie auch weiterhin vor. Auf Betreiben vor allem der BRD-Imperialisten und gegen den ebenso heftigen wie erfolglosen Widerstand der Imperialisten Britanniens gebar Anfang 1977 die Europäische Gemeinschaft das „EG-Meer". Ein Meer, das man auf keiner Landkarte, sehr wohl aber in den Köpfen der Imperialisten findet. Mit dieser Schöpfung nahmen sich insbesondere die westdeutschen Imperialisten das Recht auf freien Zugang zu allen Gewässern der anderen EG-Staaten, in Bezug auf die Fischerei eingeschränkt lediglich durch die Festsetzung von Fangquoten für die einzelnen Länder. Die Tabelle über Fangquoten nach Fanggebieten zeigt recht deutlich den Raub der westdeutschen Kapitalisten an den Fischbeständen anderer Länder. Und auch die relativ hohen Fangquoten in der Ost-und Nordsee können darüber nicht hinwegtäuschen, gehört doch der kleinste Teil dieser Meere zu Westdeutschland.

War so für die westdeutschen Imperialisten die Frage des Zugangs zu den Gewässern der anderen EG-Imperialisten geklärt, blieb die Frage, wie am besten an die Fischgründe der Länder der Dritten Welt ranzukommen sei, zu lösen. Sie schickten ihre Hochseeflotte vor allem in die Gewässer von Langküstenländern, um mit diesen „Gemeinschaftsunternehmen" mit Kapitalhilfe aus Steuergeldern zu gründen zum Austausch des technischen know how gegen Fisch. Diese Unternehmen bestehen aus westdeutschen Schiffen mit westdeutscher Besatzung, so daß das

Fangquoten nach Fanggebieten 1978 (in Tonnen)

	West-deutschland	Britannien	Frankreich	Dänemark	Irland
Skagerrak u. Kattegat	15860	10440	7900	247053	–
Ostsee	37151	–	–	88902	–
Nordsee*	88488	459375	62346	1045708	–
westl. Schottlands u. Rockall*	4063	81385	31111	208	16876
Irische See*	–	13437	1633	–	9517
Grönland*	65500	3	800	63400	–
westl. u. südl. Irlands*	10	27	488	–	13250
andere**	19591	287009	141354	22542	40489
gesamt, 1976	454400	1063300	805900	1911600	94300

* keine mengenmäßige Überschneidung mit den Fängen aus den Gebieten unter „andere"
** Bristol Channal, westl. u. südl. Irlands, Ärmelkanal, Irische See, westl. Schottlands, Biskaya, Nordsee, östl. Grönlands; nicht in der Tabelle aufgeführt sind 500000 t Blauer Wittling, der Heringsersatz, der hier gefischt wird, aber nicht in Quoten aufgeteilt ist.
Quellen: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, C 167
Eurostat, Fischerei, Fänge nach Fanggebieten, 1977

lands; nicht in der Tabelle aufgeführt sind 500000 t Blauer Wittling, der Heringsersatz, der hier gefischt wird, aber nicht in Quoten aufgeteilt ist.
Quellen: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, C 167
Eurostat, Fischerei, Fänge nach Fanggebieten, 1977

DM — Pro-Kopf-Verbrauch an Fisch in Filetgewicht — kg
Einzelpreis für Seelachsfilet pro kg
1974 1975 1976 1977 1978

„technische Wissen" bei den Imperialisten bleibt und der Fisch auch. Allein vor der Küste Argentiniens haben sie neben Forschungsschiffen 2 der 27 (1977) westdeutschen Fabrikschiffe stationiert. Entsprechende Verträge mit Marokko, Mauretanien, Neuseeland und den Seychellen wollen die Imperialisten oder haben sie schon abgeschlossen.

Anfang der 70er Jahre starteten die BRD-Imperialisten eine großangelegte Rationalisierung und Konzentration ihrer Fischereiflotte. Unter dem Motto „Hilfe für die deutsche Fischerei" schusterten sie den Fischereikapitalisten von 1971 bis 1975 fast 65 Mio.

„Hilfe für die deutsche Fischerei" schusterten sie den Fischereikapitalisten von 1971 bis 1975 fast 65 Mio.

DM zinsgünstige Darlehen zum Bau von 15 Vollfrostern zu und „halfen" beim Abwracken von Fischkuttern. Im Nachtragshaushalt 1978 sind für gleiche Zwecke 25 Mio. DM veranschlagt und für die nächsten drei Jahre 100 Mio. DM. Von 1972 bis 1978 wurden 118 Kutterfischer der Ostsee, meist kleine Familienbetriebe, ruiniert. Die Anzahl der Fischdampfer sank von 1970 bis 1977 von 109 auf 66, wobei sich gleichzeitig die Größe der Schiffe um gut ein Drittel erhöhte. Vernichtung der kleinen Kutterfischer einerseits, Subventionierung der Fischereimonopole andererseits, das ist das Programm zur „Anpassung der Produktivitätskapazitäten", wie es die Imperialisten nennen.

Hering, das früher typische Arme-Leute-Essen, ist durch Überfischen nahezu ein Luxusspeise geworden. Ein Industriearbeiter mußte 1977 über eine Stunde lang für 1 kg Seefisch arbeiten. Die immensen Preissteigerungen bei Fleisch haben die Kapitalisten zu noch größeren Preissteigerungen bei Fisch genutzt, so daß die Arbeiter heute weder Fleisch noch Fisch in ausreichendem Maße auf die Teller bekommen. Wie sich die dauernden Lohnsenkungen auf den Verbrauch von Fisch für die Arbeiterklasse auswirken, macht das Schaubild deutlich.

Irische Bauern gegen Steuerpläne



z.rül.London. Protestkundgebung irischer Bauern gegen die Steuerpläne der Regierung vor dem Parlament in Dublin. 2% Steuer auf 90% der landwirtschaftlichen Produktion will die Regierung einführen (siehe KVZ vom 19.2.). Alle Verbände der Bauern fordern die ersatzlose Zurücknahme ihrer Pläne. Der Bauernverband IFA droht mit gezielten Produktionseinstellungen, so jetzt bei Zuckerrüben, wo die IFA die Unterzeichnung des alljährlichen Lieferabkommens mit den Zuckerfabrikanten abgelehnt hat. Die IFA und der Verband der Milchbauern rufen für Montag zu einer großen Protestkundgebung in der Nähe von Dublin auf.

Die Zuckermonopole müssen den Kollektivvertrag einhalten

Bauernkundgebung in Rom / Gemeinsame Aktionen mit den Zuckermühlenarbeitern

z.ulg.Rom. Weit über tausend Zuckerrübenbauern aus ganz Italien sind am letzten Dienstag zu einer zentralen Kundgebung nach Rom gekommen. Zuvor hatte der Kleinbauernverband Confcoltivatori bereits regionale Kundgebungen in Bologna und Foggia veranstaltet: Nordostitalien und Apulien sind die Hauptanbaugebiete. Die Zuckerrübenbauern fordern die Einhaltung des mit den Zuckerindustriellen im Sommer abgeschlossenen Kollektivvertrags über die Aufkaufbedingungen und Erhöhung der von der EG festgesetzten Produktionsquoten.

Die italienische Zuckerindustrie ist in wenigen Monopolen konzentriert. Der größte Konzern, die Eridania, verfügt allein über fast ein Drittel der Zuckermühlenkapazität. 1977 hat die Eridania einen Profit von fast 10 Mio. DM ausgewiesen, nach einer Umsatzsteigerung von 24% im letzten Jahr rechnet sie für 1978 mit noch glänzenderen Profiten. Beim Zuckerrübenanbau ist dagegen der Anteil der kapitalistischen Betriebe relativ gering, der Hauptteil der Produktion entfällt auf Klein- und Mittelbauern.

Der Vertrag der Bauernverbände mit der Zuckerindustrie ist in gewisser Weise einem Tarifvertrag vergleichbar, erklärt uns ein Funktionär der Confcoltivatori. Vor einigen Jahren haben die Bauern erstmals einen solchen Vertrag durchsetzen können. Mindestpreise, Zahlungsfristen und Rahmenbedingungen für die mit den Zuckermühlen abgeschlossenen Anbauverträge sind darin festgelegt.

In den letzten Monaten haben die Zuckerindustriellen den Vertrag gebrochen. Statt der vereinbarten 4100 Lire/dz haben sie für die letzte Ernte durchschnittlich nur 4046 gezahlt. Da die wirkliche Zuckerausbeute beträchtlich über der offiziell zugrundegelegten liegt, streichen sie darüberhinaus aus dem Aufschlag auf den Zuckerpreis „zur Förderung des Zuckerrübenanbaus" einen jährlichen Extraprofit von 45 Mrd. Lire (100 Mio. DM) ein. Schließlich sind die vereinbarten Zahlungsfristen nicht eingehalten worden, und oft erhalten die Bauern nicht, wie im Vertrag festgelegt, das Fruchtfleisch zurück. Die Bauern, die häufig nebenbei Viehzucht betreiben, brauchen das Fruchtfleisch als Futter.

Der Bruch des geltenden Vertrags soll der Auftakt zur Beseitigung der Kollektivverträge überhaupt sein. Schon versuchen die Zuckermühlen, einzelne Bauern zu ungünstigeren Einzelverträgen zu pressen. Die Bauern nennen sie „Strickverträge", denn sie sind wie eine Schlinge um den Hals.

Zur Begründung der willkürlichen Preissenkung führen die Zuckermonopole an, die vertraglich vereinbarten 50 Lire/dz reichten nicht aus, um die an die EG zu zahlende Zuckerabgabe zu finanzieren. Die Zuckerabgabe wird auf die über die „Grundquote" hinausgehende Produktion erhoben. Die stärkeren Konkurrenten haben Italien mit 12,3 Mio. dz eine Quote diktiert, die bei weitem nicht ausreicht, den Inlandsverbrauch von 1977 16,4 Mio. dz zu decken.

Auf der Kundgebung in Rom hat auch der Generalsekretär der Nahrungsmittelarbeitergewerkschaft FILIA gesprochen. Er griff die Zuckerkonzerne an: Sie würden die Schließung der kleineren und der staatlichen Zuckerfabriken vor allem im Süden betreiben, um einen noch größeren Teil der Produktion in ihren Händen zu monopolisieren. Doch die Linie, die er ebenso wie die revisionistischen Führer der Confcoltivatori ausgibt, bedeutet vollständige Unterwerfung von Arbeitern und Bauern unter die Monopole: *einen* Branchenplan „zur Entwicklung der Zuckerwirtschaft" soll die Regierung aufstellen und alsdann den Rübenanbau „planmäßig" reglementieren.

In den wenigen Diskussionsbeiträgen, die Bauern auf der Kundgebung halten können, ist von „Branchenplänen" nicht die Rede, sondern von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes um die gerechten Forderungen. Und da gibt es Erfahrungen: An mehreren Orten haben die Bauern den Kampf gegen die Schließung von Zuckermühlen unterstützt. Umgekehrt laden die Arbeiter Vertreter der Bauern auf ihre Betriebsversammlungen ein, um über den Kampf um den Kollektivvertrag zu berichten.



Demonstration gegen die Schließung einer Zuckerfabrik in Ravenna

USA lassen Weltweizenkonferenz platzen

z.ulg. Am vorletzten Mittwoch ist die Genfer Weltweizenkonferenz ergebnislos auf die zweite Jahreshälfte vertagt worden. Die US-Imperialisten, bei weitem größter Weizenexporteur, hatten auf der Konferenz versucht, die Forderung der Dritten Welt nach internationalen Vorratslagern ins Gegenteil zu verkehren. Mit dem Lager seien sie schon einverstanden, gleich 30 Mio. t. Aber schon bei einem Preisfall auf 140 Dollar/t – 20 Dollar über den Preis, zu dem sie selbst gegenwärtig die nächste Ernte an der Chicagoer Börse handeln – solle das Lager zur Preisstützung Weizen auf- und erst bei 215 Dollar verkaufen. Die Länder der Dritten Welt fordern dagegen eine Preisspanne von höchsten 130 bis 160 Dollar. Ein von den USA kontrolliertes 30-Mio.-t-Lager wäre zugleich das Ende der hochfliegenden Weizenexportpläne der EG-Imperialisten. Die wollten denn auch höchstens 15 Mio. zugestehen. Mit ihrem Schachzug wollen die US-Imperialisten die EG für die Zollverhandlungen der „Tokiorunde" weichkochen, wo sie die Beseitigung der Abschöpfungen fordern, die ihnen den Zugang zu den europäischen Markt erschweren. Am gleichen Tag, an dem die USA die Genfer Konferenz platzen ließen, verkündete ihr Delegationsleiter bei der „Tokiorunde" freudestrahlend, *jetzt* stehe eine Einigung mit der EG dicht bevor.

„Getreide-Rekordernten 1978" – Rekorde im Bauernlegen

„Getreide-Rekordernten 1978" – Rekorde im Bauernlegen

z.doj. 23,9 Mio. t Getreide wurden 1978 eingebracht, die bisher größte Ernte. Die Verkaufsmenge wurde in einem Jahr um 33,7% gesteigert, während die Erzeugerpreise um 5,9% fielen. Gleichzeitig stieg der landwirtschaftliche Einsatz von

Saatgut	+ 19,2%
Schädlingsbekämpfungsmit.	+ 12,4%
Handelsdünger	– 0,4%
Maschinenunterhaltung	+ 1,7%
Energie und Treibstoff	+ 7,0%

Das Bauernlegen unter 50 ha Anbaufläche sah bisher so aus:

Marktfruchtbetriebe (Fläche in ha)

	bis 1	*10 bis 20*	*50 u. mehr*
1971	3126	39286	10334
1977	1760	26602	12680

Die „Rekordernten 1978" haben diese Entwicklung vorangetrieben. Der Agrarbericht 1979 zeigt die weitere Richtung an: den „Selbstversorgungsgrad" der BRD sichern und steigern, für „Krisenzeiten... die erforderlichen... administrativen Maßnahmen vorbereiten" und die Weizenexportoffensive in der EG einleiten gegen die Konkurrenten Frankreich und Dänemark zur Schaffung besserer Ausgangsbedingungen gegen die beiden Supermächte.

Weizenpreise in der EG

z.ulg. In der folgenden Tabelle haben wir die 1977 gezahlten Verkaufspreise für Weichweizen, den Richt- und den Interventionspreis der EG und die Veränderung des letzteren nach den Vorschlägen der EG-Kommission für 79/80 zusammengestellt. Zur besseren Vergleichbarkeit sind alle Preise in DM umgerechnet.

Weichweizenpreise in DM/dz

Land	Verkaufspreis 1977	Richtpreis 78/79	Interventionspreis 78/79	Interventionspreis nach Komm.
BRD	43,09	55,38	41,46	41,46
F	31,59	41,90	31,37	33,03
I	42,43	36,85	27,59	29,05
NL	39,56	51,06	38,03	38,03
B	38,50	50,73	37,98	37,98
LUX	36,62	50,73	37,98	37,98
GB	32,07	35,57	26,63	27,83
IRL	34,45	44,58	33,38	34,88
DK	36,78	50,10	37,51	37,51

Hauptanbaugebiete in der EG sind Nordostfrankreich, die Poebene, Süddeutschland und Ostengland für Weichweizen, Apulien und Sizilien für Hartweizen. Aus den Zahlen ist leicht ersichtlich, warum vor allem die französischen Imperialisten, die als einzige Nettoexporteure von Weizen sind, über den „Grenzausgleich" toben: Statt beim Export nach Westdeutschland einen Extraprofit von mehr als 10 DM/dz aus der Preisdifferenz zu schlagen, müssen sie diesen Betrag als „Grenzausgleich" an die EG wegzahlen.

Die „zweite Muttersprache" Russisch ist den Volksmassen der DDR zuwider

z.rua. Radio DDR hat kürzlich in einer Sendung die „geringe Aufgeschlossenheit der DDR-Bürger gegenüber Fremdsprachen", insbesondere der russischen, angegriffen. Zwar seien die Teilnehmerzahlen an Sprachkursen der Volkshochschulen gestiegen, jedoch brächen viele die Kurse nach kurzer Zeit wieder ab. Ein Großteil der Teilnehmer seien zudem junge Leute, die als Voraussetzung für den Fach- oder Hochschulbesuch einen absolvierten Russischkurs vorweisen müssen. Sie kämen dieser Pflicht zwar nach, jedoch sähen sie den Sinn nicht ein.

Gleichzeitig mehren sich in den pädagogischen Zeitschriften der DDR Artikel, die die Zunahme der Disziplinlosigkeit und Lernfaulheit der Schüler beklagen – die Disziplin sei heute schlechter als vor 25 Jahren, wird zerknirscht festgestellt. „Pädagogische Maßnahmen" – nicht zuletzt die verstärkte Anwendung des Notensystems.

Es ist kein Wunder, daß der Widerwille der Volksmassen der DDR gegen die Zuchthausordnung in den Schulen und die zwangsweise Eindrillung der russischen Sprache wächst. Die DDR ist von den Sozialimperialisten militärisch besetzt, sie wird politisch unterdrückt und entwürdigt und wirtschaftlich ausgeraubt. Die Volksmassen der DDR bekommen Tag für Tag den Zwangscharakter der sozialimperialistischen Beherrschung zu spüren. „Drushba" – Freundschaft – dieses Wort ist für sie zum Fluch geworden. Überall in ihrem Machtbereich, gegen die unterdrückten Nationalitäten in der Sowjetunion selbst wie gegen die Völker der RGW-Staaten wollen die Sozialimperialisten die russische Sprache als *herrschende* Sprache durchsetzen.

Die Sozialimperialisten bestimmen das Bildungswesen der DDR. 1970 wurde vertraglich die Zusammenarbeit der Volksbildungsministerien festgelegt. Lehrbücher, Lehrpläne und Lehrerausbildung stehen unter ihrer Kontrolle und Federführung. *Während* der Sommerferien führen russische Dozenten in der DDR Kurse für Lehrer durch.

Der Russisch-Unterricht ist ab der 5. Klasse Pflicht in der DDR. Er nimmt 1/3 des gesamten Unterrichts ein. Er soll dazu dienen, heißt es im Bildungsgesetz der DDR, „das Verständnis für andere Nationen zu fördern". Alljährlich werden „Russisch-Olympiaden" durchgeführt. Von Teilnahme und Ergebnis ist die Benotung und Versetzung abhängig. „Versuchsweise" ist seit 1978 in Rostock und Berlin der Russisch-Unterricht ab der 4. Klasse Pflicht.

„Entwicklungshelfer" unter staatlicher Befehlsgewalt

z.pek. Auf der Grundlage des Zivildienstgesetzes von 1975 betreiben die österreichischen Imperialisten den Ausbau des Arbeitsdienstes, während sie gleichzeitig den Arbeitern jedes Recht auf Verweigerung des Wehrdienstes vorenthalten. Anträge auf „Befreiung von der Wehrpflicht" müssen vor der „Zivildienstkommission" vorgebracht und mit „schwerwiegenden Gewissensgründen gegen die Anwen-



sein. Dagegen fordert die österreichi-

sein. Dagegen fordert die österreichi-sche Gewerkschaftsjugend die Abschaffung dieser Kommission und das Recht auf Verweigerung des Wehrdienstes. Durch eine Novelle zum Zivildienstgesetz versuchen die österreichischen Imperialisten jetzt, mit billigem Betrug über die Runden zu kommen. Danach soll die Kommission erhalten

dung von Waffengewalt" begründet bleiben, bei Stimmengleichheit sollen Entscheidungen jedoch „zugunsten des Zivildienstes" ausfallen.

Gleichzeitig treiben sie den Ausbau des Zivildienstes zur völlig rechtlosen Zwangsarbeiterarmee voran. Die Zivildiener erhalten einen Sold von 30 Schilling (4 DM) pro Tag. Jede zeitliche Beschränkung des Arbeitstages ist für sie außer Kraft gesetzt, ihre Arbeitszeit richtet sich „nach den Erfordernissen der Einsatzstelle".

Die Österreichische Volkspartei hat jetzt vorgeschlagen, daß auch „Entwicklungshelfer" im Rahmen des Zivildienstes der staatlichen Befehlsgewalt unterstellt werden sollen. Bundeskanzler Kreisky hat gleich nachgehakt und seine Wünsche kundgetan, arbeitslose Lehrer auf diese Weise vollends von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst abzuspalten und durch ideologische Indoktrination auf die Völker der Dritten Welt loszuhetzen. Die österreichischen Volksmassen sind

Die österreichischen Volksmassen sind gegen diese Zwangsverpflichtungsmaßnahmen. Gegen die Wehrgesetznovelle von 1976, mit der die Zwangsverpflichtung von Soldaten zu Kaderübungen eingeführt wurde, wurden in Wien und Salzburg Demonstrationen mit mehreren hundert Teilnehmern durchgeführt.

Erfolgreicher Klausurenboykott der Aachener Sportstudenten

r.sgü. Die Sportstudenten an der TH Aachen, seit 4 Semestern mit 5 zusätzlichen Vorlesungsklausuren traktiert, haben in der letzten Semesterwoche eine Urabstimmung für Boykott der Klausuren durchgeführt. Ergebnis: Ca. 90% der Vorlesungsteilnehmer beteiligten sich, 67,2% stimmten für aktiven Boykott. Die Zwangsverpflichtung auf „Grundlagen des Sportstudiums" wie Sportpsychologie – wie motiviert man zur Leistung, Sportdidaktik – Sport als Kostendämpfer im Gesundheitswesen und andere hehre Bildungsziele, wird nicht mehr länger hingenommen.

Montag, 12.2., Klausur Sportgeschichte: keiner der 150 Studenten folgt den Aufforderungen des Dr. John – er zieht von dannen. Mittwoch, 14.2., Didaktik: Breuer, der alle duzt, ist geschickter, er droht mit BAFöG-Entzug und Zwischenprüfung. Schließlich wird zwar geschrieben, aber alle Antworten von der Studentenvertretung (Seniorat) laut zum mitschreiben verlesen. Freitag, 16.2., Bewegungslehre: 10 von 14 Fachschaften rufen zu einer gemeinsamen VV auf unter dem Titel: „Wie sich gegen Prüfungsverschärfungen und Klausurendruck wehren". Bechdolf schafft's nicht mal, die Tafel herunterzukriegen, die Studenten kennen die Technik besser. Stattdessen spricht eine Vertreterin der FS Germanistik Heidelberg. In einer Resolution werden die VDS aufgefordert, eine Aktionswoche gegen die Prozesse durchzuführen: 126,-DM werden gesammelt. Mittwoch, 21.2., Nachholklausur Sportgeschichte: Über 200 Studenten stimmen bei einer Gegenstimme für eine Erklärung, in der es heißt: „*Sollten wir über die Semesterferien oder zu Beginn des Sommersemesters auch nur von einem Fall hören, daß ein Student an einem Seminar/Übung nicht teilnehmen darf, daß er seine Zwischenprüfungs- oder BAFöG-Bescheinigung nicht kriegt oder daß er sonstigen Repressalien ausgesetzt wird, verlangen wir die sofortige Einberufung einer Sportler-Vollversammlung, die entsprechende Schritte dagegen einleiten soll.*" Nach kurzer Stellungnahme der Institutsleitung zu dieser Erklärung wird erneut das Prinzip „Alle oder keiner – also keiner!" bekräftigt und sie muß sich unter dem Gesang des Boykottliedes erneut verziehen. Freitag, 23.2., Nachholklausur Bewegungslehre: Das Seniorat Sport hat zum Studentenkarneval geladen. Über 100, meist kostümiert, sind erschienen. Die Klausur geht mit Pauken und Trompeten und „Humba, humba, Klausuren nee" unter. Nach 2 Minuten Anwesenheit verläßt die Institutsleitung fluchtartig den Saal, einige haben ihre Anwesenheit nicht mal mitgekriegt.

Jetzt sollen die Klausuren nach vorheriger schriftlicher Anmeldung, daß man „willig" ist, Anfang April geschrieben werden. Die bereits beschlossenen „entsprechenden Schritte" im Sommersemester sind zumindest ein Vorlesungsstreik und Bildung von Kritikgruppen zu diesen „Grundlagen".

Aktionswoche für 2 mal 6 Stunden Berufsschulunterricht in Frankfurt

z.bed. 1973 wurde an der Werner von Siemensschule in Frankfurt der Blockunterricht als „Schulversuch probeweise" eingeführt.

Durchgesetzt hat die Landesregierung ihn nur in den Handwerksklassen (Fernseh- und Nachrichtentechniker, Elektroinstallateure). Darauf, daß der alte Berufsschulunterricht bei den Lehrlingen sowieso verhaßt ist, konnte sie setzen, außerdem ist es so, daß die Lehrlinge im Handwerk schwierige Kampfbedingungen haben, weil sie über Hunderte von Betrieben zersplittert sind. Die SV hatte die Forderung nach 2 mal 6 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Tagen aufgestellt, etliche Aktionen wurden dazu durchgeführt (z.B. sind die Schüler vor's Kultusministerium in Wiesbaden marschiert).

5 Tage hintereinander und das 4 oder 6 Wochen lang, können die Kapitalisten die Handwerkslehrlinge besser und intensiver rannehmen als an 3 Tagen mit Unterbrechung. Sie schaffen ab dem 1. Lehrjahr gleich in der Produktion mit und bei den Fernseh- und Nachrichtentechnikern sieht das dann so aus, daß die Lehrlinge zu Kunden fahren müssen, nachschauen, was am Radio- oder Fernsehgerät zu Bruch gegangen ist. Das können sie in komplizierten Fällen nicht herausfinden, da die Ausbildung eben darin besteht, die Sachen abzuholen und im Betrieb dem Gesellen zur Reparatur zu geben.

Bei den Elektroinstallateuren sind dann z.B. bei einem knapp befristeten Auftrag bei den VDM-Kapitalisten Überstunden die Regel – der Elendslohn tuts und die Kapitalisten stehen dir direkt im Rücken. In der Schule wird dann der in Lehrgängen organisierte Unterricht von einem Vierteljahr (bei 2 Tagen Schule) auf 14 Tage konzentriert. Der Arbeitstag ist dann natürlich viel länger als 7 Stunden . Alle 2 Tage eine Arbeit. Freitags z.B. mußte bei den Nachrichtentechnikern ein Schaltplan mit englischen Symbolen in die deutsche Normierung bis Montag umgeschrieben werden. Gleichzeitig mußten 12 Seiten einer Fachzeitschrift selbständig bis Montag erarbeitet werden. Das Ganze war für eine Klassenarbeit. Daß dabei bis zu 50% durch die Prüfung fallen, ist das Ergebnis.

Jetzt hat die hessische Landesregierung die Direktive gegeben. In ihren Koalitionsvereinbarungen empfiehlt sie den Blockunterricht probeweise einzuführen. Schulleiter Hönisch hat an der Siemensschule schon die Stundenplanmodelle schreiben lassen. Nur die, die es durchsetzen sollen, wollen nicht: Die Gesamtkonferenz an der Schule hat den Blockunterricht abgelehnt und fordert die 2 mal 6 Regelung. Der Berufsschularbeitskreis in Frankfurt ruft auf zu einer Aktionswoche vom 19.3.-23.3.79 unter den Forderungen nach 2 mal 6 Stunden Berufsschu-



Demonstration der Schüler in Frankfurt im letzten Herbst.

le, Weg mit der Stufenausbildung! Vollständige Lern- und Lehrmittelfreiheit! Bezahlung der Fahrtkosten durch den Staat! Einstellung aller Lehrer! Die SV der Werner von Siemensschule hat beschlossen, sich daran zu beteiligen.

Halbjahreszeugnisse: Die Notenschraube wird angezogen

Kommunistische Volkszeitung

Herausgeber: Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) Bezirk Dortmund/ Westliches Westfalen, Zellen Münsterstr./Adlerstr. Verbreitung: Schulen der Dortmunder Innenstadt 19.2.1979

Ende Januar gab es an den Schulen Zeugnisse. Noten und erst recht Zeugnisnoten haben in der bürgerlichen Schule im wesentlichen den Zweck, die Schüler zu sortieren und auszulesen und der Vermittlung der bürgerlichen Ideologie „nachzuhelfen". Bei den Halbjahreszeugnissen wird dabei der Notenknüppel besonders kräftig geschwungen, die Schüler mit den schlechten Noten sollen sich abstrampeln, um bis zur Versetzung am Ende des Schuljahres ihre vermeintlich schlechten Leistungen auszubügeln. In der Jahrgangsstufe 11 des Helmholtzgymnasiums z.B. hatte ein Großteil der Schüler viel schlechtere Zeugnisse als vor einem halben Jahr. Nach dem Ausleseschwerpunkt Mittlere Reife steht das Abitur bevor. Der Notendruck wird verschärft und eine letzte Voraus-

wird verschärft und eine letzte Voraus-lese getroffen: Schülern mit besonders schlechten Noten „legt man einen Abgang von der Schule nahe".

Es ist nicht verwunderlich, daß sich viele Schüler diesem Druck durch häufiges Fernbleiben vom Unterricht zu entziehen suchen. Schlechte Noten bei häufigem Fehlen sind ein Mittel der Bourgeoisie, um die Teilnahme am Unterricht zu erzwingen. So hatte ein Schüler der Oberstufe am Helmholtz-Gymnasium, der oft gefehlt hat, u.a. um das Geld für eine Klassenfahrt aufzubringen, auf seinem Zeugnis zwei 6en, vier 5en und den Rest 4en. Anderen Schülern erging es ähnlich, wer einen Teil des Unterrichts versäumt hatte, bekam in dem betreffenden Fach eine 5 oder eine 6. Im jetzt angelaufenen Halbjahr will man sich mit den schlechten Noten allein nicht mehr begnügen. Die Deutsch-Lehrerin Rasche vom Helene-Lange-Gymnasium fordert jetzt von fehlenden Schülern ein Attest vom Arzt. Sie beruft sich dabei auf die Allgemeine Schulordnung, in der es unter §9, Abs. 3 heißt: „Bei begründetem Zweifel, ob Unterricht aus gesundheitlichen Gründen versäumt wird, fordert die Schule von den Erziehungsberechtigten ein ärztliches Zeugnis über die Erkrankung des Schülers. Die Kosten des ärztlichen Zeugnisses sind von den Erziehungsberechtigten zu tragen. In besonderen

rechtigten zu tragen. In besonderen Fällen kann die Schule ein schulärztliches oder amtsärztliches Gutachten einholen". Diese Attest-Drohung kommt von der gleichen Lehrerin, die den Kampf der Schüler gegen die ASchO dadurch zu spalten versuchte, indem sie die ASchO vor den Schülern ablehnte, aber meinte, man könne halt nichts dagegen machen, ein Streik ginge schon gar nicht, höchstens am Nachmittag. Das ist ungefähr das gleiche, als wollte man die Bademeister von Freibädern auffordern, zur Durchsetzung ihrer Forderungen im Winter zu streiken. Offenen Druck übte der Direktor des Helene-Lange-Gymnasiums aus, der bei Schülerstreik gegen die ASchO mit Verweisen drohte, was bei den Schülern, die bereits Verweise haben, einem Rausschmiß aus der Schule gleichkommt.

Die Lehrer, die die Noten als Indoktrinierungs- und Ausleseinstrument begrüßen, lassen nicht gerne über ihre Notengebung diskutieren, es ist zu offensichtlich, daß das Ganze wenig mit Leistung zu tun hat. Beispielsweise der Kunst- und Biologielehrer Nöker vom Helene-Lange-Gymnasium. In Biologie läßt er das, was er in der Unterrichtsstunde abliest, auswendig lernen und in der nächsten Stunde wiederholen. Dafür gibts dann Noten, die er den Schülern aber nicht mitteilt. Rebellierende Schüler oder diejenigen, die in der letzten Stunde nicht da waren, werden „bevorzugt" drangenommen. Eine besondere Variante der Notengebung ist bei Nöker die Spaltung zwischen Jungen und Mädchen: Mädchen erhalten im Durchschnitt eine 2

zwischen Jungen und Mädchen: Mädchen erhalten im Durchschnitt eine 2 bis 3, Jungen eine 3 bis 4. In einem Kurs in Kunst hat er das Thema für das kommende Halbjahr („Räumliche Gestaltung") mit der Drohung angekündigt, daß man ja auch „6en bauen kann".

Für die Schüler wird es insgesamt nützlich sein, sich Klarheit über Sinn und Zweck der Notengebung zu verschaffen, z.B. durch gemeinsames Beraten und Vergleichen der Zeugnisse. Solche Leute wie Nöker sollte man dabei unbedingt zur Rede stellen.

Übersetzungstext im Französischabitur: Propaganda gegen 35-Stunden-Woche

Kommunistische Volkszeitung

Herausgeber: Kommunistischer Jugendbund für den Kreis Karlsruhe Jg.2/ Nr.4 19.Februar 1979

z.ins. Vom 1.2 bis zum 8.2.79 fand das schriftliche Abitur an den Gymnasien statt. Die Fächer Deutsch, Englisch, Latein, Französisch und Mathematik werden geprüft. Die Prüfung selbst fängt mit einer Ansprache der Direktoren an, am Fichte-Gymnasium in Karlsruhe fängt Direktorin Wegel jeden Tag mit der Frage: „Meine Damen, ich muß Sie pflichtgemäß fragen, fühlen Sie sich wohl?" an. Nach den sich täglich wiederholenden Ansprachen ging's mit Deutsch los. 6 Stunden lang sollte man sich zu Schiller's Wallenstein, zu den Begriffen „Ausgleich-Verständigung-Versöhnung" oder zum Thema „Zuviel Tradition läßt eine politische Tradition erstarren, zuwenig Tradition löst die Gemeinschaft und ihre Ordnung auf" äußern.

Weitere Themen waren: „Die gesellschaftliche Randexistenz des älteren Menschen gehört zu den Erscheinungen unserer Zeit. Erörtern Sie diese Aussage". Die BNN vom 2.2.79 schreibt dazu: „Einfallen konnte den Pennälern wahrlich genug, denn die Themen waren so breit gefächert wie nur selten zuvor." Darum geht's der Bourgeoisie allerdings nicht, daß sich die Schüler „was einfallen" lassen, denn aufgeschrieben werden soll das, was mit Hilfe der Noten mindestens 9 Jahre lang auf dem Gymnasium eingepaukt wurde. Schreibt man z.B. zum Thema „Randexistenz der älteren Menschen", wie mit Hilfe des Ehrenbergprogramms planmäßig an die Rentnerbeseitigung gegangen wird, und daß es nur im Kapitalismus so ist, daß ältere Menschen am Rande stehen, nachdem sie von den Kapitalisten dort abgestellt wurden, da sie für die Profitproduktion nichts mehr bringen, so entspricht das nicht den Vorstellungen der Schulaufsicht zu diesem Thema.

In Französisch und Englisch wurde getestet, wie gut sich die Schüler mit den Problemen der Bourgeoisie rumschlagen können. In der Französisch-Übersetzung ging es um die „Automation". Zum einen mußte das „Recht auf Arbeit" trotz zunehmender Automation verwirklicht werden, weshalb sich „die Arbeiterklasse auch darauf vorbereiten muß, ganz andere Aufgaben anzunehmen, als die, die ihr heute aufgezwungen werden". Man denkt unweigerlich an den Ausbau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und an die Teilzeitarbeit. Das größte Problem sei jedoch, daß die Arbeiter durch die Automation immer mehr Freizeit haben und nichts mit ihr anzufangen wissen. Der letzte Satz dieses Textes: „Es gibt eine Art sich abzulenken, die für den Menschen genauso erniedrigend ist, wie die schlechteste Arbeit in der Fabrik!" Fazit: Den Kampf um die 35-Stunden-Woche braucht die Arbeiterklasse nicht zu führen, da sie schon zuviel Freizeit hat und nichts damit anfangen kann. Am Besten ist's dann, noch mehr zu arbeiten, das kann auch nicht schlimmer sein, als sich auf eine schlechte Art zu erholen! Nicht die kapitalistische Produktionsweise hemmt die Entfaltung der Produktivkräfte, sondern die „Automation" bringt unangenehme Folgen mit sich. Dieser Text ist typisch für die Absichten der Bourgeoisie am Gymnasium. Er zielt ab auf Spaltung und auf eine große Verachtung gegenüber der Arbeiterklasse. An den Themen und den verschiedenen Texten wird deutlich, daß die Bourgeoisie ziemlich umfassend prüft, wer für ihre Zwecke taugt und wer nicht. Entweder besteht man die „Reifeprüfung" oder kriegt schlechte Noten oder wird gleich ausgesiebt. Im letzten Dressurakt, der „mündlichen Reifeprüfung", soll das entschieden werden.

Apels neues Manöver gegen Lohnfortzahlung und Dienstausgleich: 80 Pfennig für Überstunden

z.rug. „Vorbehaltlich der Kabinettszustimmung", schreibt Apel an den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Wörner, wolle er der „überhöhten Dienstzeitbelastung der Berufs- und Zeitsoldaten" auf den Leib rücken: Ab 1980 soll gelten: Für Berufs- und Zeitsoldaten, die mindestens 56 Stunden in der Woche arbeiten, eine Pauschale von 90 DM pro Monat und für Wehrpflichtige ab dem 7. Dienstmonat eine monatliche Pauschale von 54 DM. Daß hier nichts verschenkt werden soll, braucht nicht erörtert zu werden.

Das Soldaten- und Reservistenkomitee Hamburg/Unterelbe hat das Dienstpensum von 2 Bundeswehreinheiten untersucht: Bei einer dritten Ausbildungswoche der Rekruten in der Röttinger Kaserne ergab sich eine tägliche Schufterei zwischen 9 und 14 Stunden. Nicht eingerechnet sind Wache und befohlene Strafdienste. Die Untersuchung der Dienstwoche einer Feldartillerieabteilung aus der Lüneburger Scharnhorstkaserne während einer Übung ergab: Eine Wochenarbeitszeit von 110 Stunden an sieben Tagen.

Nach Apels „Ausgleich für hohe Dienstzeitbelastung" wären das 50 Pfennig pro Überstunde. Die Rekruten gingen ganz leer aus, denn sie sind ja noch keine 7 Monate dienstverpflichtet.

Man sieht, das ganze Manöver, das Apel mit der „Überstundenabgeltung" einleiten will, geht aus von der Spaltung der Masse der Soldaten – der höher bezahlten Berufs- und Zeitsoldaten und der Wehrpflichtigen – und vertieft diese Spaltung, indem die Rekruten völlig in den Dreck gedrückt werden sollen.

Der entscheidende Betrug liegt aber darin, daß Apel den Anschein erwecken will, für den Überdienst werde ein angemessenes Entgelt gezahlt, was ihn berechtige, nunmehr nicht nur aus der Natur des Soldatendaseins Überdienste zu erwarten, sondern die *uneingeschränkte Verfügbarkeit* der Soldaten mit dem hinterhältigen Argument, er habe dafür ja – wie auch sonst im Arbeitsleben – bezahlt.

Im übrigen, was tatsächlich mehr an Sold in die Hände eines Soldaten gelangt, darauf giert der Kompaniechef bei der nächsten Disziplinarstrafe. Auf diese Weise – so wird Apel erhoffen – wird die Unterdrückung und Spaltung der Soldaten verschärft werden können und der Kampf dagegen ideologisch zersetzt werden mit dem Argument der ausgleichenden Bezahlung.

Wird die Soldatenbewegung auf einen solchen Leimprügel kriechen? Über 300 Soldaten der Nibelungenkaserne in Walldürn und der Deutschordenskaserne in Bad Mergentheim haben in Briefen an Apel die Bezahlung aller Heimfahrten und Dienstausgleich für alle Zusatzdienste gefordert. Nach Zusatzdiensten eines Instandsetzungszuges in Großengstingen wollte das Offizierskorps die Soldaten mit einem Tag Sonderurlaub abspeisen. 11 Tage Dienstausgleich errechneten die Soldaten und stehen zu dieser Forderung, auch nachdem daraufhin zwei Tage Dienstausgleich angeboten wurde.

Dienstausgleich setzt der ausufernden Schinderei und Unterdrückung in der Armee gewisse Grenzen. Hinter dieser Forderung läßt sich eine breite Bewegung des Teils der Armee zusammenfassen, der im Widerspruch zu den imperialistischen Zielen der Bundeswehr selbst steht, und insoweit drücken sich in den Forderungen nach Dienstausgleich und Lohnfortzahlung die gesellschaftliche Realität der Klassenspaltung und die gemeinsamen politischen Interessen der Volksmassen aus.

Das Ziel umfassendster Kontrolle und Unterdrückung dieser Bewegung sucht die Bourgeoisie hinter einem neuen „sozialen Angebot" zu verdecken: Kasernierung bis in die Heimatbahnhöfe! Ab 1.1.79 gibt es zwei unentgeltliche Familienheimfahrten im Monat – mit der Bahn.

Warum will die Bundeswehrführung verhindern, daß die Soldaten mit PKW schnell nach Hause kommen? Das erste, was die Soldaten bilden bei der Bundeswehr, sind solche Fahrgemeinschaften. Die Bundeswehrführung will die Heimfahrt im Sammeltransport und als Manöver durchführen. Behütet von Feldjägern und Bahnpolizei, um den Soldaten dabei die Beratung und den Austausch von Erfahrungen über Kämpfe unmöglich zu machen.

Wenn der Artikler M. Landrock in „Heer 2/79" für die Bahnfahrt wirbt, dann muß er den tatsächlichen Grund für die Unfälle mit den Privat-PKWs angeben: Übermüdung der Fahrer. Es ist die 50-, 60- oder 70-Stundenwoche, in der die Generalität die Soldaten Befehl und Gehorsam unterwirft und ihren Blutzoll fordert.

Die uneingeschränkte Vernutzung der Arbeitskraft der Soldaten soll auch heißen: „7 Tage in der Woche Einsatzbereitschaft für die Bundeswehr", fordert noch als „Privatmeinung" G. Lieb in der Zeitschrift „Kampftruppen 1/79". Er stellt eine gleitende Einsatzbereitschaft vor, in der eine Brigade immer an zwei verschiedenen Tagen in der Woche freibekommt.

Unterstützung für den Kampf der Soldaten für Dienstausgleich

r.thf. In Köln-Ossendorf in der Kaserne „Butzweilerhof" haben die Transportsoldaten über mehrere Quartale hinweg den Kampf geführt, für Dienstausgleich für Bereitschaft und Dienstausgleich für Wochenend GvD / UvD. Am 1.12.79 hat die Btl.-Führung weitere Maßnahmen durchgesetzt in Richtung Verschärfung der Kasernierung und Erhöhung der Einsatzbereitschaft: 1. Abschaffung von UvD und GvD-frei, 2. Abschaffung von Dienstausgleich für Wochenendwachen, 3. Erhöhung der Zahl der Bereitschaftssoldaten von 18 auf 22, 4. zusätzliche Belastung der Bereitschaft durch Doppelstreifen.

4 Arbeiter von ARBED/F&G von der Edelstahlabteilung haben jetzt folgenden Brief an den Vertrauensmann der 3./801 gerichtet: „Wir haben von Euren Auseinandersetzungen gehört, wo Ihr Euch einsetzt für die Forderungen nach: 2 Tage Dienstausgleich für Bereitschaft! Ein Tag Dienstausgleich für Dienste am Wochenende! Es ist schon mutig, wie Ihr über Monate hinweg die Sache verfolgt und auch trotz Einschüchterung und Kasernierung den Kampf weiterführt. Wir verurteilen entschieden die weitere Verschärfung der Kasernierung in Eurer Kaserne... Uneingeschränkte Vernutzung der Arbeitskraft zu jeder Tages- und Nachtzeit zum Zweck der Einsatzbereitschaft ist das Ziel... Die Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren immer wieder Forderungen erhoben, die dieser Ausbeutung Schranken setzen, so die 35-Stundenwoche. Sie reicht aber allein nicht aus, der Ausbeutung Schranken zu setzen, wenn nicht die Nacht-, Akkord-, Überstunden- und 4-Schichtarbeit verboten sind, und vor allem, wenn der Lohn nur reicht bei Schicht- und Überstundenarbeit. Festgeld, bei 5%, was 120 DM ausmacht, wäre für dieses Jahr schon richtig. Und es wäre da schon richtig, wenn diese Gehässigkeiten, die dem Arbeiter Lebenskraft und Freude rauben, verboten wären...".

Es wächst das Bewußtsein unter den Arbeitern, daß man der Ausbeutung Schranken setzen muß und dazu politische Forderungen braucht und daß die Soldaten unbedingt die Unterstützung der Arbeiterklasse brauchen. Wie sonst sollten die Forderungen der Soldaten Gewicht bekommen, damit sie in der Gewerkschaftsbewegung verankert werden können. Deshalb haben die 4 Arbeiter den Soldaten vorgeschlagen, sich an sie zu wenden, damit die Verbindung nicht abreißt. „Es wäre richtig, wenn wir die Soldaten zum nächsten Gewerkschaftstreffen der Betriebsgruppe einladen würden," vertrat ein Arbeiter.

Mehrere Arbeiter von ARBED / F&G haben die Sammlung für die vollmotorisierte Kompanie der ZANLA-Streitkräfte in ihren Abteilungen durchgeführt, von 3 Betriebsabteilungen sind insgesamt über 50 DM zustandegekommen. In der Kaserne „Butzweilerhof" haben die Soldaten über mehrere Monate hinweg die Sammlung durchgeführt. „Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg", entspricht den gleichen Interessen der Soldaten wie der Arbeiterklasse, „gerechte Kriege" zu unterstützen und sich gegen Einsatz der Armee im Innern wie nach Außen zu wenden. Mit Erweiterung des Militärischen Sicherheitsbereiches, Strafbefehlen und Polizeieinsätzen will die Bourgeoisie sich die revolutionäre Propaganda vor der Kaserne vom Hals schaffen und die Soldatenbewegung treffen. Solls ein Pfahl bringen, der jetzt 20 Meter weiter vorne steht, oder ein Strafbefehl, oder läßt sich mit Druck, Spaltung und Drohungen mit MAD-Verhören die Soldatenbewegung unterdrücken? Beides wird nicht gehen.

„Signal DDR 30" – Aktion Befehl und Gehorsam

z.mih. Als im Januar die „Wetterunbilden" herhalten sollten, die Ausbeutung zu verschärfen, haben sich mehrere Jugendbrigaden in verschiedenen Bezirken der DDR geweigert, in Sonderschichten mit „jugendlichem Elan die entstandenen Planrückstände abzubauen." Das zeichnet nicht gerade williges Arbeitsvieh und Kanonenfutter aus. Mit Befehl und Gehorsam soll der Jugend die „Arbeitsunlust", die „Disziplinlosigkeit", das „Desinteresse am Wohl der Gesellschaft" und der fehlende „Patriotismus" ausgetrieben werden. Die Eltern sind aufgerufen, ihre Erziehungspraktiken zu ändern. Das Kind werde grenzenlos verwöhnt, habe keine Pflichten und wenn die Berufswahl anstehe, müsse es möglichst ein Beruf sein, „bei dem es von Beginn an viel Geld, viel Ruhm und wenig Arbeit gäbe."

Diese Vorstellungen machen sich auch in der NVA breit, klagt das DDR-Verteidigungsministerium. Gegen Erscheinungen, daß Soldaten sich der „Bereitschaft zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes unter Einsatz des Lebens" entziehen wollen, soll härter durchgegriffen werden. Und das gilt für den zukünftigen Nachwuchs erst recht. In der FDJ und bei den Pionieren sollen die Jugendlichen und Kinder weichgekocht werden.

Um ihnen praxisnah das „jederzeitige Eintreten für die Waffenbrüderschaft" mit den Sozialimperialisten und Befehl und Gehorsam einzuhämmern, hat die FDJ und die GST (Gesellschaft für Sport und Technik) am 24. Februar mit großem Tamtam die wehrpolitische und militärische Aktion „Signal DDR 30" angeleiert. Die Aktion steht unter Schirmherrschaft von Armeegeneral Heinz Hoffmann und ist Bestandteil des Mehrarbeitsprogramms „FDJ-Aufgebot DDR 30". Bis zum „Nationalen Jugendfestival der DDR" an Pfingsten sollen alle Jungen und Mädchen fünf Kampfaufträge erfüllen: Signal-Auftrag „Auf den Spuren der Revolution", Signal-Manöver „Freundschaft", Signal-Wettkampf „Wehrsport", Signal-Bekenntnis „Ehrendienst", Signal-Verpflichtung „Ordnung und Sicherheit". In den zentralen Ausbildungslagern der GST sollen am 5. und 6. Mai neben der „Erbsensuppenromantik" am Lagerfeuer noch der „Schützenmeister"



ermittelt und der wehrsportliche Wettkampf „Schießen, Kraft und Kondition" durchgeführt werden. Zum vollen Erfolg der Aktion wollen Aktivisten der ersten Stunde, Offiziere der NVA und der sozialimperialistischen Besatzertruppen, sowie Staatsfunktionäre dem zentralen Stab unter die Arme greifen.

Die Sowjetunion strebt die US-Vorherrschaft in Ostasien zu brechen

Sowjetische Schritte zum Durchbruch der amerikanischen Angriffs- und Verteidigungskette

z.krk. Die Sowjetunion führt Krieg in Südostasien. Sie führt Vietnam gegen das Demokratische Kampuchea und gegen die VR China. Sie will sich damit in Südostasien eine feste Ausgangsbasis verschaffen und die führende Kraft im Kampf gegen die Supermächte, das sozialistische China, weltweit diskreditieren durch einen erzwungenen Gegenschlag auf die vietnamesischen Aggressoren.

Auf den ersten Blick scheint der US-Imperialismus fast unbeteiligt. Aber in Wirklichkeit tritt die Sowjetunion genau gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus in Ostasien an, um ihre Weltherrschaftspläne verwirklichen zu können.

Die US-Militärmacht zwischen der Ostküste Afrikas und der Westküste Südamerikas steht unter dem Kommando des US Pacific Command. 140000 US Soldaten sind im pazifischen Raum stationiert: 46000 in Japan, 40000 in Südkorea, 14000 auf den Philippinen, 8800 auf Guam, 29000 sind im Rahmen der 3. und 7. Flotte auf dem Ozean unterwegs. Hinzu kommen noch 40000 Mann in Pearl Harbour, auf der US-Kolonie Hawaii, dem Sitz des Kommandos. Die Stützpunkte in Japan, Südkorea, Taiwan, der Stützpunkt auf Guam, die 2 Basen auf den Philippinen, die zu einem zu US-Territorium erklärten 16 Inselgruppen im Pazifik und schließlich Hawaii ergeben eine zusammenhängende Kette, die die Seeherrschaft des US-Imperialismus im Pazifik sichern und gleichzeitig die Vorherrschaft über eine Reihe von ostasiatischen Ländern.

Seit 1952 besteht zwischen den USA, Neuseeland und Australien der ANZUS-Pakt, ein Militärbündnis, das den Beistand aller bei einem Angriff auf die jeweiligen Mitgliedstaaten vorsieht. Die Erwägungen der USA gehen gegenwärtig dahin, mit Einbeziehung Japans aus dem ANZUS ein NATO-ähnliches Bündnis zu schmieden, damit ihre Vorherrschaft über die Mitgliedstaaten zu festigen und so ihre Pazifik-Kette in südlicher Richtung zu erweitern.

Einher geht damit die Aufrüstung der US-Marionetten Südkorea und Taiwan, sowie anderer „Verbündeter". 1976 erhielt Südkorea 1,5 Mrd. Dollar Militärhilfe, zusätzlich 250 Düsenjäger (darunter 90 F 16), 6 Zerstörer, Hunderte von Hubschraubern. Taiwan erhielt im vergangenen Jahr u.a. Panzer im Wert von 81 Mio. $ und zwei Zerstörer und ebenfalls moderne Kampfflugzeuge. An Thailand vermachte die USA im Lande gelagerte Munition im Werte von 11,3 Mio. $, und Carter versprach beim letzten Amerikabesuch Kriangsaks 30 Mio. $ Militärhilfe für das laufende Jahr.

Die Betrachtung der amerikanischen Stützpunkte (im weiteren Sinne des Wortes) macht die sowjetische Schwäche im Ostasien deutlich. Da ihre neuzeitliche koloniale Geschichte ungleich kürzer ist, muß sie dem US-Imperialismus die verbliebenen Teile seines Imperiums streitig machen, die in Ostasien noch erheblich sind. Der Sowjetunion fehlt es an Ausgangsbasen und an Beweglichkeit. Ihre wichtigsten Kraftzentren befinden sich weiterhin im eigenen Lande. Die allerdings hatte die sowjetische Militärführung im vergangenen Jahr erheblich verstärkt. Die in Chabarowsk stationierte 6. Luftwaffendivision ist auf volle Mannschaftsstärke gebracht worden, gegenüber dem früher üblichen 50-75%. In den letzten 5 Jahren bauten sie 20 neue Militärflughäfen, deren Zahl sich im Fernen Osten damit auf 80 erhöhte. Von ihrer Lage her sind sie auf das Japanische Meer gerichtet. ⅓ der Marineflieger-Einheiten sind in Fernost stationiert. 11 Kreuzer, 82 Zerstörer, 125 U-Boote bilden die sowjetische Pazifik-Flotte. Hinzu kommen 240 Versorgungsschiffe, die wegen dem Mangel an Stützpunkten von großer Wichtigkeit sind. Schrittweise erhalten die Bodentruppen (45 Divisionen entlang der chinesischen Grenze) die modernste Ausrüstung, die gegenwärtig nur die Einheiten in der DDR haben. Im Ochotskischen Meer bauen sie zur Zeit ihren größten Marinestützpunkt.

Was die Supermächte im Sinn haben, ist gut ablesbar an ihren Manövern. Die USA veranstalteten im März 1978 das größte Pazifik-Manöver der Geschichte, die „Operation Team Spirit", mit 104000 US und südkoreanischen Soldaten in Südkorea. 20000 US-Soldaten brachten sie von außerhalb und testeten dabei das neue gemeinsame Kommando sowie die Schnelligkeit der Logistik. Dasselbe übten sie im Dezember bei einem gemeinsamen US-japanischen Luftmanöver, bei dem sie prüften, wie schnell ihre Einheiten von Clark Air Base auf den Philippinen in Japan ankommen.

Auf japanischem Territorium fand auch das bedeutendste sowjetische Manöver in Ostasien im vergangenen Jahr statt: mit Luftwaffe und Amphibienfahrzeugen veranstalteten sie auf Etorofu, einer der 4 besetzten japanischen Inseln, ein Landemanöver, das offensichtlich anderen Teilen Japans galt.

Ihre vorgeschobene Angriffs- und Verteidigungskette stärken – das will die USA. Diese Kette zu durchbrechen und eigene militärische Kettenposten aufzustellen ist der Sowjetunion an zwei Stellen gelungen: auf den 4 besetzten japanischen Inseln und in Vietnam. Vor dessen Küste sind seit dem vietnamesischen Angriff auf Kampuchea sowjetische Flotteneinheiten aufmarschiert und ebenfalls hier soll sich der US-Flugzeugträger „Constellation" aufhalten. Mit der Luftbrücke nach Vietnam testet nun die Sowjetunion ihrerseits ihre Mobilität in Ostasien.



Sowjetische Mariner beim Manöver auf den Kurilen

Das Volk von Hawaii wehrt sich gegen Landraub

z.cht. Am 28. Januar demonstrierten 300 Menschen in Pearl, Hawaii, zur Unterstützung eines Kampfes, den die Leprakranken der Station Hale Mohalu seit einem Jahr gegen die Schließung ihrer Station – ein Anwesen von 11 acres (4,4 ha) – und ihre Verlegung in ein Krankenhaus führen. Lepra ist zusammen mit anderen Krankheiten Mitte des 19. Jahrhunderts von den Kolonialisten eingeschleppt worden. Die Krankheiten trugen dazu bei, daß die Bevölkerung im 1. Jahrhundert der



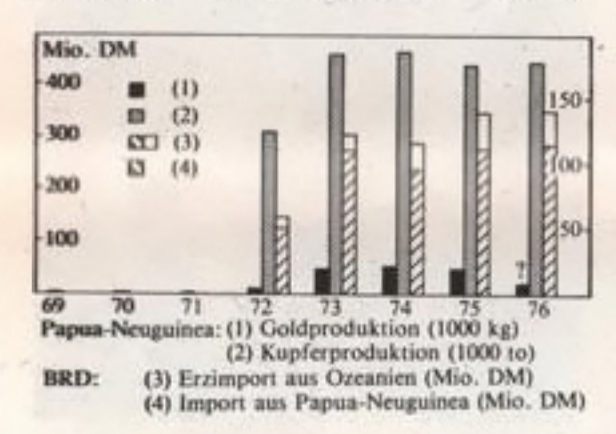
Ein Polizist unterstützt die Demonstranten auf dem Flughafen Hilo am 14. September 1978

Kolonisierung bis 1900 von 300000 auf 40000, bis 1920 auf 25000 dezimiert wurde. Der Kampf der Leprakranken um ihre Station ist Teil des Kampfes gegen den Landraub am Volk von Hawaii. Bis 1848 gab es noch keinen privaten Landbesitz auf Hawaii, innerhalb von 15 Jahren hatten die weißen Kolonialisten ¼ des Landes an sich gerissen. Heute gehören 47% des Landes 72 Großgrundbesitzern. Nur 5% gehören kleinen Privatbesitzern, davon sind nur wenige Hawaiier.

Die USA, die 1900 Hawaii als ihr Territorium besetzten und 1959 zum 50. Bundesstaat machten, erklärten bestimmte Teile des Landes als Homestead-(Siedlungs-)Gebiete, die den Hawaiiern vorbehalten sein sollten, um den Raub der anderen Teile des Landes abzusichern. Es war schlechtes Land, das z.T. ganz unbrauchbar war, z.T. nicht bebaut werden konnte, weil die Plantagenbesitzer das Wasser monopolisiert hatten. Große Teile nutzt der Staat inzwischen ohne Entschädigung der Hawaiier. Das Volk von Hawaii wehrt sich gegen die Landraubpolitik der US-Imperialisten. Im Juli und September '78 unterbrachen Demonstranten den Flugverkehr in Hilo, Big Island (s. Bild), aus Protest dagegen, daß der Staat keine Pacht für das Flughafengelände bezahlt, obwohl es im Homestead-Gebiet liegt, und gegen die Bombardierung der Insel Kaho'olawe durch US-Bomber. Im Tal von Waikane und Waihole kämpfen die kleinen Pächter seit 5 Jahren gegen eine Wohnungsbaugesellschaft, die sie aus ihrem Tal vertreiben will. Sie fordern langfristige Pachtverträge und zahlen bis zur Erfüllung ihrer Forderungen, seit 1975, keine Pachtgebühren.

Streik der Bergarbeiter in Papua-Neuguinea

z.mat. Der Streik der Bergarbeiter in der Gold- und Kupfergrube Bougainville des US-Konzerns Rio Tinto Zinc trifft die Imperialisten empfindlich. Jahrelang hatten sie erfolgreich Druck auf die Kupferpreise ausüben können. Ihre hektischen Bemühungen, die strategischen Kupferreserven aufzu-



Papua-Neuguinea: (1) Goldproduktion (1000 kg)
(2) Kupferproduktion (1000 to)
BRD: (3) Erzimport aus Ozeanien (Mio. DM)
(4) Import aus Papua-Neuguinea (Mio. DM)

stocken, haben jetzt zum Wiederanstieg des Kupferpreises geführt, von 773 Pfund Sterling im Dezember auf über 950 im Februar. Jede Stockung in der Rohstoffplünderung der Länder der Dritten Welt muß sie gerade jetzt besonders schmerzen. In Papua-Neuguinea haben vor allem die australischen und die US-Imperialisten den Gold- und Kupferraub in wenigen Jahren vervielfacht. Die westdeutschen Kapitalisten sind an der Plünderung des Landes ebenfalls kräftig beteiligt; das zeigen die Zahlen über den Import von Erzen aus der Region insgesamt und über den gesamten Warenimport aus Papua-Neuguinea deutlich. Gegen den Streik will Rio Tinto Zinc die Regierung ins Feld führen. Die Lohnrichtlinien der Regierung erlauben keine Lohnerhöhung, sagen sie. Von dem staatlich eingesetzten Schlichter, der inzwischen nach Bougainville gereist ist, erhoffen sie sich die Zerschlagung des Streiks. Einiges spricht dafür, daß diese Rechnung nicht aufgehen wird. Präsident Somare hat seine Politik der Unabhängigkeit von den Imperialisten vor vier Monaten durch eine Kabinettsumbildung sichern können. Erklärte Absicht seiner Regierung ist es, die Bergwerke des Landes unter nationale Kontrolle zu bringen. Anfang Januar ist Papua-Neuguinea dem gemeinsamen Markt der ozeanischen Länder beigetreten; ein gemeinsames Ziel ist die bessere Nutzung der Kupfervorkommen Ozeaniens für den Aufbau unabhängiger nationaler Wirtschaften.

guinea haben vor allem die australischen und die US-Imperialisten den
kommen Ozeaniens für den Aufbau unabhängiger nationaler Wirtschaften.

Die Arbeiter und Bauern Nordindiens unterstützen den Streik der Jutearbeiter

z.rül. Der Streik der 220000 Jutearbeiter Westbengalens dauert an. Seit dem 6.1. kämpfen sie für mehr Lohn, vor allem für eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns von 407 Rupien (ca. 107 DM!), gegen die Intensivierung der Arbeit und für die Nationalisierung der Juteindustrie. Nach den letzten Verhandlungen am 15.2. erklärte der Arbeitsminister Westbengalens, Ghosh, er sehe ,,keine Aussichten auf Einigung". In Westbengalen wird 52% der indischen Jute verarbeitet. Bei einem Exportanteil von 40% und einer Jahresproduktion von 1,262 Mio t (1977) ist Indien der größte Juteexporteur der Welt (zum Vergleich Prod. 1977: VR China 1,45 Mio t, Bangladesh 1,026 Mio t, Welt 4,31 Mio t).

Der Produktionsausfall von inzwischen 150000 t hat die Imperialisten mit offenen Drohungen auf den Plan gerufen, die sich den Jute bislang billig unter den Nagel gerissen haben. Ihre Vorräte gehen zur Neige, und sie mußten bereits Preissteigerungen für verarbeitete Jute hinnehmen. Sie wollen die indische Regierung, die sich bisher zurückgehalten hat, zur Niederschlagung des Streiks treiben. Die Sozialimperialisten haben gedroht, ,,daß sie sich nach anderen Quellen umsehen müßten, wenn sie keine Sicherheit bekommen könnten, daß sie *bald* Produkte aus Indien erhalten" (lt. Financial Times vom 15.2.).

Obwohl die Jutekapitalisten mit Hinweis auf den Streik die Preise für Rohjute um 30–40% auf 197 Rupien je 100kg gesenkt haben, unterstützen die Jutebauern den Streik. Jute wird in Nordindien von selbstarbeitenden Bauern angebaut; in der Vergangenheit haben die indischen Jutebauern die Bildung einer Jute Corporation of India durchgesetzt, die ihnen zu staatlichen Preisen die Jute abkauft, so den Zwischenhandel ausschaltet und der Ausplünderung der Bauern einen Riegel vorschieben soll. Die JCI hat jetzt erklärt, daß sie 1978 30% der Juteproduktion aufgekauft habe und diesen Anteil rasch steigern könne, wenn der genossenschaftliche Zusammenschluß der Bauern stärker gefördert werde. Der Sekretär der Bauernvereinigung Krishak Sabha erklärte am 11.1., daß die Bauern den Streik und die Ziele des Kampfes der Arbeiter unterstützen würden.



Unterstützung finden die Jutearbeiter auch bei den anderen Arbeitern, so den Feuerwehrleuten, die derzeit im Streik stehen für eine bessere Ausbildung und Ausrüstung (unser Bild). Die westbengalischen Gewerkschaften haben betont, daß sie sich gegenseitig unterstützen werden in ihren Kämpfen.

,,Wir sind alle Teil einer Interessengemeinschaft"

Neues Abkommen TUC – Regierung / Urabstimmung im öffentlichen Dienst



,,Schluß mit den Niedriglöhnen", ,,60 Pfund Mindestlohn" – Arbeiterinnen aus dem öffentlichen Dienst auf einer Demonstration am 15.2. in Ostlondon

z.hef.London. In der letzten Woche stimmten die Verhandlungskommissionen für die Gemeindearbeiter und die Arbeiter in den Krankenhäusern einem neuen Angebot des Dienstherrn zu: 9% auf den Grundwochenlohn von 42,40 Pfund (das sind 3,81 Pfund) sowie die Durchführung einer ,,Vergleichbarkeitsstudie" durch eine ,,unabhängige Kommission". Findet diese Kommission heraus, daß Löhne für vergleichbare Arbeit außerhalb des öffentlichen Dienstes höher sind, sollen die entsprechenden Zuschläge im August 1979 und im April 1980 gezahlt werden. Als Abschlag auf diese eventuelle Zahlung gibt es ab sofort ein Pfund mehr pro Woche, zusätzlich zu den 9%. Das bringt den Bruttogrundlohn auf 47,21 Pfund, mit der Chance, entweder ab August eine Lohnerhöhung unbekannter Höhe zu erhalten oder das eine Pfund wieder zu verlieren, je nachdem, was die ,,unabhängige Kommission" herausfindet. Alle vier Gewerkschaften hatten 60 Pfund gefordert.

Obgleich die Verhandlungskommissionsmitglieder von NUPE einschließlich des Vorsitzenden Fisher dem Abschluß zugestimmt hatten, beschloß der Exekutivrat der NUPE einstimmig, den Mitgliedern die Ablehnung des Abschlusses in der Urabstimmung zu empfehlen. Mit 600000 Mitgliedern in diesem Bereich ist NUPE die größte beteiligte Gewerkschaft. Die Führung der GMWU empfiehlt ihren Mitgliedern die Annahme und wird zur Abstimmung regionale Konferenzen durchführen. Die Führung der COH-

stimmung regionale Konferenzen durchführen. Die Führung der COH-

SE hat den Abschluß ohne Empfehlung zur Urabstimmung gestellt. Die TGWU hat ihren Mitgliedern unter den Gemeindearbeitern Annahme empfohlen. Aber einzelne Bezirke, z.B. West Glamorgan, forderten nach Bekanntwerden die Ablehnung und Vollstreik aller Gemeindearbeiter. Am Mittwoch wird eine zentrale Konferenz bei der TGWU über Annahme und Ablehnung entscheiden.

Es ist klar, daß die Belegschaften des öffentlichen Dienstes diesem Anschlag auf die Interessen der Arbeiterklasse nicht *freiwillig* zustimmen. Denn erstens hätte die Bourgeoisie einen Niedrigst-Abschluß durchgesetzt, und die Lohnbewegung würde die Verfolgung ihrer Interessen an eine ,,unabhängige" – sprich, mit Bourgeoisprofessoren besetzte Kommission – zwecks Überprüfung abgeben. Die Auszahlung im April nächsten Jahres, die sich direkt gegen den Tarifkampf im nächsten Jahr richtet, ist eine der Feinheiten. Zweitens würde ein solcher Abschluß ein mächtiges Spaltungswerkzeug in den Händen der Kapitalisten gegen die anstehenden Tarifkämpfe außerhalb des öffentlichen Dienstes, vor allem der Metall- und Bergarbeiter, geben: wenn die Arbeiter des öffentlichen Dienstes nicht mehr verlangen als den gleichen Lohn, den die Arbeiter außerhalb des öffentlichen Dienstes jetzt erhalten, mit welcher Berechtigung verlangen die dann noch Lohnerhöhungen? Neben den Spaltungsmöglichkeiten würde das direkte Geldinteresse der Kapitalisten an niedrigen Lohnabschlüssen für diejenigen, mit denen der öffentliche Dienst verglichen wird, enorm gesteigert, ein neuer Stachel für die Lohnsenkung geschaffen.

TGWU-Führer Donnett erklärte unmittelbar nach dem Abschluß bereits, daß die Gewerkschaftsführungen gegenüber den Mitgliedern eine ,,schwierige Verkaufsoperation" für den Abschluß durchzuführen hätten. Die erhoffte Zermürbung der Lohnbewegung durch zeitlich und örtlich begrenzte Schwerpunktstreiks haben die Sozialdemokraten nicht erreicht. Es gelang den Kapitalisten in verschiedenen Bezirken, die Arbeitsaufnahme

gelang den Kapitalisten in verschiedenen Bezirken, die Arbeitsaufnahme

von Müllarbeitern und Friedhofsarbeitern zuwege zu bringen, aber insgesamt sind alle Tätigkeiten der Gemeindeverwaltungen schwer gestört. Die Krankenwagenfahrer in London und Manchester führten in der letzten Woche erneut einen eintägigen Vollstreik durch. Sie wurden von Beschäftigten in mehreren Krankenhäusern mit Streiks unterstützt. 27000 der Regierungsangestellten brachten am Freitag mit einem eintägigen Streik für ihre Forderung nach 25% Lohnerhöhung, die in einem früheren ,,Vergleichsverfahren" vor zwei Jahren zugesagt worden war, die Ministerien, Zollämter, Regierungscomputer zum Stillstand. Auch dies ist ein Zeichen der Stärke der Lohnbewegung.

Vor zwei Wochen veröffentlichten Regierung und TUC-Führung eine ,,gemeinsame Stellungnahme" mit dem Titel: ,,Die Wirtschaft, die Regierung und die Verantwortung der Gewerkschaften". Auf der Linie dieses Dokuments soll die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst ausverkauft werden. Im zweiten Absatz heißt es: ,,In der Konfrontation liegt keine Antwort... Aber Übereinkunft ist nur möglich, wenn unser ganzes Volk erkennt, daß wir Teil einer Interessengemeinschaft sind. Britannien, das Land mit der längsten industriellen Geschichte, kann nur erfolgreich operieren, wenn es eine grundsätzliche und tatsächliche Übereinstimmung in unserem Volk gibt." Die beiden Seiten stimmen überein, daß ,,eine allgemeine Erhöhung der Geldeinkommen, welche die Rate des Ausstoß-Wachstums überflügelt, unvereinbar wäre mit unserem Ziel einer Wirtschaft mit hohen Löhnen, hoher Produktivität und niedrigen Stückkosten." Die TUC-Führung erklärt sich mit einer Art konzertierter Aktion einverstanden, die jährlich über die Lohnerhöhungen beraten soll. Und vor allem stimmt sie zu, Richtlinien für Streiks, Streikposten und Urabstimmungen auszugeben, die dann im Anhang abgedruckt werden. Zum Streikrecht im öffentlichen Dienst wird übereingestimmt, daß es ,,keine Lösung ist, diesen Arbeitern das Recht zu nehmen, als letztem Mittel zu Arbeitskampfaktionen zu greifen. Trotzdem sind Regierung und TUC der Ansicht, daß Mittel gefunden werden müssen, um diese Probleme zu lösen. Ein vielversprechendes Herangehen wäre, für diese Gruppen ein solches Verhandlungsverfahren für Lohn und Arbeitsbedingungen festzulegen, daß es unnötig für sie ist, zu Arbeitskampfmaßnahmen Zuflucht zu nehmen."

Die Tory-Opposition fordert das Verbot von Streiks für Teile des öffentlichen Dienstes und die Einschränkung des Streikrechts allgemein. Die Regierung führt die TUC-Führung vor und läßt sie einen Kniefall vor der Bourgeoisie machen. Beides richtet sich gegen die politischen Fortschritte, die die Arbeiterklasse gemacht hat.

Wie die Regierung gedenkt, das Abkommen zu benutzen, führte Callaghan in der letzten Woche vor: Der Streik der Regierungsangestellten sei ,,völlig entgegengesetzt zu den Leitlinien, die der TUC kürzlich herausgege-

,,völlig entgegengesetzt zu den Leitlinien, die der TUC kürzlich herausgege-

ben hat.... Diese Leitlinien betonen, daß Streiks nur als letztes Mittel eingesetzt werden sollen. Unter keinen Umständen kann man den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen in dieser Richtung interpretieren". Diese Melodie wird man in den nächsten Monaten oft von Callaghan hören. Das Einigungspapier mit dem TUC wurde so zeitig abgeschlossen, daß die Metallarbeiter, deren Tarifverhandlungen im April fällig sind, die vollen Auswirkungen des Abkommens als erste spüren werden.

Griechenland: Öffentlicher Dienst gegen Lohnleitlinie

z.lik. Die griechische Regierung will sich den EG-Imperialisten beugen und mit massiven Angriffen gegen den öffentlichen Dienst vorgehen, um das Haushaltsbudget um 15% zu senken. Einfrieren der Löhne und ein Aufnahmestop für den öffentlichen Dienst sind die Maßnahmen, die sie ergriffen hat. Sie ist damit auf heftigen Widerstand gestoßen. Seit einem Monat streiken die Postarbeiter in Athen, landesweit streiken die Elektrizitätsarbeiter. Sie fordern eine 21%ige Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit von derzeit 45 Stunden auf 40 Stunden an fünf Wochentagen. Die Rechtsanwälte haben einen dreitägigen Streik durchgeführt, um den Staat als Dienstherrn zur Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen zu zwingen. Der verschärfte Kurs ist der Regierung von den EG-Imperialisten aufgezwungen worden als Vorbedingung für den Beitritt Griechenlands zur EG. Laut OECD-Bericht vom Juli 1978 ist eine 20%ige Lohnerhöhung ,,weit überhöht" und ,,eine Halbierung der Lohnzuwachsraten wünschenswert". Um diese ,,Empfehlungen" zu realisieren, ist ein Gremium ins Leben gerufen worden, das sich ,,Rat für Sozial- und Wirtschaftspolitik" nennt, und die ,,Funktion einer wirksamen Begrenzung des Lohnauftriebs hat". Dieses Zwangsinstrument ist ein offener Angriff auf die Tarifautonomie der gesamten Arbeiterbewegung Griechenlands, und deshalb werden die Streiks im öffentlichen Dienst auf die Verteidigung der elementaren politischen Rechte konzentriert.

EG-Gerichtshof verlangt Fahrtenschreiber

z.hef.London. Die westeuropäischen Transportkapitalisten hätten ,,Produktivitätssteigerungen bis zu 30%" nach der Einführung des Tachographen (Fahrtenschreibers) erreicht, berichtet die ,,Financial Times" den britischen Kapitalisten. Diese lassen nur sehr zögernd die nach EG-Richtlinien vorgeschriebenen Zeit- und Geschwindigkeits-Aufzeichnungsmaschinen einbauen. Erst in 50000 von 450000 Fahrzeugen sind die Geräte installiert, obwohl die Umrüstung laut EG-Vorschrift bis zum 1.1.1978 abgeschlossen sein sollte. Am 7. Februar hat der EG-Gerichtshof die britische Regierung verurteilt, den Vorschriften nachzukommen. Das wollte die sowieso. Ihr Problem sind die LKW-Fahrer in der Transportarbeitergewerkschaft, die gegen den ,,Spion in der Kabine" Streiks angekündigt haben. Die Regierung will jetzt Verhandlungen mit der Gewerkschaftsführung über ein ,,Produktivitätsabkommen" in den Tarifverhandlungen des nächsten Jahres beginnen, der Preis der Gewerkschaften soll die Zustimmung zum Tachograph sein.

Statt Einheit der Belegschaften ,,pluralistischer" Proporz

z.ulg.Rom. Vom 14. bis 16.2. haben in Rom die Generalräte der drei italienischen Gewerkschaftsbünde über die Gewerkschaftseinheit beraten. Auf der vor einem Jahr von den bürgerlichen Gewerkschaftsführern durchgesetzten Linie der ,,Lohnmäßigung zugunsten der Arbeitslosen und des Südens" ist keine wirkliche Einheit möglich. Und

EG-„Hilfsprogramm“ für die Türkei – Plan zur Fortsetzung der Ausplünderung

EG-Imperialisten nutzen Rivalität der Supermächte / Untersuchung der Außenhandelsbilanz / Das Volk bekämpft das IWF- Diktat

z.pel. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat vor einigen nes „Hilfsprogramms Türkei“ zugeleitet, das „den konkreten politischen Willen zum Ausdruck bringen soll, die Bindungen im Rahmen der Assoziation zu wahren und auszubauen..., und sich einfügt in sich entfaltende Bemühungen um eine internationale Solidarität mit der Türkei.“ (aus der Stellungnahme der Kommission) Das Programm sieht die folgenden Maßnahmen vor: die Aussetzung der Vereinbarungen über Zollsenkungen und Beseitigung mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen für Industrieprodukte der EG seitens der Türkei; den rascheren Abbau der EG-Zölle für landwirtschaftliche Produkte aus der Türkei; die Zeichnung eines Finanzprotokolls für die Jahre 1981 – 86, das Kredite der EG in Höhe von mindestens 400 Mio. Rechnungseinheiten vorsieht (1 Rechnungseinheit ist gegenwärtig gleich 2,51 DM); die Bildung eines Kooperationssonderfonds zur Finanzierung gemeinsamer Vorhaben in den Bereichen Industrie, Energie, Absatzförderung, Berufsbildung. Der Großteil der Kredite, die von der Europäischen Investitionsbank vergeben werden, enthält reduzierte Zinssätze von 2,5%.

Etwa zur gleichen Zeit, am 21. Februar, vermeldet die „International Herald Tribune“ die Einigung verschiedener US-Banken, westdeutscher Banken sowie der US-Regierung über „eine internationale Rettungsaktion“ im Rahmen des IWF auf Grundlage eines Milliarden-Dollarkredits unter der Voraussetzung, daß die Türkei „die Bedingungen einer größeren Abwertung der türkischen Lira, der Beendigung der Subventionierung ineffektiver staatlicher Unternehmungen und einer restriktiveren Geldpolitik“ erfülle. In der EG-Erklärung hingegen fehlen solche Drohungen.

Die Auslandsverschuldung des türkischen Staates beträgt heute weit über 15 Mrd. Dollar. Seit 1973 hat sie sich ungefähr verdreifacht. Sie ist Resultat der imperialistischen Ausplünderung und Beherrschung des Landes.

Frühzeitig nach dem 2. Weltkrieg hatte sich der US-Imperialismus den Zugriff auf die Türkei gesichert. Ein Kredit von 385 Mrd. Dollar und die Stationierung starker US-Streitkräfte auf türkischem Staatsgebiet bildeten die Grundlage weiterer imperialistischer Einmischung. 1952 wird die Türkei Mitglied der NATO, die ökonomische Durchdringung des Landes mit ausländischem Kapital wird abgesichert durch das Gesetz zur Förderung des ausländischen Kapitals. In diesem wird den Imperialisten garantiert, in allen Bereichen investieren zu können, die auch türkischen Unternehmen offenstehen und festgelegt: „Die erzielten Profite und das Stammkapital können gemäß dem geltenden offiziellen Wechselkurs ins Ausland transferiert werden.“ (Art. 4)

Die imperialistischen Monopole nutzten die Einladung zur Ausbeutung der türkischen Arbeiterklasse und zur Plünderung der nationalen Ressourcen weidlich. Die folgende Tabelle vermittelt davon einen Eindruck.

Ausländische Kapitalinvestitionen
(in Mio. türkischer Lira)

Jahr	invest. Kapital	retransferierte Profite	in % der Investit.
1955	20,6	0,8	3,9
1957	2,5	3,7	147,7
1959	5,6	8,5	146,0
1961	31,7	12,4	39,1
1963	78,9	16,0	20,3
1965	82,3	32,5	39,5
1967	67,7	53,5	78,9
1969	62,3	62,7	102,1
1971	102,9	63,4	61,6

Im Durchschnitt der Jahre 1952-1972 beträgt der Abfluß der Gewinne über 50%. Der Aufbau einer eigenständigen nationalen Industrie wird verhindert, die Ausrichtung entspricht den Interessen der Monopole. Die Landwirtschaft wird konzentriert auf die Produktion von Südfrüchten, Tabak und Baumwolle; Handel, Transportindustrie und Weiterverarbeitung sind soweit entwickelt, als der Abtransport der landwirtschaftlichen Produkte wie der Rohstoffe, vor allem Eisenerz, Kupfer, Mangan, Wolfram, Phosphat zum Zweck des Exports gewährleistet ist.

Das Schaubild zur Entwicklung des Außenhandels der Türkei zeigt den Würgegriff, in den die imperialistischen Staaten die Türkei genommen haben. Die seit Anfang der 70er Jahre explosionsartig aufreißende Kluft zwischen den Werten der Ex- und Importe und die damit verbundene negative Zahlungsbilanz und rasch anwachsende Verschuldung gibt Aufschluß darüber, wie sehr es den Imperialisten gelungen ist, den Preis der Rohstoffe zu senken und für die von ihnen exportierten Industrie- und Konsumgüter einen immer größeren Anteil an den natürlichen Ressourcen der Türkei zu rauben.

Die EG-Imperialisten haben es dabei zu großer Fertigkeit gebracht. Mit dem 1960 abgeschlossenen Assoziationsvertrag, den darin festgelegten schrittweisen Zollsenkungen und dem Abbau von Importrestriktionen hatten sie die Produktivkräfte der Türkei dem gemeinsamen kapitalistischen Markt einverleibt und ihre Kapitalanlagesphäre erweitert. Insbesondere die BRD-Imperialisten haben „Freizügigkeit der Arbeitskraft“ zum billigsten Verschleiß der Arbeitskraft von Millionen türkischer Arbeiter genutzt, wie sie die Präferenzen für türkische Agrarprodukte begrüßt und direkt in der Konkurrenz mit den französischen, vor allem italienischen Imperialisten – aufgrund deren ähnlicher Produktionsstruktur – genutzt haben. Die EG hat sich mit Hilfe des Assoziationsvertrages in der imperialistischen Konkurrenz zum mit Abstand größten Warenhändler mit der Türkei entwickelt, die BRD allein kommt mit einem Anteil von etwa 20% an den türkischen Gesamtimporten auf das Doppelte der US-Quote. 50,5% beträgt der Anteil von Maschinen und 20,3% der Anteil von chemischen Produkten (raffiniertes Öl z.B.) an den EG-Ausfuhren in die Türkei, während bei den Importen 1978 36,1% auf Lebensmittel und 28,4% auf Rohstoffe entfallen.

Die Untersuchung der türkischen Außenhandelsbilanz erweist jedoch noch ein Drittes. Seit 1976 sind trotz weiter ansteigendem *Gesamt*import der Türkei die Importe aus der EG stark rückläufig. Der Anteil des US-Imperialismus fällt von 20,1% 1974 auf 8,4% 1977.

Der US-Imperialismus hat in dieser Zeit seine Warenlieferungen bewußt zurückgehalten mit der Forderung, zunächst müsse die Türkei verschiedene Maßnahmen ergreifen, das angeschlagene Vertrauen in die türkische Wirtschaft wiederherzustellen. Über den Internationalen Währungsfonds (IWF) hat er noch im Jahre 1978 mehrere Abwertungen der türkischen Lira durchsetzen können und die Regierung Ecevit gezwungen, einen „Sozialvertrag“ mit den Gewerkschaften auszuhandeln, der massive Reallohnsenkungen beinhaltete. In Staatsbetrieben sollten umfangreiche Entlassungen vorgenommen, sowie „überflüssige Subventionierung“ abgebaut werden, was direkt die Schwächung der noch unentwickelten nationalen Industrie (z.B. des verstaatlichten Kohlebergbaus) gegenüber der internationalen Konkurrenz bewirken mußte. Die EG-Imperialisten haben diese Politik zunächst voll unterstützt und die im dritten Finanzprotokoll vereinbarten Kredite bis Ende des Jahres 1978 nicht ausgezahlt. Der am 25.11. fällige IWF-Kredit von 450 Mio. Dollar ist von den US-Imperialisten bis heute zurückgehalten worden mit der Forderung, eine erneute Abwertung der Lira vorzunehmen und das benötigte Kapital zum Aufbau der Industrie über Steuererhöhungen bei den Verbrauchssteuern zu finanzieren. Daraufhin hat die türkische Notenbank jegliche Zahlungen an die westlichen Imperialisten eingestellt.



Demonstration in Istanbul

Die Regierung Ecevit sah sich unter dem Druck großer wirtschaftlicher Kämpfe der türkischen Arbeiter (siehe KVZ Nr. 5/79) und von Massendemonstrationen gegen die imperialistische Vorherrschaft und für die Auflösung der amerikanischen Militärstützpunkte gezwungen, die Politik der nationalen Unabhängigkeit zu entwickeln und die ökonomische Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt zu stärken. Libyen sagt der Türkei Unterstützung beim Aufbau der nationalen Industrie zu. Ein Abkommen mit dem Irak sieht die Erhöhung der Erdöleinfuhr vor. Im Rahmen der RCD (Regionale Zusammenarbeit für Entwicklung; Mitglieder: Türkei, Iran, Pakistan) wird eine Zollunion erörtert. Der Aufbau einer vierten Raffinerie wird von der Regierung beschlossen und ein Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der Raffinerie A.T.A.S. (im Besitz von Mobil Oil, Shell und BP) wird in der Nationalversammlung eingebracht. Gegenüber der Europäischen Gemeinschaft weist der Ministerpräsident Ecevit darauf hin, daß die Türkei eine Änderung der diskriminierenden Politik bei der Verhinderung der Einfuhr von Baumwollgarn und Textilien, sowie die Unterstützung beim Aufbau einer eigenständigen nationalen Industrie erwartet.

In dieser zugespitzten Lage bietet sich der Sozialimperialismus dem türkischen Volk als „uneigennütziger“ Helfer an. Auf Grundlage eines Abkommens über „die Errichtung von sieben Industriebetrieben mit technischer Hilfe der Sowjetunion“ aus dem Jahre 1967 und unter dem Schlagwort der „Ergänzung der beiderseitigen Wirtschaftsstrukturen“ hat er sich im Austausch für die von ihm gewährten Kredite – bis 1975 etwa 1,2 Mrd. Dollar – eines Teils der in diesen Betrieben verarbeiteten Rohstoffe bemächtigt. Vom Gesamtexport des Aluminiumwerkes Seydesihir z.B. erhält er 95%. Im Herbst 1978 konnten die neuen Zaren unter dem Druck der hohen Verschuldung der Türkei einen Handelsvertrag aufzwingen, der den Austausch von Agrarprodukten und Wolfram gegen Industrieprodukte, u.a. Flugzeuge, vorsieht. Die Verschuldung der Türkei bei der Sowjetunion beläuft sich heute auf über 1,2 Mrd. Dollar. Dies im Rücken, werden die Sozialimperialisten zusehends dreister. Im November sind erstmals überhaupt zwei ihrer Kriegsschiffe in den Hafen von Istanbul eingelaufen, eingeladen hatte sie niemand. Bei Wiedereröffnung amerikanischer Militärstützpunkte nach Aufhebung des Waffenembargos durch die USA sprach Radio Moskau in frecher Einmischung in die Angelegenheiten der Türkei von „einer Bedrohung des Weltfriedens“.

Auf diese Rivalität der Supermächte, die durch die iranische Revolution noch verschärft wird, setzt das „Hilfsprogramm“ der EG. Scheinbar entsprechen die EG-Imperialisten den Forderungen der Türkei nach Beseitigung der Diskriminierung und Hilfe beim Aufbau der nationalen Industrie, indem die Zinssätze der Kredite niedrig gehalten werden, ein Kooperationsfonds zum Aufbau der Industrie vereinbart und die noch bestehenden Agrarzölle aufgehoben werden sollen. Tatsächlich reicht der Kredit gerade zur Abtragung der dringendsten Tilgungs- und Zinsverpflichtungen der Türkei, und der Kooperationsfonds entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Fonds zur „Finanzierung von Risikokapitalbeiträgen“. Das heißt nichts anderes, als daß die Ansiedlung ausländischen Kapitals staatlich abgesichert wird. Der EG-Plan soll die imperialistische Konkurrenz aus dem Felde schlagen. Er ist vor allem auch gegen den Sozialimperialismus gerichtet. Dem türkischen Volk bringt er verstärkte Ausplünderung und Abhängigkeit. Seine Forderungen lauten: Schuldenstreichung, Nationalisierung der Bodenschätze und der Grundstoffindustrie, Enteignung des Großgrundbesitzes, Aufhebung aller ausländischen Militärstützpunkte, Austritt aus der NATO.

Außenhandel der Türkei 1972 – 1978 in Mio. ERE

Gold- und Devisenvorräte der Türkei in Mio. ERE

ERE: 5000, 4000, 3000, 2000, 1000

linke Säulen: Welthandel
rechte Säulen: Handel mit der EG
dunkel: Exporte der Türkei
hell: Importe der Türkei

1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978 — 1972, 73, 74, 75, 76, 77

ERE: 3000, 2000, 1000

Anmerkung: Die Europäische Rechnungseinheit (ERE) setzt sich aus einem Korb der Währungen der einzelnen Mitgliedsstaaten zusammen. Die Relation ist festgelegt. 1978 war 1 ERE = 2,60 DM.

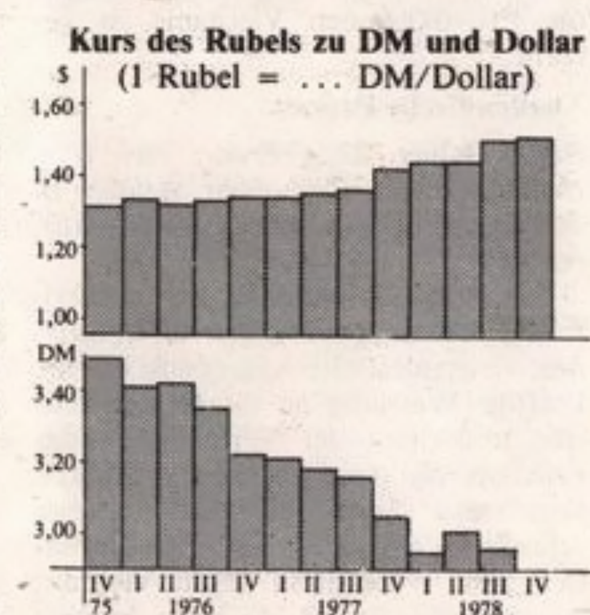
---

eben diese Linie haben sich die Reformisten und Revisionisten von den Generalräten nochmals bestätigen lassen. Entsprechend sind denn auch die praktischen Vorschläge zur „Förderung der Gewerkschaftseinheit“. Bei der Wahl der Fabrikräte müsse künftig mehr auf „Pluralismus“ geachtet werden. Die seit etwa zehn Jahren von allen Arbeitern unabhängig von der Gewerkschaftszugehörigkeit gewählten Fabrikräte haben sich als wichtiges Instrument zur Überwindung der Spaltung in Richtungsgewerkschaften bewährt. Die „Delegierten“ (Vertrauensleute) dazu werden jeweils von einer „homogenen Gruppe“ von etwa 50 bis 100 Arbeitern gewählt, auf „weißem Stimmzettel“, d.h. ohne konkurrierenden „Pluralismus“. Und wie? In bestimmten Fällen sollen künftig mehrere Delegierte von einer Arbeitergruppe gewählt werden können. Die bürgerlichen Parteien könnten die Mandate dann nach Proporz untereinander aufteilen.

Der Rubel rollt – UdSSR ändert Wechselkurs von 20 Währungen

z.rua. Die Staatsbank der UdSSR hat zum 1. Februar einseitig die Währungen von 20 Ländern neu festgesetzt. Abgewertet wurden vor allem Währungen von Ländern der Dritten Welt, aufgewertet wurden die der europäischen Imperialisten. Obwohl der Rubel nicht konvertierbar ist, sind die Sozialimperialisten gezwungen, den Währungsbewegungen auf dem Weltgeldmarkt Rechnung zu tragen. Sie versuchen dabei, den für sie besten Schnitt zu machen. Seit 1971 haben sie den Rubel gegenüber dem Dollar kontinuierlich aufgewertet. Ihre Importe aus den USA machen 90% des gesamten Warenumsatzes mit den USA aus, durch die Abwertung des $ werden sie billiger. Über die Abwertung des Rubels gegenüber den Währungen der westeuropäischen Imperialisten wollen die Sozialimperialisten ihre Warenoffensive nach Westeuropa ausdehnen. Erdgas, Erdöl, Strom, Eisen, Stahl und Maschinen zu niedrigeren Rubelkursen – das macht ihr Warenangebot für die europäischen Imperialisten attraktiver.

Kurs des Rubels zu DM und Dollar
(1 Rubel = ... DM/Dollar)



Bewohner der Banaban-Inseln fordern Unabhängigkeit

z.rül. 200 Bewohner der Banaban-Inseln verschafften sich am 14.2. Zugang auf ihre Insel, von der die britischen Kolonialisten sie nach 1945 vollständig vertrieben hatten, und demonstrierten für ihre Forderungen nach sofortiger Unabhängigkeit, Einstellung des Bergbaus und Rückgabe der geraubten Reichtümer. Die Banaban-Inselgruppe, mit 3100 Einwohnern, liegt im Südpazifik nahe der Gilbert-Inseln. Im April hatten die britischen Imperialisten den Bewohnern der Banaban-Inseln 6,5 Mio. Pfund gezahlt, als „Ausgleich“ für die 50-jährige Ausplünderung der Insel, insbesondere der reichen Phosphat-Vorräte, und um sie zur Hinnahme ihrer Vertreibung und zum Verzicht auf die Unabhängigkeit zu bewegen. Am Tag nach der Demonstration am 14.2. explodierten auf der Insel mehrere Bomben, beschädigten Bergwerkseinrichtungen und verletzten den Manager der Britischen Phosphat Kommission. Seitdem halten die britischen Imperialisten acht Bewohner der Insel gefangen, darunter zwei Mitglieder des Rats der Pazifischen Gemeinschaft der Banaban-Inseln und verstärken sie ihre Polizeikräfte von zehn Mann um 330 Mann Spezialkräfte. Das Oberhaus in London brütet derweil über einem „Unabhängigkeitsgesetz“. Der Vorsitzende des Rats der Pazifischen Gemeinschaft der Banaban-Inseln, Rev. Tobias Tawaka, hat die Aktionen unterstützt und erklärt: „Die Verantwortung für die Entscheidung, die wir getroffen haben, und für die Konsequenzen, die daraus erwachsen, sind vollständig vor der Tür der britischen Regierung abzuladen.“

Erfolgreicher Angriff der SWAPO auf Truppenbasis

z.hef. Über 250 Befreiungskämpfer der People's Liberation Army of Namibia (PLAN) griffen am 14. Februar erfolgreich den Stützpunkt Nkongo der südafrikanischen Truppen in Namibia an. Die Imperialisten und ihre Statthalter in Pretoria versuchen erneut, die Aufgabe des bewaffneten Kampfes bei ihrer fortgesetzten Besetzung Namibias zu erreichen. Als neue Bedingungen für die Zustimmung zu den von der UN beaufsichtigten Wahlen fordert Südafrikas Ministerpräsident Botha, daß die Guerillas in Lager außerhalb Namibias unter internationale Aufsicht zusammengefaßt werden müßten. Nach Namibia zurückkehrende Emigranten sollten nur in besonderen Lagern wohnen dürfen. Und: Nach einem Waffenstillstandsabkommen und der Ankunft der UN-Truppen in Namibia sollten die Truppen des Siedlerregimes nicht sofort abziehen, sondern solange bleiben, bis auch die Siedlerregierung überzeugt sei, ein Waffenstillstand bestehe tatsächlich. SWAPO lehnt alle drei Bedingungen ab.

„Hindi Chini bhai bhai!" Indien und China sind Freunde! – Der Grenzkrieg von 1962

z.gek. Bereits im Grenzkonflikt mit Indien hat die VR China die Politik verfolgt, nach Jahren äußerster Zurückhaltung und geduldiger Verhandlungsbemühungen den indischen Expansionismus, der sowohl vom US-Imperialismus wie auch bereits von den Revisionisten der Sowjetunion unterstützt wurde, durch einen räumlich und zeitlich begrenzten, aber äußerst wuchtigen Gegenangriff zurückzuschlagen, und so die Gefahr eines größeren Krieges unter Einbeziehung der Imperialisten zu bannen. Dadurch erst sind die Bedingungen für eine gerechte Lösung durch Verhandlungen geschaffen worden. Beim kürzlichen Besuch des indischen Außenministers Vajpayee in Beijing ist die Neuaufnahme dieser Verhandlungen vereinbart worden.

1947 erringt Indien seine Unabhängigkeit, während in China noch Bürgerkrieg herrscht. Die nationalbürgerliche Bewegung Indiens unter Nehru tritt gegenüber China und den Völkern des Himalaya alsbald in die Fußstapfen der britischen Kolonialisten. Diese hatten, ähnlich wie die russischen Zaren, große Gebiete Chinas annektiert und mit den Königreichen des Himalaya (Nepal, Sikkim, Bhutan, Assam und Kaschmir) zusammen an ihre Kronkolonie Indien angeschlossen. Konkret handelte es sich um zwei Gebiete vor allem: im Osten um die sog. „*MacMahon-Linie*", die die Grenze tief nach Tibet hinein, hinter die zum Bramaputhra hin abfallenden Bergketten, verlegte, obwohl dieses große Gebiet von 25000 km² dicht von tibetischen Stämmen besiedelt war; im Westen um das *Aksai-Chin*-Gebiet, jenseits der Höhen des Karakorum, durch das Chinas alter Verbindungsweg von Lhasa nach Sinkiang lief.

1951 bereits erteilt Nehru den Befehl, die MacMahon-Linie einseitig militärisch zu befestigen. „Wir sollten Vorposten insbesondere in den Gebieten errichten, die umstritten sein könnten." – Die Linie der VR China war umgekehrt, keine Politik der vollendeten Tatsachen zu verfolgen, sondern auf Grundlage genauer Untersuchungen im Grenzgebiet Verhandlungen zu führen.

1956 besuchte Zhou Enlai Indien und wurde überall von den Volksmassen begeistert begrüßt. „Hindi Chini bhai-bhai", Indien und China sind Freunde, war die überall erhobene Parole. Zhou Enlai erklärte der indischen Regierung, daß die VR China im Interesse der Freundschaft beider Länder und des Zusammenschlusses gegen den Imperialismus zu Abtretungen weiter Gebiete und zur Anerkennung der MacMahon-Linie bereit sei, wenn nur ernsthafte Verhandlungen geführt würden.

1959 läßt sich die indische Regierung direkt in das imperialistische Komplott zur Losreißung Tibets von China einspannen. Der Putsch der tibetischen Sklavenhalter und Feudalen wird von Indien aus unterstützt, nach seinem Scheitern setzt sich der Dalai Lama nach Indien ab und wird von Nehru demonstrativ besucht. Die indische Armee beginnt damit, befestigte Stellungen *jenseits* der MacMahon-Linie anzulegen wie auch in das Aksai-Chin-Gebiet vorzustoßen. Die USA beginnen Indien massiv aufzurüsten. Auch Chruschtschow scheut sich in seiner Polemik gegen die KP Chinas nicht, diese des „Nationalismus" gegenüber Indien anzuklagen, und ebenfalls Waffen an Indien zu liefern.

1960-62 versuchen chinesische Grenzsoldaten unter Einsatz ihres Lebens, die immer neuen und verstärkten indischen Armeeposten auf chinesischem Gebiet unter Vermeidung jedes Schußwechsels mit der bloßen Hand hinauszubefördern oder durch Agitation zum Abzug zu bewegen. Indien zieht immer mehr Truppen zusammen und lehnt alle Verhandlungen ab. Am *12. September 1962* erklärt das indische Oberkommando in aller Öffentlichkeit, mit einer militärischen Großoffensive die chinesischen Grenztruppen verjagen zu wollen. Am 10. Oktober beginnt der Angriff, er scheitert schmählich. Zhou Enlai unterbreitet noch einmal ein Verhandlungsangebot in Form eines dringenden Appells. Die gefallenen indischen Soldaten werden von der chinesischen Volksbefreiungsarmee in Sichtweite der indischen Stellungen mit militärischen Ehren beigesetzt. Aber als Indien weitere Truppen zusammenzieht und Verhandlungen kategorisch ablehnt, bereiten sich die chinesischen Grenzsoldaten in der Nacht vom *19./20. Oktober* an wärmenden, weithin sichtbaren Feuern entlang der beiden umkämpften Grenzgebiete darauf vor, eine Gegenoffensive zu führen. In einer Reihe von jeweils konzentriert geführten Schlägen werden die indischen Divisionen in ihren Stellungen und Aufmarschgebieten hinter der Grenzlinie nacheinander angegriffen und aufgerieben. Insgesamt dauert der Feldzug vier Wochen. Die indische Regierung wendet sich an die USA, die Sowjetunion und Israel um militärischen Beistand, und erhält von allen Zusagen.

Am *21. November*, nachdem das militärische Ziel erreicht ist, erklärt die VR China einseitig einen Waffenstillstand und die Einleitung des Rückzugs ihrer Truppen binnen 9 Tagen bis *20 Kilometer hinter* die MacMahon-Linie. Nehru wird erneut zu Verhandlungen über eine definitive Beilegung des Konflikts eingeladen. Trotz dessen Ablehnung und militärischen Drohungen ziehen sich die chinesischen Truppen wie erklärt zurück. Im Rückzug reparieren sie soweit wie möglich die bei den Kämpfen entstandenen Schäden und übergeben schließlich, gesäubert, geölt und sogar repariert, die beim Feldzug von der indischen Armee eroberten Waffen, um so deutlich zu machen, daß China keineswegs an der Schwächung, sondern der Stärkung Indiens gegenüber dem Imperialismus interessiert ist.

Die Expansionisten haben ein Interesse, die VR China einzukreisen und zu pansionisten einzudämmen und die Aggressoren zu vernichten. Die wechsel-

z.ges. Gegenwärtig führt die chinesische Volksbefreiungsarmee einen Gegenschlag gegen die vietnamesischen Aggressionstruppen. Wir hoffen sehr, daß sie diesen Gegenschlag gründlich zum Erfolg führen kann, um sich dann über gesicherte Grenzen in die VR China zurückzuziehen, wie es die politische Absicht ist. Immer wenn Aggressoren schließlich einen Gegenangriff zu erleiden haben, dann versuchen sie, sich als Pazifisten zu verpuppen. Krieg ist die Fortsetzung der Politik, und wenn wir die gegenwärtigen bewaffneten Auseinandersetzungen der chinesischen Volksbefreiungsarmee mit der vietnamesischen Armee beurteilen wollen, dann tun wir gut daran, die Entwicklung der politischen Beziehungen zwischen Vietnam und der VR China zu untersuchen. Dann können wir auch beurteilen, wer im Recht ist und wer nicht, wen man unterstützen muß und wen man verurteilen muß.

Die VR China unterstützte Vietnam gegen die französischen Aggressoren

Schon lange haben das chinesische und das vietnamesische Volk sich gegenseitig im Befreiungskampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Aggression unterstützt. Als die chinesischen Volksmassen, geführt durch die KP Chinas und unterstützt durch die chinesische Volksbefreiungsarmee, 1949 die Kuomintangherrschaft gestürzt und die Volksrepublik China errichtet hatten, befand sich das vietnamesische Volk noch in schwerem Kampf mit den französischen Kolonialisten. Die französischen Kolonialtruppen hatten große Teile Vietnams wieder zurückerobert und die Befreiungskräfte in die Berge und den Dschungel zurückgetrieben. Das vietnamesische Volk führte einen Guerillakrieg gegen die französischen Kolonialisten. Schwerpunkt und Ausgangspunkt dieses Guerillakrieges waren die Berge zur chinesischen Grenze. Einige der entscheidenden Schlachten, die den französischen Kolonialisten die Initiative entrissen, wurden um Städte geführt, an denen sich heute vietnamesische und chinesische Truppen gegenüberstehen. Die VR China, die kaum mit dem Wiederaufbau begonnen hatte, hat diesen Guerillakrieg von Anfang an unterstützt. Obwohl die VR China durch die US-Aggression gegen Korea bereits schwere Opfer auf sich nehmen mußte, hat sie wirtschaftliche und militärische Hilfe an Vietnam geleistet. Sie hat dem vietnamesischen Volk auch mit ihren reichen Erfahrungen im Volkskrieg geholfen. Die beiden Völker waren wirkliche Waffenbrüder. Beide Völker werden das niemals vergessen. Gerade deshalb waren die vietnamesischen Revisionisten gezwungen, als sie ihren Aggressionskurs gegen die VR China einschlugen, große Teile der Grenzbevölkerung umzusiedeln, das autonome Gebiet der Nung und ihre Autonome Regierung aufzulösen und überhaupt die Zivilverwaltung an der Grenze durch Militärbürokratie zu ersetzen. Niemand außer der VR China hat Vietnam in seinem Befreiungskrieg gegen die französischen Kolonialisten geholfen. Die Politik der VR China hat sich nicht geändert. Auch heute steht sie fest zu den Völkern, die sich ausländischer Aggression zu erwehren haben. Niemand außer der VR China unterstützt das Demokratische Kampuchea mit allen Mitteln gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression.

Die VR China unterstützte Vietnam gegen die US-Aggressoren

Als das vietnamesische Volk im Norden den Aufbau des Sozialismus begonnen hatte und als ganz Vietnam den Widerstandskrieg gegen die US-Aggression führte, hat die VR China Vietnam von Anfang an und in jeder Hinsicht unterstützt. Die Wirtschaftshilfe an Vietnam hat stets die erste Stelle der Wirtschaftshilfe der VR China eingenommen. Die VR China hat für den Widerstandskrieg mehr als eine Million Gewehre und Pistolen, zigtausende Geschütze, Hunderte Flugzeuge, zigtausend Lastwagen, einige Millionen Tonnen Getreide und einige hundert Millionen Meter Baumwollstoff geliefert. Es hat Pionier- und Luftabwehrhilfe geleistet. Als die USA ihre Aggression eskalierten, haben Mao Dzedong und Zhou Enlai vor aller Welt erklärt, daß die VR China eine feste Stütze und das zuverlässige Hinterland Vietnams bilde. Das hat die Aggressionslust der US-Imperialisten entschieden gedämpft.

Vietnam führte einen Krieg, und China hat diesen Krieg unterstützt, weil es ein gerechter Krieg, ein Volksbefreiungskrieg gewesen ist. Die Unterstützung des Krieges richtete sich zuerst gegen die französischen Kolonialisten, dann gegen die amerikanischen Imperialisten, die Vietnam im Interesse ihres Weltherrschaftsstrebens angriffen. Mit ihrer Aggression gegen Vietnam verfolgten die US-Imperialisten wie schon mit ihrer Aggression gegen Korea und ihrer Besatzungspolitik gegenüber Taiwan das Interesse, die VR China einzukreisen, weil die VR China eine entschiedene Ermutigung für die Unabhängigkeitskämpfe der asiatischen Völker ist.

Die vietnamesischen Revisionisten versuchten die Sozialimperialisten gegen die VR China auszuspielen

Bereits während des Krieges gegen die US-Imperialisten versuchte die vietnamesische Führung die Sozialimperialisten gegen die VR China auszuspielen. Bestimmtes schweres Gerät und Kapital für die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie in Nordvietnam waren der Eintrittspreis, den die sowjetischen Imperialisten in Vietnam zahlten. Seit Kossygins Besuch der DRV 1965 intensivierten die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Bemühungen, in Vietnam und Südostasien Fuß zu fassen, nachdem sie zuvor unter Chruschtschow noch versucht hatten, gemeinsam mit den USA den Funken des Volksbefreiungskrieges auszutreten. Für die Kriegführung gegen den US-Imperialismus war jedoch vor allem die chinesische Nahrungs- und Waffenhilfe wirksam, und deshalb versuchte die vietnamesische Führung die sozialimperialistische Hilfe gegen die VR China auszuspielen, ohne offen gegen die VR China eine feindselige Haltung einzunehmen. Aber Vietnam zahlte bereits seinen politischen Preis an die Sozialimperialisten. 1968 hat es die sowjetische Besetzung der CSSR begrüßt. Diesen Preis mag die vietnamesische Führung gerne bezahlt haben, weil sie ihrerseits an ihren Plänen der „indochinesischen Föderation" festhielt, für die sie bei der VR China mit keiner Unterstützung rechnen konnte. Seit 1965 unterstützte die Kommunistische Partei Chinas die Kommunistische Partei Kampucheas.

Nach dem Sieg über den US-Imperialismus stellt sich Vietnam in den Dienst der sowjetischen Sozialimperialisten.

Vietnam versuchte möglichst lang die Hilfe der VR China einzustecken, während es bereits mit den sowjetischen Sozialimperialisten ein Aggressionsbündnis zu schließen begann. Der selbständige Kampf des kampucheanischen Volkes hatte den vietnamesischen Revisionisten einen Strich durch die Rechnung auf ihre „Indochinesische Föderation" gemacht. Diese „Indochinesische Föderation" sollte nach dem Modell der „sozialistischen Arbeitsteilung" funktionieren. In Nordvietnam die Schwerindustrie, in Südvietnam Landwirtschaft und etwas Leichtindustrie und Laos und Kampuchea als Siedlungsgebiet und Kornkammer. Vorrang Schwerindustrie, wie ihn Le Duan seit Jahr und Tag verkündet, Abbruch der demokratischen Landreform im Norden, „sozialistische Arbeitsteilung" und „Indochinesische Föderation" sind alles bloß verschiedene Seiten des revisionistischen Aufbauplans, den die KPV verfolgt. Bei diesem revisionistischen Aufbauplan, der die Einverleibung von Laos und Kampuchea immer schon mitumfaßte, war die in Hanoi herrschende Revisionistenclique in doppelter Weise auf die sowjetischen Sozialimperialisten angewiesen: Sie brauchten deren Deckung für die Aggression und Expansion nach Laos und Kampuchea, und sie brauchten deren Kapital für den Vorrang Schwerindustrie. Anzubieten hatten die vietnamesischen Revisionisten: Einflußnahme für die Sowjetunion in Südostasien und Angriffspositionen gegen die VR China. Da die VR China als revolutionäre Macht auch das größte Hindernis für den vietnamesischen Expansionismus und regionalen Hegemonismus ist, konnte dieser Preis den vietnamesischen Revisionisten nicht nur akzeptabel, sondern sogar vorteilhaft erscheinen. Aus ihrer Aggressionspolitik gegen Kampuchea entwickelte sich ohnehin mit Notwendigkeit der Gegensatz zur VR China.

Die Verfolgung der Auslandschinesen, notwendige Seite der Aggressionspolitik gegen das Demokratische Kampuchea und der Aggressionsvorbereitungen gegen die VR China

Zwischen der DRV und der FNL auf

Unterstützung aus den blockfreien Ländern – Drohungen von den Imperialisten

ASEAN-Länder

Erklärung des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der ASEAN-Länder zum Konflikt zwischen China und Vietnam (eigene Übersetzung):

Die ASEAN-Länder haben mit tiefer Besorgnis und Beunruhigung festgestellt, daß sich die Situation in ihrer Region seit dem Außenministertreffen in Bangkok vom 12.-13. Januar 1979 ernsthaft verschlechtert hat.

Wachsende Reibungen und steigende Spannungen innerhalb und außerhalb der Region sind ausgebrochen in eine Eskalation bewaffneter Tätigkeiten und eine Ausdehnung des Konfliktbereichs.

Die ASEAN-Länder bekräftigen erneut ihre feste Verpflichtung auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die Charta der Vereinten Nationen und die anerkannten Prinzipien des internationalen Rechts.

Um weitere Unterbrechungen des Friedens und der Stabilität in der südostasiatischen Region zu vermeiden, richten die ASEAN-Länder an alle am Konflikt beteiligten Parteien den dringenden Appell, die Feindseligkeiten einzustellen, und fordern nachdrücklich, daß alle ausländischen Streitkräfte aus allen Konfliktgebieten in Indochina zurückgezogen werden.

Die ASEAN-Länder appellieren des weiteren an die Mächte außerhalb der Region, größtmögliche Zurückhaltung zu üben und von allen Handlungen abzusehen, die zu einer weiteren Eskalation und zur Ausdehnung des Konflikts führen könnten.

Jugoslawien.

Belgrad, 19. Februar 1979, Tanjug. Gegenüber der Tanjug gab der offizielle Pressesprecher des Bundessekretariats für auswärtige Angelegenheiten die folgende Erklärung:

„Jugoslawien äußert seine tiefe Trauer und ernsthafte Besorgnis wegen der Entwicklung der Ereignisse und der Verbreitung des Kriegsbrandes in Südostasien ... Jugoslawien hat kürzlich auf die Verschlechterung der Lage in dieser Region und auf die Gefahren verwiesen, die aus dem bewaffneten Konflikt der Sozialistischen Republik Vietnam und des Demokratischen Kampuchea und der militärischen Aktion der vietnamesischen bewaffneten Kräfte gegen Kampuchea hervorgegangen sind. Wie auch in allen solchen Fällen bis jetzt", heißt es weiter in der Erklärung des Außenministeriums, „ist Jugoslawien der Ansicht, daß der einzige Weg, der zur Einstellung der weiteren Verschlechterung der Lage und zu einer gerechten Lösung der bestehenden Konflikte führt, die Suche nach einer friedlichen Lösung ist unter der vollen Bekräftigung der Prinzipien der UNO-Charta und der vollen Achtung der souveränen Rechte der Völker und Länder auf Frieden, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und selbständige Entwicklung ohne Einmischung von außen ... Ausgehend von den Grundprinzipien der UNO-Charta und der Politik der Blockfreiheit über die Beziehungen zwischen den Staaten, hofft Jugoslawien, daß auch andere Länder wie auch die Organisation der Vereinten Nationen zu einer friedlichen Lösung der Konflikte beitragen werden, wie auch zur Normalisierung der Lage in Südostasien."

Rumänien

Bukarest. 19. Februar, Tanjug.

Rumänien hat die Volksrepublik China und die Sozialistische Republik Vietnam aufgerufen, die bewaffneten Aktionen einzustellen, die Truppen in den Rahmen der nationalen Grenzen abzuziehen und alle Maßnahmen vorzunehmen, um zu verhindern, daß es zu weiteren bewaffneten Auseinandersetzungen kommt.

Japanische Arbeiterpartei.

Radio Bejing, 21. Februar. Wie die japanische Nachrichtenagentur berichtete, stellte der Generalsekretär der japanischen Arbeiterpartei vor kurzem auf zwei Kundgebungen ... fest:

„Das Demokratische Kampuchea führt jetzt, gestützt auf sein Volk, den Volkskrieg gegen die vietnamesischen Aggressoren und erringt immer neue Siege." Zu dem Verteidigungsangriff, mit dem die chinesischen Grenzschutztruppen die Provokationen und Überfälle Vietnams beantworten, sagte er: „Aufgestachelt von der Sowjetunion hat Vietnam ununterbrochen Provokationen gegen China unternommen, immer wieder die chinesische Grenze verletzt und viele chinesische Grenzbewohner getötet. Das hat China zu dieser entschiedenen Reaktion gegenüber den vietnamesischen Hegemonisten veranlaßt. Chinas Gegenangriff gegen die Provokationen Vietnams ist gerecht."

Thailändische Presse.

Radio Bejing, 22. Februar: Viele (... thailändische?) Zeitungen stellten in den letzten Tagen in den Kommentaren fest:

Die Selbstverteidigung der chinesischen Grenztruppen gegen die bewaffnete vietnamesische Aggression ist eine kräftige Warnung an die Expansionisten und dient der Verteidigung des Friedens und der Sicherheit in Südostasien und Asien. Die *Daily News* schreibt in einem Artikel: „China hat sich zum Widerstand gegen Vietnam entschlossen, um es für seine Aggressionen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze zu bestrafen." In einem Kommentar der Zeitung *New (... Thailand?) Daily News* vom Dienstag heißt es: „Seit mehr als einem Jahr verhält sich der kleine Tyrann Vietnam immer anmaßender. Das wird den Nachbarländern und seinem eigenen Volk schaden und natürlich auch den Frieden in diesem Raum gefährden, wenn man ihm keine Schläge versetzt, wenn man seine Untaten duldet." In einem Leitartikel der Zeitung (...) heißt es: „Es kam an der chinesisch-vietnamesischen Grenze immer wieder zu militärischen Konflikten. Die Ursache ist, daß die Herrscherclique in Hanoi die expansionistischen Pläne der hegemonistischen Aggressoren übernommen hat und sich einbildet, in Südostasien die Rolle des kleinen Hegemonen spielen zu können. Daher hat sie die abenteuerlichen Invasionsakte an der chinesischen Grenze unternommen und Kampuchea tollwütig überfallen."

Partei der Werktätigen von Sri Lanka.

Radio Bejing, 23. Februar: In einem Pressekommuniqué, das die Partei der Werktätigen Sri Lankas am Dienstag veröffentlichte, heißt es:

„Die bewaffneten Provokationen und Aggressionsakte der vietnamesischen Behörden im chinesischen Grenzgebiet bedrohen den Frieden und die Stabilität in ganz Asien. Der Gegenangriff der chinesischen Grenz-

vernichten. Die VR China hat ein Interesse, die Ex- vollen Beziehungen zwischen Vietnam und China.

der einen Seite und der VR China auf der anderen Seite war die Frage der Auslandschinesen längst geklärt: Ablehnung der Zwangseinbürgerung durch das Thieu-Regime, Ermutigung der freiwilligen Annahme der vietnamesischen Staatsbürgerschaft in der DRV. Mit der Befreiung ganz Vietnams konnte diese Politik auch auf ganz Vietnam angewendet werden. Aber die vietnamesischen Revisionisten hatten anderes im Sinn: Bürgerten sie die Chinesen zwangsweise ein, dann konnten sie diese auch zwangsweise rekrutieren für den Krieg gegen Kampuchea. Das wollten weder die Chinesen in Nordvietnam noch Südvietnam. In Saigon gab es Demonstrationen. Die Vertreibung von Chinesen war notwendige Folge der Aggressionspolitik gegen das Demokratische Kampuchea. Sie bot auch eine zusätzliche Bereicherungsquelle für die korrupten revisionistischen Behörden. Da die VR China gegen die Zwangseinbürgerung, Verfolgung und Vertreibung der Auslandschinesen Einspruch erheben mußte, bot sich auch Gelegenheit, ideologisch Verwirrung zu stiften. Im Norden konnten die Grenzgebiete gesäubert werden; die Auseinandersetzungen, zu denen zunehmende vietnamesische Grenzübergriffe gegen China führten, konnten als chinesische Repressaiien dargestellt werden. Und mit den feindseligen Akten gegen die VR China floß der Rubel und kam der sowjetische Waffennachschub samt Beratern ins Land. Bezahlen muß für alles das vietnamesische Volk.

Die Weltkriegsvorbereitungen der SU verlangen die Einkreisung VR Chinas

Die Kriegsvorbereitungen der sowjetischen Sozialimperialisten zielen auf Europa. Sie sind noch nicht abgeschlossen. Die sowjetischen Sozialimperialisten sind an den Flanken noch zu schwach. Deshalb gelten ihre Kriegsvorbereitungen gegen Europa der Eroberung von Stützpunkten an den Flanken für diesen Krieg. Stellungen am Pazifik, am Indischen Ozean und am Golf wie auch am Atlantik müssen erobert werden. Dabei ist die VR China äußerst hinderlich, weil sie das Unabhängigkeitsstreben der Dritten Welt stärkt. Die SU selber ist ein Völkergefängnis. Der Krieg kann zur Explosion dieses Völkergefängnisses führen. Könnte das Beispiel der sozialistischen VR China nicht der Sprengkopf sein? So müssen die sowjetischen Sozialimperialisten fürchten. Einkreisung und Schwächung der VR China ist deshalb Teil ihrer Vorbereitungen auf den Weltkrieg. Ein aufreibender Grenzkrieg von Vietnam aus wäre ein ideales Mittel. Also haben die Sozialimperialisten die vietnamesischen Revisionisten dazu ermutigt. Aber die VR China ist eine revolutionäre Macht und kein Spielball des sowjetischen Revisionismus. Jetzt ist noch Zeit, mit einem begrenzten Gegenschlag die strategischen Anordnungen der SU zu stören und den Frieden zu sichern. Das ist die Absicht der Aktion der Volksbefreiungsarmee. Sie steht nicht in Widerspruch zur revolutionären Politik der VR China sondern ist deren Fortsetzung. Die VR China hat Vietnam stets gegen imperialistische Aggression unterstützt. Jetzt ist Vietnam im Auftrag der SU zum Aggressor auf China geworden. Der Gegenschlag der chinesischen Volksbefreiungsarmee ist gerechtfertigt und er nützt auch dem Volk des Demokratischen Kampuchea, das das erste Opfer des sowjetisch-vietnamesischen Bündnisses geworden ist.

Der sowjetisch-vietnamesische Freundschaftsvertrag, ein Aggressionspakt gegen die VR China

Die sowjetischen Sozialimperialisten und die vietnamesischen Revisionisten legen einigen Wert darauf, ihre Aggressionspolitik in vertragsmäßige Form zu fassen. So haben die sowjetischen Sozialimperialisten und die vietnamesischen Revisionisten in ihren Pakt hineingeschrieben: ,,Die Hohen Vertragsschließenden Parteien werden einander über alle weltpolitischen Fragen, die die Interessen beider Länder betreffen, konsultieren. Falls ein Partner zum Objekt eines Angriffs oder einer Angriffsdrohung gemacht wird, treten die Hohen Vertragsschließenden Parteien sofort in Konsultationen miteinander ein, um eine solche Bedrohung zu bannen und entsprechende effektive Maßnahmen zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit ihrer Länder zu treffen.''

Bei der Unterschrift unter den Vertrag hatten sich die ,,Hohen Vertragsschließenden Parteien'' schon über die Aggression gegen das Demokratische Kampuchea geeinigt. Der Vertrag soll Vietnam den Rücken stärken für seine Expansionspolitik in Südostasien, soll jeden Gegenschlag gegen die vietnamesischen Grenzaggressionen auf China unter Angriffsdrohung aus dem Norden stellen und soll die sozialimperialistische Drohung aus dem Norden durch die Aggressionsdrohung aus dem Süden ergänzen und stärken. Unter diesen Bedingungen glauben die Sozialimperialisten die VR China vom Süden her in einen kostspieligen Grenzkrieg verwickeln zu können und die Hände frei zu haben für einen Zangenangriff aus dem Süden und dem Norden, wann es ihnen paßt. Würde sich die VR China auf dieses Mühlespiel einlassen und abwarten, dann hätte sie keine Ruhe für den Aufbau des Sozialismus in China, die sowjetischen Sozialimperialisten aber könnten in aller Ruhe den Weltkrieg vorbereiten.

Die VR China macht eine Politik der Verteidigung des Friedens. Manchmal muß ein sozialistisches Land den Frieden mit Waffen verteidigen. Die Volksrepublik China ist keine Schachfigur im Kampf der beiden Supermächte um die Weltherrschaft. Die Lehre ist für beide Supermächte aufschlußreich. Die Völker der Welt aber sollten ihre Anstrengungen vergrößern, die Front gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus zu stärken.

---

schutztruppen auf die vietnamesischen Aggressoren ist eine Aktion zur Verteidigung der Souveränität und territorialen Integrität Chinas.'' In dem Pressekommuniqué wird darauf hingewiesen: ,,Mit der Beschuldigung Chinas versucht die Sowjetunion die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von der nackten Aggression gegen das Demokratische Kampuchea abzulenken.''

Erklärung der UdSSR:

Die Aggression Pekings gegen das sozialistische Vietnam ist das direkte Ergebnis der Politik der Erpressung und des Drucks, die die chinesischen Machthaber seit einigen Jahren gegenüber Südostasien im allgemeinen und gegenüber Vietnam im besonderen betrieben haben. Die Pekinger Führer erklären offen, daß sie Vietnam ,,bestrafen'' wollen, welches eine selbständige Politik betreibt und sich nicht nur geweigert hat, zur chinesischen Expansion beizutragen, sondern auch ein ernsthaftes Hindernis bei der Verwirklichung der hegemonistischen Pläne Pekings geworden ist.

Die Pekinger Führungsclique will sich nicht damit abfinden, daß das Volk von Kampuchea das Regime des blutigen Henkers Pol Pot abgeschüttelt und die freundschaftlichen Beziehungen zum benachbarten Vietnam wiederhergestellt hat. Dies als Vorwand für eine Aggression zu benutzen, ist ein Weg, der, wie die Geschichte zeigt, den Aggressor zu einem unrühmlichen und schändlichen Ende führt.

(...) Das heldenmütige vietnamesische Volk, das Opfer einer neuen Aggression wurde, ist fähig, sich auch diesmal selbst zu verteidigen, um so mehr, als es zuverlässige Freunde hat. Die Sowjetunion wird die Verpflichtungen erfüllen, die sie im Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SRV übernommen hat. (...)

USA

Paese Sera, 23. Februar: Im Gespräch mit einer Gruppe Journalisten am Sitz des State Department hat der Präsident der Vereinigten Staaten eine energische Warnung an die UdSSR gerichtet, daß sie sich einer militärischen Intervention sowohl in Indochina als auch im Iran enthält. ,,Dies ist nicht unser Krieg'', sagte Carter, ,,aber er darf auch kein Krieg Moskaus werden. Und ich will klar sagen, daß es für die anderen Mächte gefährlich sein kann auszunutzen, was im Iran oder in Indochina geschieht. Im Nahen Osten, in Südostasien, überall in der Welt'', fuhr Carter fort, ,,werden wir immer unsere Verpflichtungen erfüllen.'' Der Präsident der USA, der sich sehr entschlossen zeigte, fügte hinzu: ,,Niemand soll sich irren; unser Wille, unsere Entschlossenheit sind absolut'', wobei er präzisierte, daß die amerikanischen Streitkräfte bereit sind; ,,und wir sind bereit sie zu benutzen, wenn nötig.''

Aus Dokumenten der VR China

Aus Dokumenten der Volksrepublik China

(...) In den letzten 30 Jahren haben die chinesische Regierung und das chinesische Volk in Übereinstimmung mit der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao für auswärtige Angelegenheiten und einer Reihe von Weisungen des Ministerpräsidenten Zhou den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die imperialistische Aggression und für die nationale Befreiung aufrichtig unterstützt. Diese Hilfe hat sowohl für den Sieg des vietnamesischen Volkes im Krieg gegen die französische bzw. die amerikanische Aggression als auch für die Heilung der Kriegswunden, den Wiederaufbau und die Entwicklung der Wirtschaft sowie die Verbesserung des Lebens des Volkes eine positive Rolle gespielt. Dieses historische Faktum kann niemand übergehen. Bei vielen Gelegenheiten würdigten die vietnamesischen Führer diese Hilfe. 1974 sagte der vietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong: ,,Unter allen Umständen haben die chinesische Partei und Regierung immer uneigennützig das vietnamesische Volk in seinem revolutionären Kampf und beim Wiederaufbau seines Landes unterstützt und ihm geholfen.'' 1975 sagte Le Duan, der 1. Sekretär der Partei der Werktätigen Vietnams, daß China ,,enorme und wertvolle Unterstützung und Hilfe'' gewährt habe. ,,Es ist offensichtlich, daß es ohne ein China, das in seiner Revolution gesiegt hat, das Vietnam von heute nicht gäbe. Das ist eine Logik der Geschichte.'' Heute nun haben sich die vietnamesischen Behörden um 180 Grad gedreht und behaupten, die chinesische Hilfe sei ,,an Bedingungen geknüpft'' gewesen und sei gewährt worden, mit dem Ziel, ,,einen 10000fachen Profit zu bringen''. Sie bezichtigten China, seine Hilfe als ,,Einsatz beim Feilschen'', als ,,Erpressungsmittel'' usw. zu benutzen. Schlägt das nicht dem Faß den Boden aus?!

(...) Die Hilfe eines Landes an ein anderes Land soll nicht an irgendwelche politischen oder wirtschaftlichen Bedingungen geknüpft sein. Sie muß jedoch eine minimale Grundlage haben, d.h. es sollte zumindest eine gewöhnliche freundschaftliche Beziehung erhalten bleiben, es sollte keine feindselige Politik verfolgt werden. Heute verfolgen die vietnamesischen Behörden eine Politik gegen China und Chinesen, beschimpfen China offen, es verhalte sich wie ,,reaktionäre Imperialisten'' und die ,,Kaiser der Vergangenheit''; sie betrachten das sozialistische China als ihren ,,Feind''. Bleibt China unter diesen Umständen eine andere Möglichkeit, als seine Hilfe einzustellen? (...)

Kommentar der *Renmin Ribao* vom 22. Juli 1978



Peking, 21. Mai 1970: Demonstration zur Unterstützung der Völker in ihrem Kampf gegen den US-Imperialismus

(...) Aufgrund historischer Ursachen leben über eine Million Auslandschinesen im Süden und Norden Vietnams. Im Geist des proletarischen Internationalismus und entsprechend der konsequenten Politik Chinas gegenüber den Auslandschinesen beriet sich die Kommunistische Partei Chinas 1955 mit der Partei der Werktätigen Vietnams über die Frage der Staatsangehörigkeit und der Rechte und Pflichten dieser Chinesen. Nach wiederholten Konsultationen wurde eine prinzipielle Vereinbarung getroffen. Beide Seiten erkannten an, daß die chinesischen Bürger in Nordvietnam – vorausgesetzt sie genießen die gleichen Rechte wie die Vietnamesen – durch beständige, geduldige Überzeugung und ideologische Erziehung auf freiwilliger Basis allmählich die vietnamesische Staatsangehörigkeit annehmen sollten. (...)

In bezug auf die in Südvietnam lebenden Chinesen erließ das reaktionäre Ngo-Dinh-Diem-Regime im August 1956 ein Dekret, das den Chinesen ihre Staatsbürgerschaft aberkannte und sie zwang, die vietnamesische anzunehmen. Im Mai 1957 verurteilte die Kommission für Angelegenheiten der Auslandschinesen der Volksrepublik China in einer Erklärung scharf diese Willkürmaßnahme des reaktionären südvietnamesischen Regimes, die Auslandschinesen zwangseinzubürgern, und protestierte mit aller Schärfe dagegen. Dieser gerechte Standpunkt Chinas fand damals die Zustimmung und Unterstützung der Demokratischen Republik Vietnam. ,,Nhan Dan'', Zentralorgan der Partei der Werktätigen Vietnams, schrieb: ,,Daß die Ngo-Dinh-Diem-Clique die Chinesen in Südvietnam zwingt, die vietnamesische Staatsangehörigkeit anzunehmen, ist eine tyrannische, faschistische und gegen das Völkerrecht gerichtete Maßnahme.'' 1960, 1964, 1965 und 1968 erklärte die Nationale Befreiungsfront Südvietnams in ihren politischen Stellungnahmen und einschlägigen Dokumenten, daß ,,alle Verordnungen und Maßnahmen des US-Marionettenregimes bezüglich der Auslandschinesen null und nichtig sind'' und daß ,,die Auslandschinesen die Freiheit und das Recht haben, ihre Staatsangehörigkeit selbst zu wählen''. (...)

Die gegenwärtige Lage, daß Vietnam die Auslandschinesen verfolgt und vertreibt und damit der traditionellen Freundschaft zwischen den beiden Völkern schadet, gefällt uns absolut nicht. Wir appellieren an die vietnamesische Regierung, zu den Prinzipien, die zwischen den beiden Parteien vereinbart wurden, zurückzukehren und ihr Verhalten, das ihre Freunde schmerzt, die Feinde aber erfreut, zu ändern. Das dringendste Problem ist derzeit, die Verfolgung und Vertreibung der Auslandschinesen tatsächlich einzustellen. Wir glauben, wenn die vietnamesische Seite das tun würde, dann würden die Auslandschinesen nicht von sich aus das Land verlassen, in dem sie seit Generationen leben, denn sie schätzen die tiefe Freundschaft, die sie im Verlauf der gemeinsamen Kämpfe mit dem vietnamesischen Volk geschlossen haben. (...)

Dschung Hsi-dung, Leiter der chinesischen Delegation, auf der ersten Verhandlungssitzung über die Frage der Auslandschinesen am 8. August 1978



Vietnam vertreibt Chinesen über die Grenze (Bild: Quotidien du peuple)

(...)Zwischen 25. August und 25. Dezember 1978 drangen vietnamesische Truppen an etwa hundert Abschnitten in chinesisches Territorium im Autonomen Gebiet Kuangsi ein und annektierten chinesisches Territorium; rund zweitausend bewaffnete Vietnamesen provozierten über 200 Grenzzwischenfälle, wobei einige Dutzend chinesische Grenzbewohner getötet bzw. verwundet wurden.

Zu gleicher Zeit intensivierten die vietnamesischen Behörden ihre Kriegsvorbereitungen, verstärkten landesweit ihre Truppen und bauten ihre Streitkräfte aus. Sie führten zahlreiche militärische Manöver durch, in denen China das fiktive Angriffsziel war. Sie führten ,,Säuberungen'' in ihren Grenzgebieten durch und massierten dort ein größeres Truppenkontingent. Vor kurzem entfalteten sie eine allgemeine Mobilmachungs,,kampagne'', erklärten, China sei ihr ,,neuer Kriegsgegner'', und das Volk solle sich auf einen neuen ,,großangelegten Krieg'' vorbereiten. Dies ist zweifellos der Gipfel der Arroganz.

(...) Bei der Verletzung des Territoriums und der Souveränität Chinas werden die vietnamesischen Behörden vom sowjetischen Sozialimperialismus ermuntert und unterstützt. China befindet sich auf dem neuen Langen Marsch zur Beschleunigung der vier Modernisierungen. Im ganzen Land herrscht eine Lage der Stabilität, der Geschlossenheit und des Aufschwungs. Die Mehrheit aller Völker der Welt freut sich darüber, nur die sowjetischen Sozialimperialisten sind beunruhigt und nervös. Ein gefestigtes und starkes China gefällt weder der Sowjetunion, die auf die Weltherrschaft bedacht ist, noch den vietnamesischen Behörden, die die Vorherrschaft in Südostasien erstreben. Beide halten es für notwendig, China Schwierigkeiten zu bereiten. Beide haben ein Interesse daran, Stabilität und Einheit in China zu untergraben und die vier Modernisierungen zu behindern; das ist auch der Grund für ihre Grenzprovokationen und ihre Kriegsdrohung. Doch es wird ihnen nicht gelingen!

Die vietnamesischen Behörden sind auf ihrem Anti-China-Weg bereits sehr weit gegangen. Auch die Geduld und die Zurückhaltung des chinesischen Volkes hat ihre Grenze. China hat niemals andere schikaniert und wird das auch niemals tun. Aber es läßt sich auch nicht von anderen schikanieren. Wir greifen nicht an, wenn wir nicht angegriffen werden; wer uns aber angreift, hat unbedingt mit unserem Gegenangriff zu rechnen. Und China steht zu seinen Worten. Wir warnen die vietnamesischen Behörden erneut: Wenn ihr, mit der Unterstützung Moskaus, so weitermacht, werdet ihr die Strafe erhalten, die ihr verdient. Das stellen wir hier und jetzt fest! Behauptet später nicht, wir hätten euch nicht eindeutig gewarnt.

Leitartikel der *Renmin Ribao* vom 25. Dezember 1978



Von Vietnam auf chinesischem Gebiet errichtete Bambuspfahlsperre

„Alle Interessen des ländlichen Raumes sehen"

r.fum. Die Bezirksregierung Koblenz hat für Kirchroth II und Meddersheim, Landkreis Bad Kreuznach, eine umfangreiche Flurbereinigung beschlossen und somit den ersten Schritt getan, den Flurbereinigungsplan Rheinland-Pfalz, mit einer angestrebten Bodenumordnung von 20000 ha im Jahr 1979, in die Tat umzusetzen. Die Flurbereinigung ist in diesem Bereich für die Bourgeoisie von grosser Bedeutung. Direkt neben den neuen Autobahntangenten liegend ist der Landkreis Bad Kreuznach für die kapitalistische Landwirtschaft günstig, es fehlt dort aber noch an den Bedingungen für die maschinelle Nutzung des Bodens, wie sie die Kapitalisten betreiben wollen. Von den dort existierenden Betrieben (3836) haben 44,4% eine landwirtschaftliche Nutzfläche von unter 5 ha. ¼ hiervon haben eine Fläche von weniger als 1 ha.

„Um ... die Wettbewerbsnachteile gegenüber gesunden Argrarstrukturen abzubauen," wird „... sofortige Vollziehung des Beschlusses angeordnet." (Staatskanzlei Heute und Morgen, Beschluß der Bezirksregierung) – Minister Meyer, Landwirtschaft: „Richtig verstandene Bodenordnung heißt, alle Interessen des ländlichen Raumes sehen, werten und aufeinanderabgestimmt durchführen." Die Vielzahl der kleinen Bauern und Winzer zahlen dabei den Kapitalisten die Wege- und Wasserkosten, die pro ha bis zu 7000 DM betragen.

„... Arbeit für jeden Behinderten"

r.bul. Baunatal. Mit rund 10 Mio. DM von der Bundesanstalt für Arbeit und dem hessischen Sozialministerium bauen die Baunataler Werkstätten zwei neue Ausbeutungszentren in Hofgeismar und Fuldabrück für ca. 200 psychisch Kranke und Arbeiterjugendliche aus der Fürsorgeerziehung.

In der Stellungnahme der Bundesregierung zur Psychatrie-Enquete hat Minister Ehrenberg 80 Mio. DM für das Sonderprogramm der Bundesregierung „Verwirklichung des Rechts auf Arbeit für jeden Behinderten" in Aussicht gestellt. Vorrang hat dabei die „ambulante und halbstationäre Versorgung der psychisch Behinderten, z.B. in beschützenden Werkstätten". „Die Psychatrie ist keine Trostanstalt

„... Arbeit für jeden Behinderten"

r.bul. Baunatal. Mit rund 10 Mio. DM von der Bundesanstalt für Arbeit und dem hessischen Sozialministerium bauen die Baunataler Werkstätten zwei neue Ausbeutungszentren in Hofgeismar und Fuldabrück für ca. 200 psychisch Kranke und Arbeiterjugendliche aus der Fürsorgeerziehung.

In der Stellungnahme der Bundesregierung zur Psychatrie-Enquete hat Minister Ehrenberg 80 Mio. DM für das Sonderprogramm der Bundesregierung „Verwirklichung des Rechts auf Arbeit für jeden Behinderten" in Aussicht gestellt. Vorrang hat dabei die „ambulante und halbstationäre Versorgung der psychisch Behinderten, z.B. in beschützenden Werkstätten". „Die Psychatrie ist keine Trostanstalt
für jedermann, wenn er mal Kummer hat", so Antje Huber in der Bundestagsdebatte. In den Baunataler Werkstätten arbeiten zur Zeit ca. 350 psychisch und geistig Kranke, die einen Stundenlohn zwischen 0,50 und 2,50 DM erhalten, das sind im Monat nach den Abzügen zwischen 40 und 150 DM. In den neuen Arbeitshäusern sollen die Arbeiterjugendlichen in der Metallverarbeitung, Schneiderei, Druckerei und mit Verpackungsarbeiten ausgebeutet werden. Zu dem Gebäudekomplex bei Hofgeismar gehören 22 ha Land. Dort baut das hessische Landwirtschaftsministerium für 1 Mio. DM eine Großgärtnerei.

„Annahmekarten" an hessischen Schulen für alle Schulabgänger

r.svm. Ab sofort werden alle Schulabgänger in Hessen in einem umfassenden Registrierverfahren des hessischen Kultusministeriums in Zusammenarbeit mit dem Innen- und Wirtschaftsministerium erfaßt. Registriert werden die Schulabgänger der Sonder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen, alle Schüler der 10. Klassen, die Schüler des Berufsgrundbildungsjahres, des Berufsvorbereitungsjahres und der Abschlußklassen der zweijährigen Berufsfachschulen, alle die die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben und die Berufschüler ohne Ausbildungsvertrag. (Erlaß vom 18.1.1979-IIIB2-200/5S-2) – An alle Schulabgänger werden sog. Annahmekarten ausgegeben. Die Karten sind bei den Schulen, bei Abschluß eines Ausbildungsvertrages dem Kapitalisten vorzulegen. Wird das Ausbildungsverhältnis frühzeitig beendet, wird die Annahmekarte zurückgegeben und ist dann wieder der Schule oder dem neuen Kapitalisten vorzulegen. – Angebot und Annahme der Ausbildungsverträge sollen künftig über die Arbeitsämter erfolgen. Mit Fristsetzung kann der Kapitalist den Jugendlichen zum raschen Abschluß des Ausbildungsvertrages zwingen. Die Maßnahme setzt die Ministerien in den Stand, einen raschen und präzisen Überblick darüber zu haben, wieviel und welche jugendliche Arbeitskraft in die Maßnahmen zur Verkürzung der Schulpflicht und in den Arbeitsdienst gepreßt werden sollen. 1977 schlossen von 125009 Schulabgängern in Hessen 45022 einen Ausbildungsvertrag ab.

„Hartes Ringen um die wirksamste Hilfe fürs Ruhrgebiet"

Landesentwicklungsplan VI/CDU gibt Zunder für weitere Subventionen

r.sst. Als Vorspiel zu den Landtagswahlen NRW haben sich bei der Haushaltsdebatte SPD und CDU heftige Wortgefechte geliefert, die das Regierungs-Journal „Landtag Intern" unter der Überschrift: „Hartes Ringen um die wirksamste Hilfe fürs Ruhrgebiet" zusammenfaßt. 681,15 Mio. DM hat die CDU als „Ruhrgebietsprogramm" vorgeschlagen, die SPD hat's abgelehnt. Abseits der Parlamentskulisse hat die Landesregierung NRW den Landesentwicklungsplan VI veröffentlicht zu: „Festlegungen von Gebieten für flächenintensive Großvorhaben (einschließlich Standorte für Energieerzeugung), die für die Wirtschaftsstruktur des Landes von Bedeutung sind". Wer mit „Wirtschaftsstruktur des Landes" gemeint ist, wird unter „begriffliche Klärung" gesagt: „Eisen- und Stahlindustrie, Nicht-Eisen-Metall-Industrie, Fahrzeugbau, Mineralölindustrie und chemische Industrie". Gefördert werden sollen die Profitaussichten der in NRW zusammengeballten Monopole, weshalb der Plan auch als „Untergrenze für industrielle Großvorhaben" 200 ha. festlegt.

„Angestrebt wird die Errichtung eines einzigen Betriebes. Daneben ist jedoch auch die Ansiedlung von unternehmensmäßig zwar getrennten Betrieben möglich, die aber in einem Produktionsverband miteinander stehen..."

Die Planungs- und Entscheidungskompetenzen zur Ansiedlung der Monopole hat die Landesregierung zentralisiert, wegen der „übergeordneten Gesichtspunkte". Das sind unter anderem die notwendigen Enteignungen der kleinen und mittleren Bauern denen das Land, das sich die Monopole unter den Nagel reißen wollen, noch gehört. Im Landesentwicklungsbericht 1976 hat die Regierung über die notwendigen Maßnahmen berichtet: „Das neue Flurbereinigungsgesetz, das am 1.4.1976 in Kraft getreten ist, hat die Flurbereinigung als das zentrale Instrument der ländlichen Strukturpolitik den Bedingungen des Struktur- und

ben möglich, die aber in einem Produktionsverband miteinander stehen..."

Die Planungs- und Entscheidungskompetenzen zur Ansiedlung der Monopole hat die Landesregierung zentralisiert, wegen der „übergeordneten Gesichtspunkte". Das sind unter anderem die notwendigen Enteignungen der kleinen und mittleren Bauern denen das Land, das sich die Monopole unter den Nagel reißen wollen, noch gehört. Im Landesentwicklungsbericht 1976 hat die Regierung über die notwendigen Maßnahmen berichtet: „Das neue Flurbereinigungsgesetz, das am 1.4.1976 in Kraft getreten ist, hat die Flurbereinigung als das zentrale Instrument der ländlichen Strukturpolitik den Bedingungen des Struktur- und

Funktionswandels im ländlichen Raum angepaßt. So ist es jetzt mehr als bisher möglich, außerlandwirtschaftlich raumbedeutsame Planungen im Flurbereinigungsverfahren zu verwirklichen." Auf dem kalten Weg des Bauernlegens soll gleichzeitig die Reservearmee rekrutiert werden, die Druck auf den Lohn des Industrieproletariats entfalten soll, was der 76er Bericht so zusammenfaßt: „Die Bemühungen sind hier darauf gerichtet, es denjenigen Landwirten, deren Betriebe keinen ausreichenden Lebensunterhalt mehr bieten, und die deshalb zur außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit übergehen, zu ermöglichen, daß sie der Landwirtschaft verbunden und dem ländlichen Raum erhalten bleiben."

Die Landesregierung *zentralisiert*, wer *diktiert*, ist auch klar: „Die Objektplanung obliegt nach Art, Anzahl und Leistung der vorgesehenen Anlagen den Industrieunternehmen." Die notwendige billige Energie für das Ausbeutungsprogramm soll der Bau von Kraft- und Kernkraftwerken sichern. Bau neuer Anlagen und Ausbau der vorhandenen ist vorgesehen. Unter dem Motto: „Sicherheit", „Unabhängigkeit", „Umweltfreundlichkeit" und „Preisgünstigkeit der Energiereserven" wird der Beitrag der NRW-Landesregierung zur Schaffung einer nationalen Energiereserve, mit dem die Finanzbougeois in den Kampf um die Weltherrschaft eintreten können, beschrieben – alles finanziert über die Ausplünderung der Massen. Unter „Umweltfreundlichkeit" läuft dabei der Ersatz veralteter Kraftwerke durch neue.

Kein Grund für die CDU, der SPD Untätigkeit vorzuwerfen, hat die Landesregierung bereits in den Jahren 1971-73 9300 Investitionsvorhaben mit 6,8 Mrd. DM subventioniert und von 1972 – 1. Hj. 1976 mit 7,3 Mrd. DM – jeweils 7,5 - 20%. (Landesentwicklungsbericht 1976). Man versteht, warum in der Haushaltsdebatte SPD-Maedge seinem CDU Kollegen Fell vorwurfsvoll entgegnet: „Erinnern Sie sich an das, was der Wirtschaftsminister in der Debatte heut morgen schon gesagt hat, daß kein einziger Fall einer Industrieansiedlung im Ruhrgebiet etwa daran gescheitert wäre, daß keine Gelder zur Verfügung gestanden hätten."





bestehende Kraftwerke (Steinkohle, Braunkohle, Heizöl, Erdgas, Mischfeuerung)

bestehende Kernkraftwerke

geplante Kraftwerke

geplante konventionelle oder Kernkraftwerke

geplante Standorte für flächenintensive Großvorhaben

14 Gebiete für „flächenintensive Großvorhaben" hat die Landesregierung den Monopolen in NRW angeboten: Wesel, Orsoy-Rheinberg, Geilenkirchen-Lindern, Euskirchen, Bergheim-Glesch, Datteln-Waltrop, Hamm-Welver, Geseke-Salzkotten, Werl, Dortmund-Ellinghausen, Brilon, Espelkamp-Lübbecke, Versmond, Warburg.

Von den geplanten 16 Kraftwerksstandorten sind 4 für „Kern- und konventionelle Kraftwerke" vorgesehen: Bislich-Vahnum, Greven-Ost, Drensteinfurt, und Dattel-Waltrop.



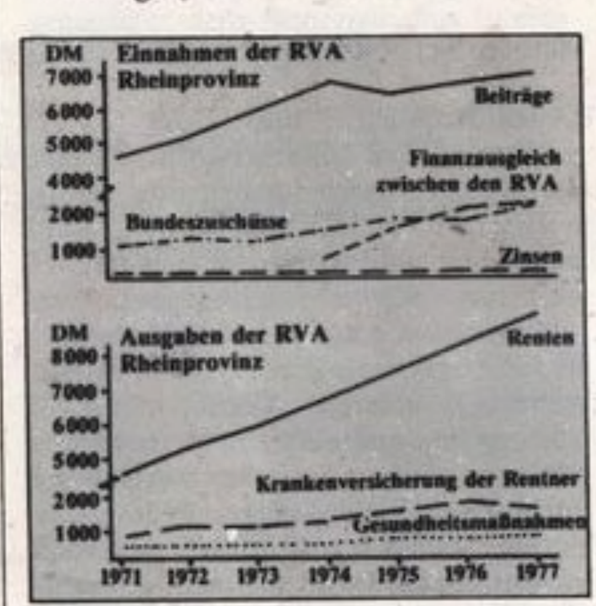
geplante Standorte für flächenintensive Großvorhaben

14 Gebiete für „flächenintensive Großvorhaben" hat die Landesregierung den Monopolen in NRW angeboten: Wesel, Orsoy-Rheinberg, Geilenkirchen-Lindern, Euskirchen, Bergheim-Glesch, Datteln-Waltrop, Hamm-Welver, Geseke-Salzkotten, Werl, Dortmund-Ellinghausen, Brilon, Espelkamp-Lübbecke, Versmond, Warburg.

Von den geplanten 16 Kraftwerksstandorten sind 4 für „Kern- und konventionelle Kraftwerke" vorgesehen: Bislich-Vahnum, Greven-Ost, Drensteinfurt, und Dattel-Waltrop.

LVA Rheinprovinz: Bilanz der 20. und 21. Rentenanpassung

r.klr. Die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, zuständig für den westlichen Teil des Ruhrgebietes bis zur Linie Essen-Wuppertal-Gummersbach ist eine der 20 Versicherungsanstalten der Arbeiterrentenversicherung. Sie gehört zu den 12 Anstalten, die von den restlichen bezuschußt werden, damit sie über die gesetzlich vorgeschriebene Reserve von Geldern verfügt, nötig zur Bezahlung von 1 ½ Monatsausgaben. Den Grund für diese Lage sieht Dr. Erdmenger, 1. Direktor der LVA



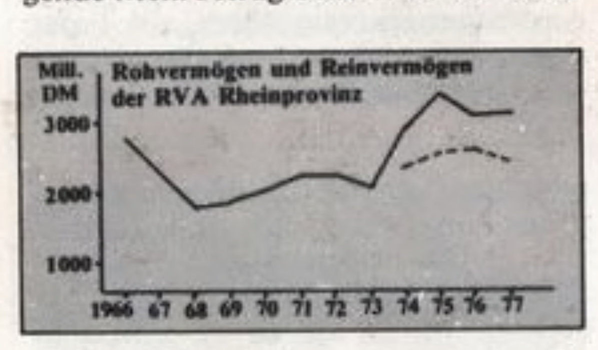
Rheinprovinz in der „enttäuschenden konjunkturellen Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen 1977": „... stieg das Bruttosozialprodukt real nur um 1,5%. Der Anteil lag damit deutlich unter dem im gesamten Bundesgebiet erreichten Zuwachs von 2,4%. Die Arbeitslosenquote belief sich im Jahresdurchschnitt 1977 auf 5,8% gegenüber 4,5% im Bundesgebiet. Diese Entwicklung führte dazu, daß der Anteil an den Gesamtbeitragseinnahmen (aller Rentenversicherungsträger, *d.R.*) weiter abgesunken ist und sich im Jahresdurchschnitt 1977 auf 15,15% belief."

Tatsächlich sank das Vermögen der LVA Rheinprovinz von 1976 auf 77 um 90 Mio. DM infolge des erhöhten Verschleißes der Arbeitskraft, der Arbeitslosigkeit und der Frühverrentung, die mit der ständigen Verschärfung der Ausbeutung einhergehen. Während das Anlagevermögen, das sich in der Hand des Staatsapparates befindet, von 907,3 Mio. auf 708,7 Mio. DM schrumpfte, erhöhte sich der Teil der Beitragsgelder, die sich die Kapitalisten durch Nichtzahlung ihrer Anteile an der Rentenversicherung der Arbeiter direkt unter den Nagel rissen, um 137,08 Mio. DM.

Das Ehrenbergministerium hatte im Sommer 1977 mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz reagiert, die Rentenanpassung vom 1.1.78 um ein Jahr verschoben und die allgemeine Bemessungsgrundlage gesenkt. Für das Jahr 1977 haben sich diese Maßnahmen noch nicht ausgewirkt, wohl aber für das Jahr 1978, in dem es Ehrenberg gelungen ist, die durchschnittliche Versichertenrente von 638 DM auf 635 DM zu senken.

Bereits im Jahr 1977 konnte die LVA Rheinprovinz eine Senkung der Beiträge an die Krankenversicherung um 203 Mio. DM vermelden. Dies ist Resultat des 20. RAG, das die Aufwendungen zur Krankenversicherung der Rentner ab 1.7.77 auf 11,7% der gezahlten Rentenbeträge begrenzt. Pro Rentner zahlte die Versicherungsanstalt im Dezember 1977 105,74 DM an die Krankenversicherung, ein Jahr zuvor waren es noch 145 DM.

Aus derselben Logik des Ministers Ehrenberg, die den Krankenversicherungsbeitrag mit den Renten selber zum Sinken bringt, entspringt die Herabdrückung der Ausgaben für „Gesundungs- und nachgehende Maßnahmen". 1975 lagen diese Ausgaben um 129 Mio. DM über denen von 1973. Durch das am 1.10.1974 in Kraft getretene Rehabilitations-Angleichungs-Gesetz und das 20. RAG wurden die Ausgaben um 2 Mio. auf 452,3 Mio. DM gedrückt. Bereits in den Jahren vorher hatten immer weniger Arbeiter einen Antrag auf Kur gestellt, weil zunehmend die Anträge abgelehnt wurden. 1973 wurden 170790 Maßnahmen zur Erhaltung, Verbesserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zugelassen, 1977 nur noch 156603. Ehrenberg hat die Ausgaben der Rentenversicherungen für Gesundheitsmaßnahmen und Verwaltungs- und Verfahrenskosten nach § 1390a RVO 1976 auf 4,290 Mrd. DM festgelegt und 1977 auf 4,160 Mrd. DM. „Der Anteil der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz belief sich auf ... 649,9 Mio. DM. Der diesen endgültigen Anteil übersteigende Mehrbetrag belief sich im Haus-



haltsplan 1977 auf 27,8 Mio. DM." Dieser Betrag wurde gesperrt.

Durch Rationalisierungsmaßnahmen in den anstaltseigenen Heilanstalten und Kündigung von Verträgen mit Kurhäusern wurde die Zahl der verfügbaren Betten für stationäre Heilmaßnahmen in den Jahren 1976 und 77 um insgesamt 1578 auf 5479 verringert.

„Unsere Anstalt führt nunmehr die stationären Heilmaßnahmen ausschließlich in Schwerpunktkliniken, Kurkliniken und Sanatorien durch. Sie trennte sich außer von Kurheimen und Pensionen auch von leistungsschwächeren Sanatorien. Aus dieser Sicht ist auch die aufgrund eines Vorstandsbeschlusses vom 7.12.76 erfolgte Schließung der Burgbergklinik, Denklingen, der Klinik Hohenhonnef, Bad Honnef und der Abteilung Deutscher Hof in Bad Nauheim zu bewerten. Alle drei Behandlungsstätten waren in ihrer Bausubstanz völlig überaltert, so daß sie den zu stellenden Anforderungen nicht mehr entsprachen."

Zweimal haben die Imperialisten das Vermögen der Rentenversicherungen vernichtet

r.klr. 1845/1849 Der preußische Staat muß in den Gewerbeordnungen die Unterstützungskassen der Arbeiter mit Beitrittszwang und Zuschußpflicht der Kapitalisten gesetzlich verankern.

1891 Bismarcks Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung. Mit dem Anwartschaftsdeckungsverfahren sichert sich die Reichsbourgeoisie die Aufschatzung eines Gesamtvermögens in Höhe von *4,644 Mrd. Mark* in damaligen Preisen bis zum Ende des 1. Weltkrieges. Durch Inflation wurde nahezu das gesamte Vermögen, das in Anlagepapieren bestand, vernichtet. Die Bourgeoisie hatte den Krieg damit finanziert und ihr Kapital aufgestockt.

1938 betrug das Vermögen der Sozialversicherung wieder *7,439 Mrd. Reichsmark*. Am *Ende des 2. Weltkrieges* ist das Vermögen total zerstört. *1949* beträgt es noch *0,185 Mrd. DM.*

Durch die Adenauersche Rentenreform („dynamische Rente") *1957* wurden die Beiträge der Arbeiter erhöht, durch Steigerung des Grundbetrages die Senkung der Renten auf Jahre vorbereitet und bis *1960* wieder ein Vermögen der Rentenversicherung von *14,3 Mrd. DM* angehäuft. Nachdem es infolge der Krise 1966/67 erneut abgesunken war, wurden mit der Rentenreform 1972 die Beiträge auf 18% erhöht. *Bis 1975* stieg das Vermögen auf *48,2 Mrd. DM* an, fällt aber bis *1977* auf *28,98 Mrd. DM*. Durch die *21. Rentenanpassung* sollen fast *10 Mrd. DM* Ausgaben eingespart und der Kriegskasse der Finanzbourgoeoisie zugeführt werden.

Quelle: Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitsheft 9

Dreiste Lügen

„Auch die bürgerlichen Meinungsmacher werden sich damit abfinden müssen, daß niemand von außen das Pol Pot-Regime stürzte, sondern die vom Volk unterstützte Einheitsfront", schreibt der MSB, Hochschulgruppe der DKP, in einem Flugblatt an der Uni Dortmund.

Die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren haben einen Blitzkrieg gegen das Demokratische Kampuchea geführt. Der MSB unternimmt allerlei Winkelzüge in seinen Flugblättern, um den sowjetisch-vietnamesischen Überfall in einen „Befreiungskampf" des Kampucheanischen Volkes umzulügen. Nimmt man diese Behauptung für einen Augenblick ernst, so handelt es sich bei dieser sogenannten „Nationalen Einheitsfront Kampucheas für nationale Rettung" um ein wirkliches Wundertier: Vor gut einem Monat gab es sie noch nicht, einen guten Monat später hatte sie nicht nur Panzer und schwere Artillerie in Hülle und Fülle, sondern auch Flugzeuge und einen großen Teil der Städte des Demokratischen Kampuchea in Besitz genommen.

Die Revisionisten haben sich in ihrer Unterstützung der sowjetisch-vietnamesischen Aggression erneut als Hilfstruppen der sowjetischen Sozialimperialisten erwiesen. Mit Hilfe der sogenannten Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland - Sozialistische Republik Vietnam versuchen sie - an die antiimperialistische Bewegung der 60er Jahre appelierend - für die Unterstützung der vietnamesischen Aggressionen in Indochina zu werben. „Wer jahrelang...für den „Sieg im vietnamesischen Volkskrieg" gekämpft hat, der müßte doch die vermeintlichen Wandlungen der vietnamesischen Politik nach dem Sieg 1975 tiefgreifend und gründlich politisch verarbeiten, bevor er es wagt Front zu machen gegen das heutige Vietnam.

Im „Vietnam-Kurier-Extra" rufen die Revisionisten zur Unterstützung einer Geldsammlung für die Opfer der Hochwasserkatastrophe in Vietnam auf. Hingewiesen wird auf die großen Schwierigkeiten beim Aufbau Vietnams: „Naturkatastrophen vernichteten große Teile der Reisernte. So gingen im letzten Jahr durch riesige Überschwemmungen über 2,5 Mio Tonnen Reis verloren, wodurch die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gefährdet wurde."

Vietnam, das seine Vorherrschaft in Indochina verwirklichen will, verfolgt eine Politik der Auspowerung der Landwirtschaft und der Aushungerung der Massen, um die Schwerindustrie mit Gewalt auf Kosten der Landwirtschaft und Lösung der Ernährungsfrage zu entwickeln. Das ist der Hintergrund der angeblichen Überschwemmungen. Und mit dem Geld für die „Opfer der Katastrophen" wird den Massen hier Geld aus der Tasche gezogen und werden Waffen für die vietnamesischen Aggressoren finanziert.

Die Volksmassen Kampucheas haben unter Führung der Kommunistischen Partei nach der Befreiung die Ernährungsfrage gelöst und Kampuchea in ein riesiges Reisfeld verwandelt. Der langfristige Zweck der sowjetisch-vietnamesischen Invasion ist, die kampucheanischen Volksmassen zu versklaven und das landwirtschaftliche Mehrprodukt nach Vietnam zu schaffen, um dort das Kapital zum Aufbau der Industrie abzugeben. Für letzte Woche Mittwoch hat die DKP aufgerufen zu einer Demonstration in Düsseldorf unter der Losung: „Hände weg von Vietnam!" In dem Aufruf dazu heißt es: „Mit leidenschaftlicher Empörung verurteilen wir den ungeheuerlichen Angriff Chinas...Die Machthaber in Peking wollen die Stärkung des Sozialistischen Vietnam verhindern." Das wollen sie tatsächlich. Seit letzten August hat das „Sozialistische Vietnam" an 162 Stellen bewaffnete Einfälle auf chinesisches Territorium unternommen und über 700 bewaffnete Provokationen. In einer Stellungnahme der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua heißt es dazu: „Mit solchen zügellosen Aggressionen zielen die vietnamesischen Behörden darauf, militärische Auseinandersetzungen zu provozieren, um die Spannungen an Chinas Südgrenze zu verschärfen und Chinas sozialistisches Modernisierungsprogramm zu stören. Solche Aggressionsakte Vietnams werden zweifellos wenn man sie ungehindert durchgehen läßt, den Frieden und die Stabilität Südostasiens und sogar ganz Asiens bedrohen.

Die standortbenachteiligten Dortmunder Kapitalisten brauchen Millliarden – ihre Politiker sollen anschaffen

b.mak. Hunderte Millionen DM sollen an die Kapitalisten des Ruhrgebietes gezahlt werden zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Wie die Millionen eingesetzt werden, berät die Ruhrgebietskonferenz am 8. und 9. Mai in Castrop-Rauxel. 691 Mio schlug die CDU im Landtag für das Sanierungsprogramm vor, die SPD/FDP lehnte es aus „methodischen" Gründen ab.

Die Dortmunder bürgerlichen Politiker machen schon lange Hälse, damit das „strukturkrisengeschüttelte und standortbenachteiligte" Dortmund den größten Anteil an den geplünderten Steuergeldern bekommt. Und einiges haben sie schon locker gemacht für das einheimische Kapital. Heinemann, Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, fordert „staatliche Begünstigungen für besondere Umweltmaßnahmen im Revier und Zuschüsse für den Ersatz alter durch moderne Kohlekraftwerke." Am 20.2. stand dann dem SPD-Stadtrat Erich Rüttel „Der Schreck über die nur noch tröpfelnde Ölquelle in den Knochen" (WAZ). Und am 22.2. forderte der FDP-Kreisverband DO eine Energiedebatte auf lokaler Ebene: „Unseres Erachtens ist es wichtig, daß eine Energiedebatte im Rat in ein kommunales Energiebeschaffungsprogramm...einmündet und entsprechend in der Finanzierungsplanung berücksichtigt wird." Da war die Orts-CDU etwas früher dran. Ihr Hubert Collas, Vorsitzender des Wirtschaftsförderungsausschusses der Stadt erklärte im Januar zur Ablehnung des Haushaltes der Stadt Dortmund in den „Mitteilungen der CDU Dortmund" unter der Überschrift: „Großer Tag der Fraktion": „Eine zukunftsorientierte kommunale Wirtschaftspolitik ... muß...unter folgenden Voraussetzungen stehen: ...2. Verbesserung von Standortfaktoren, vor allem durch eine sichere Energieversorgung."

Das Amt für Energieversorgung preist dann auch den „Standort" Dortmund in einer Broschüre für profithungrige Kapitalisten: „Eins haben alle Energiearten hier gemeinsam, den kurzen Weg vom Erzeuger zum Verbraucher. Ein Standortplus, daß das Energiepreisniveau günstig beeinflußt. Ganz abgesehen davon, daß für Großunternehmer Sonderkonditionen der Versorgungsunternehmen möglich sind." Ein paar Millionen Hilfsgelder werden die Kapitalisten in zunehmendem Maße von diesen fixen Kosten befreien. Ihre Dortmunder Räte besorgen ihren Auftrag.

ihren Auftrag.

„Ich bin's gewesen!" schreien MdB Urbaniak (SPD) und Löhr mit Gerstein (CDU), um das Lob für die getane Arbeit von Hoesch zu kassieren. Die herbeigeschafften Gelder für den Neubau eines zusätzlichen Schiffshebewerkes für Schubverbände in Henrichenburg veranlaßten sie zum Aufspringen von ihren Hinterbänken.

Urbaniak in der WAZ: „Als stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuß mußte ich die Notwendigkeit des neuen Abstiegsbauwerks in Henrichenburg begründen. In der 4-jährigen Diskussion sind Aktivitäten von Vertretern anderer Fraktionen nicht bekannt." Gerstein und Löhr kontern: „...Urbaniak versucht...seine Taten dadurch zu überhöhen, daß er die Aktivitäten anderer Dortmunder Bundestagsabgeordneter einfach leugnet. Das ist unaufrichtig." CDU-Mitglied und Stadtrat Theo Schwill macht auf einen unliebsamen Konkurrenten aufmerksam in der Ablehnungserklärung des Dortmunder Haushalts: „In seiner von leichter Ironie und großer Sachkenntnis getragenen Rede macht der Planungssprecher der CDU...die Planungsmisere für jedermann deutlich. Wie aus Vorlagen im Bezirksplanungsrat ersichtlich werde Hagen planungs- und straßenbaupolitisch mehr und mehr bevorzugt." Die über 36 Mio, von Stadtdirektor Imhoff vorgeschlagen für den Ausbau der Straßen in Dortmund, zur Hebung der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals, sind nicht ausreichend.

„Ein Umdenken in der Strukturpolitik ist erforderlich", erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsförderungsausschusses, SPD-Romanski am 23.2....Zwar sind in den vergangenen 10 Jahren 186 Mio DM an Wirtschaftsförderungsmaßnahmen verausgabt worden. Aber das langt nicht. CDU-Collas und Romaski sind sich einig: „Da nach den bestehenden Kriterien Dortmund aus der Förderung herausfällt, ist die Stadt bei gleichen Standortbedingungen gegenüber dem Umland immer im Nachteil. Denn der Erlaß der Grunderwerbsteuer und ein 20prozentiger Investitionszuschuß veranlassen die Firmen aus Dortmund abzuwandern."(RN)

Wirtschaftsminister Riemer hatte die Richtung gedeutet: „Wir fordern eine Änderung des Gesetzes über die Investitionszulage, das bisher für das Zonenrandgebiet und Berlin gilt. Nach unserer Meinung muß die Zulage gewährt werden, wenn die Arbeitslosigkeit 3 Jahre über 4,5% oder über 50% des Bundesdurchschnitts gelegen hat."

Da müßte Dortmund ja wohl ganz besonders gefördert werden, bei der überdurchschnittlichen Arbeitslosenrate von 6,6%. Ein paar Prozent Arbeitslose mehr schlagen sich für die Dortmunder Kapitalisten dann in barer Münze nieder. So hätten sie es gern.

Sofortige Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!



Am letzten Samstag führte der Bezirksverband Dortmund/Westliches Westfalen des KBW in den Städten Dortmund, Hagen und Hamm Propagandaaktionen zur Unterstützung des Volkes von Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression und des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime durch. Es wurden insgesamt 30,00 DM gesammelt.

durch. Es wurden insgesamt 30,00 DM gesammelt.

Veranstaltungskalender

26.2. - 2.3.1979. Schulungskurs: Mao Zedong, Fünf philosophische Monographien: Über die Praxis / Über den Widerspruch. *Hagen-Wehringhausen, Gaststätte „Im Fäßchen", Langestr., 19.00 - 22.00 Uhr*
Hamm, Gaststätte „Jägerhof", Basenerstr., 19.00 - 22.00 Uhr

Dienstag, 27.2.1979. Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens. *Unna, „Rasthaus Königsborn", Kamenerstr., Nähe Glückaufkaserne, 19.00 Uhr*

Mittwoch, 28.2.1979. Die Deutschen Bauernkriege, revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion. *Unna, „Rasthaus Königsborn", Kamenerstr., Nähe Glückaufkaserne, 19.00 Uhr*

Donnerstag, 1.3.1979. Öffentliche Mitgliederversammlung des Soldaten und Reservistenkomitee Dortmund/-Westliches Westfalen. Thema: Im 2. Weltkrieg verliert der britische Imperialismus seine Vorherrschaft an den US-Imperialismus. Die nationale Befreiungsbewegung nimmt einen erneuten Aufschwung. Mossadegh. Iran. Anschließend: Gründung der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung - Soldaten und Reservisten. *Dortmund, Kleingartenanlage „Frohes Schaffen", Hannöversche Str. 43, Nähe Thyssen-Klönne, 19.30 Uhr.*

Freitag, 2.3.1979. Der dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. *Es spricht: Doris Frickemeier, Mitglied der Bezirksleitung Dortmund/Westliches Westfalen des KBW. Unna, „Rasthaus Königsborn", Kamenerstr., Nähe Glückaufkaserne, 19.00 Uhr.*

Samstag, 3.3.1979. Kampf der Arbeiterbewegung gegen den imperialistischen Krieg. Streiks gegen Kriegselend und Militärunterdrückung. *Dortmund, Gaststätte „Hansa", Burgholzstr. 160, 16.30 Uhr.*

Sonntag, 4.3.1979. Die Unterdrückungstätigkeit Friederich des Großen und Preußens Rolle im Kampf für die Einheit der Deutschen Nation. Feudalismus und Bourgeoisie beginnen sich zu verschwängern. *Unna, „Rasthaus Königsborn", Kamenerstr., Nähe Glückaufkaserne, 10.00 Uhr.*

6.3. - 9.3.1979 finden die Veranstaltungen zur Bilanz sozialdemokratischer Regierungstätigkeit (Bundesministerien Wirtschaft, Verkehr, Post und Forschung und Technologie) *in Hamm Bockum Hövel, Gaststätte „Jägerhof", Basenerstr., 20.00 Uhr statt.*
(Donnerstag, 7.3.1979, Hamm Gaststätte „Hansa Hof", Roonstr./Ecke Alleestr.)

(Donnerstag, 7.3.1979, Hamm Gaststätte „Hansa Hof", Roonstr./Ecke Alleestr.)

Sonntag, 11.3.1979. Der deutsche Imperialismus greift nach der Weltherrschaft. Der Erste Weltkrieg kündigt sich an und der Verrat der Sozialdemokratie zeichnet sich ab. *Schwerte, Ort wird noch bekannt gegeben, 10.00 Uhr.*

13.3. - 16.3.1979 finden die Veranstaltungen zur Bilanz sozialdemokratischer Regierungstätigkeit (Bundesministerium Wirtschaft, Verkehr, Post und Forschung und Technologie) statt *in Hagen, Gaststätte „Im Fäßchen", Langestr., 20.00 Uhr. - (Donnerstag, 15.3.1979. Hagen, „Zum Stahlwerk", Wehringhausenerstr.)*

13.3. - 16.3.1979. Mao Ze Dong, Fünf philosophische Monographien: Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk, Rede auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit, Woher kommen die Richtigen Ideen der Menschen? *Dortmund, 19.00 bis 22.00 Uhr, Treffpunkt 18.45 Uhr Bezirksbüro des KBW.*

Samstag, 17.3.1979. Revolution von 1918 und Rätebewegung. Die Arbeiterbewegung zerschlägt den Kapp-Putsch, um dann von der Reaktion entwaffnet und blutig verfolgt zu werden. *Es spricht: Hans Gabriel, Mitglied der Bezirksleitung Dortmund/-Westliches Westfalen des KBW. Dortmund, Gaststätte „Hansa", Burgholzstr. 160.*

Dienstag, 20.3.1979. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Das Arbeitsministerium organisiert die industrielle Reservearmee und bringt sie zum Einsatz. Wer noch schwitzen kann, soll auf den Arbeitsmarkt drücken, wer völlig ausgelaugt ist, soll ins Grab. Arbeitshetze und Rentenreform. Das läßt den Mehrwert anschwellen und bringt Geld. *Dortmund, Gaststätte „Hohenzollern", Neuer Graben/Ecke Liebigstr., 20.00 Uhr.*

„Im März kommt die Stellenplankommission"

b.hel. Für März hat Stadtdirektor Dunker eine Kommission angekündigt, die nach Schnüffelei durch sämtliche Ämter und Dienststellen der Stadtverwaltung Unna einen neuen Stellenplan ausarbeiten soll. Der Stellenplan soll der tatsächlichen Besetzung angeglichen werden. Dunker hat sich allerhand vorgenommen, denn allein bei den Beamten sind von 92 Planstellen 19 nicht besetzt. Die Verwaltung soll bis zu den Kommunalwahlen im Herbst „ausgetrocknet" werden, hat die SPD-Spitze verbreiten lassen, um „der CDU keinen intakten Apparat in die Hände fallen zu lassen". Angeblich fürchten sie ernsthaft, die Wahl zu verlieren und verbreiten, die Angestellten suchten sich bereits anderweitig neue Arbeitsplätze -ein bißchen zu lächerlich das ganze - schauen wir, wie der SPD-Dienstherr derweil den Apparat auszurichten versucht. Zur Rechtfertigung der Nichtbesetzung der Planstellen führt der Dienstherr die, über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen rekrutierten Arbeiter und Angestellten an, die in der Übersicht über die Stellenplanbesetzung nicht aufgeführt sind. Über ABM betreibt der Dienstherr in der Hauptsache das Programm der Dienstrechtsreform, Lohnsenkung, Rationalisierung und politische Entrechtung, was Stadtdirektor Dunker bereits überregionale Anerkennung für seinen „Erfindungsreichtum" eingebracht hat. Ungefähr 60 Arbeiter und Angestellte sind inzwischen ständig „beschäftigt", was mit einem Anteil von 11% an der Gesamtzahl von 551 vergleichsweise sehr hoch ist. In den Grenzen des Manteltarifs kann der Dienstherr nach Belieben entscheiden, wieviel er im Einzelfall aus der Versicherungskasse plündern will. In der Regel wird eine Gruppe tiefer eingestuft als bei gewöhnlicher Einstellung für dieselbe Tätigkeit. Für Sozialarbeiter, die in größerer Zahl zum Ausbau des Bespitzelungsapparates beschafft werden, beträgt die Differenz zwischen BAT 5b und 4b 181 DM. Bei politischer Unterwerfung besteht allerdings dann die Möglichkeit zum „Bewährungsaufstieg".

Gleichzeitig wird der Dienstherr immer kühner mit seinen Beschaffungsmaßnahmen. Ein gekündigter Sozialarbeiter war kürzlich keine sechs Wochen arbeitslos, als er, über ABM, in derselben Dienststelle wieder eingestellt wurde. Vor allem durch Neueinstellungen ist es dem Dienstherrn nach den uns vorliegenden Zahlen gelungen, den Stellenplan umzuwälzen und vorwiegend die unteren Angestelltentarifgruppen aufzufüllen: den Mittleren Dienst um 99 Stellen, das heißt über 77%, den Einfachen Dienst um 4 und zwar von 1 auf 5. Allein die BAT-Gruppen 7 und 8 machen 45% der Angestellten und über 17% der Gesamtbelegschaft aus. Allein der Anteil der untersten Arbeiterlohngruppe beträgt 21% der Gesamtbelegschaft, der Anteil der teilzeitbeschäftigten Arbeiter, die Masse der Putzfrauen, 20%.

Auf dem Hintergrund der Tarifabschlüsse in der Stahl- und Metallindustrie ist die Bourgeoisie in diesem Jahr für den öffentlichen Dienst auf einen Tarifabschluß von höchstens um die 4% aus, Spaltung und drastische Lohnsenkung für die unteren und mittleren Lohngruppen soll dabei herauskommen. Ein Angestellter in der größten Gruppe (62) BAT 7, in Gehaltsgruppe 2, verheiratet ohne Kind mit einem Gehalt von 1884 DM erhielte 75,40 DM mehr, einer in BAT 9a (4) 27jährig mit zwei Kindern 73,80 DM, ein Arbeiter in Lohngruppe 5 (26), Altersstufe 5 mit 2 Kindern 80,20 DM. Eine Putzfrau mit durchschnittlich 43,25 Monatsstunden (2 Stunden/Tag) in Stufe 4 bekäme knapp 15 DM heraus.

Gerüchteweise sind für diesen Bereich weitergehende Privatisierungspläne bekannt geworden. Durch einen niedrigen Prozentabschluß auf den niedrigen Stundenlohn von 8,66 DM würden die Putzfrauen weiter in Richtung auf die Stundenlöhne der Sklaventreiberfirmen gedrückt, die zwischen 6,70 DM und 7,50 DM liegen, womit die Bedingungen für die Privatisierung geschaffen werden sollen.

Ein Mindestbetrag von 100 DM wirkt den Absichten des Dienstherrn auf Abspaltung der unteren Lohngruppen entgegen und schafft breite Einheit bis zu einem Gehalt von 2500 DM, bis zu dem durch den Mindestbetrag mehr herauskommen als durch einen 4%-Abschluß. Dieser Bereich bis 2500 DM umfaßt sämtliche Arbeiterlohngruppen, die große Gruppe der Angestellten bis BAT 4b 5/2 und die Masse der Beamten bis A11 4/3. Allein ausgeschlossen davon sind etwa die Hälfte der Angestellten in BAT 4b, die Amtsleiter in BAT 3,4 noch höher eingestufte Angestellte, etwa 25 Beamte und der oberste Dienstherr mit seinem unmittelbaren Anhang in A16 und B 2. Die Masse der Beschäftigten, die vom Mindestbetrag profitiert, umfasst in der Stadtverwaltung Unna ca. 88%.

Hella: Weitere Verschärfung der Akkordzeiten geplant

b.Hamm. Bei Hella ist eine Kommission von „Gutachtern" an der Lötstraße gewesen und hat die einzelnen Arbeitsgänge genau überprüft. Dabei ist bekannt geworden, daß neue Maschinen eingeführt werden sollen, die bis zu drei Widerstände und das Gizeb schon in die Platinen stecken, die jetzt mit der Hand gesteckt werden müssen. Arbeiterinnen haben dazu gesagt, daß sie nichts gegen die Maschinen hätten, wenn bei den Gebern die Vorgabezeiten die gleichen bleiben. Die Vorgabezeiten für den Akkord zu senken, ist jedoch gerade der Zweck dieser Maßnahme der Hella-Kapitalisten, um die Arbeit an der Lötstraße weiter zu intensivieren, so daß sie Höchstprofit aus den Arbeitern herausschinden können.

Beschäftigte des Johannes-Hospitals gegen Mehrarbeit

b.Dortmund. Auf der Betriebsversammlung am 18.2. forderten die Beschäftigten des St.-Johannes-Hospitals die Wiedereinführung des Hausfrauentages. Dieser war klammheimlich abgeschafft worden. Gleichzeitig lehnten sie die Einführung eines 4-Schichtendienstes mit großer Mehrheit ab. Zu dem 4-Schichtendienst hat sich die Dienstleitung noch nicht geäußert; die Wiedereinführung des Hausfrauentages hat sie den Beschäftigten jetzt zugestehen müssen.

„Patientenmangel" beim Werksarztzentrum soll behoben werden

b.Hamm. Die Vorsorgeuntersuchungen hätten es nicht gebracht, die Arbeiter in das Werksarztzentrum Bockum-Hövel zu zwingen, beklagen die 26 Kapitalisten aus Hamm und Umgebung den Tatbestand, daßsie im Laufe der 4 Jahre, seit dem sie diese Anstalt unterhalten nur ganze 6000 Untersuchungen haben durchführen können. Die Tätigkeit des Werksarztzentrums besteht darin, den Kapitalisten die Auslese noch verschlossener oder bald verschlissener Arbeitskraft zu erleichtern. Ganz im Sinne Ehrenbergs beschränkt sich die ärztliche „Betreuung" dann auch auf die Untersuchung auf Tauglichkeit für die Profitproduktion; Rezepte und Krankenscheine auszuschreiben ist vertraglich verboten. Da „dieser von den Arbeitgebern getragenen Institution immer noch mit Mißtrauen begegnet wird" (WAZ) wird über weitere Zwangsmaßnahmen beraten.

Institution immer noch mit Mißtrauen begegnet wird" (WAZ) wird über weitere Zwangsmaßnahmen beraten.

Streik bei Elektro-Muchna

Warstein. Montag und Dienstag letzter Woche streikten die 20 Arbeiter der Elektro-Fabrik Muchna gegen die Versuche des Kapitalisten Rudolf Muchna, über die Auszahlung des 4,3%-Tarifabschlusses die Entlassung von 4 Arbeitern zu erzwingen. Außerdem forderten die Arbeiter, daß niemand nach der Erhöhung derabgestuft werde. Mittwoch Nacht mußte Muchna ein erstes Zugeständnis machen, die 4,3% auszuzahlen, und keine Herabstufung in diesem Jahr vorzunehmen.

Großangelegter Einsatz gegen ganzen Stadtteil

Lünen. Etliche tausend Liter aus einem in der Nähe von Lünen verunglückten Tanklastwagen auslaufendes Benzol war dem Staatsapparat sogleich willkommener Anlaß, umfassende als Katastrophenalarm getarnte Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Volksmassen einzuleiten. Im Stadtteil Lünen-Brambauer sollte sofort jegliches Rauchen eingestellt, die Fenster geschlossen, Strom abgeschaltet, das Haus nicht verlassen werden. Polizei im Stadtteil sollte dafür sorgen.

Weg mit den 90a-Prozessen!

Dortmund/Unna. In 2 Prozessen wegen Verunglimpfung des Staates wurden am 15.2. und 19.2. die Urteile gesprochen. Im 1. Prozeß wurde der presserechtlich Verantwortliche eines Flugblatts gegen die Propagandaschau des 7. Instandsetzungsbataillon 1976 in Unna zu 65 Tagessätzen verurteilt. Die Staatsmacht sah sich genötigt, das Urteil mit einem großen Polizeiaufgebot abzusichern. Im 2. Prozeß mußten 3 der 5 Angeklagten aufgrund des politischen Drucks freigesprochen werden. Richter Vittinghoff griff zur Spaltung: die anderen wurden zu 110 und 100 Tagessätzen verurteilt. Gegen die Urteile wurde Revision eingelegt.

Lohnstrukturierung – neue Pläne der Hoeschkapitalisten zur Spaltung und Lohndrückerei

b.hag. Zu Anfang des Jahres ist bei der Hoesch-Hüttenwerke AG eine sogenannte Lohnstrukturregulierung in Kraft getreten. Sie hat zur Folge, daß bei unverändertem Druck auf die untersten Lohngruppen die Schere zwischen den niedrigen Lohngruppen und den höher bezahlten Lohngruppen noch zusätzlich zur alljährlichen Wirkung der bisherigen Prozentabschlüüse geöffnet wird. An den niedrigsten Löhnen hat sich dabei nichts geändert, während die höheren angehoben worden sind, und zwar progressiv.

Durchgeführt wurde diese Maßnahme durch eine entsprechende Veränderung der Punktewerte. Der Arbeitslohn bei Hoesch besteht aus einem Festanteil von 8,21 DM und einem Anteil, der aus der Bewertung des Arbeitsplatzes hervorgeht. Bisher war es so, daß die Anzahl der Punkte, die man auf einen Arbeitsplatz bekam mit dem einheitlichen Punktewert malgenommen wurde. Jetzt gibt es keinen einheitlichen Punktewert mehr, sondern der Punktewert ist, unterteilt nach Gruppen von Punktwerten prozentual unterschiedlich erhöht worden.

Auf Grundlage dieser neuen Punktebewertung in den verschiedenen Lohnklassen ergeben sich dann die Leistungsfestlöhne als Festanteil zuzüglich des Punktwerts multipliziert mit der Anzahl der Punkte, mit denen ein Arbeitsplatz bewertet ist.

In der Tabelle ist die entsprechende Lohntafel aufgestellt, angegeben sind sowohl der Leistungsfestlohn als auch der Monatslohn vor und nach der Strukturregulierung.

Nicht zufällig werden die Hoesch-Kapitalisten den Zeitpunkt des Abschlusses dieser „Regulierung" so gewählt haben, daß er sich mit den sichtbaren Ergebnissen des neuen Lohntarifabschlusses auf den Lohnzetteln überlagert. Ab 16 Punkten, unter denen kein Produktionsarbeiter liegt, gibt es erstmal eine, wenn auch geringfügige Bruttosteigerung, die die Wirkung des 4%-Lohnraubabschlusses, die sich in ihrer ganzen Tragweite allemal erst über mehrere Monate entfaltet, noch abmildern. Aber die Spanne zwischen den Zeiträumen in denen einerseits bei einer niedrigen, andererseits bei einer höheren Lohngruppe die Milderung spürbar ist, hat sich vergrößert, eine Tatsache, die die Kapitalisten dazu anstacheln wird, auf ihrer Grundlage neue Spaltungslinien unter den Arbeitern zu ziehen.

Bei allen Gefahren und aller Spaltung, die diese Neuregulierung in sich trägt, muß man sich über eins klar sein: freiwillig werden sie nicht mal zu diesen Verhandlungen gekommen sein, grundlegend war auch hier der Druck der Stahlarbeiter der ganzen Branche, und des erkämpften Lohns, der z.B. die Facharbeiterlöhne bei Hoesch als relativ niedrig innerhalb der Branche erscheinen ließ.

Einige Gewerkschaftssozialdemokraten haben das sogleich zum Anlaß genommen, nicht die Kampfstärke der Stahlarbeiter zu würdigen, sondern „einfache", aber um so trügerischere Schlüsse in die Welt zu setzen. Nämlich, daß es nötig sei, die Lohnlinie wieder steiler zu gestalten, die allzusehr abgeflacht sei. So der Betriebsratsvorsitzende von Phoenix, Rösen auf Belegschaftsversammlungen letzten Jahres. Womit er genau das meinte, was jetzt herausgekommen ist, und den Hoesch-Kapitalisten einigen Raum bringt, die bereits vollzogene Lohndrückerei zu verdecken und sich Mittel für weitere Angriffe auf den Lohn zu schaffen.

Fiebrig sind die Hoesch-Kapitalisten bereits darauf. Letzte Woche schrieb Heinz Solbach, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG unter dem hoffnungsvollen Titel „Himmel über Dortmund ist wieder blau" in der Tagespresse: „Mit der Humanisierung der Arbeitsplätze...ging naturgemäß auch eine Verringerung der Zahl der Beschäftigten im Montanbereich einher." Ist diese Sorte „Humanisierung" offensichtlich nur ein etwas feineres Wort für Rationalisierung, so hat sie auch noch ein anderes Ergebnis, nicht weniger genüßlich für einen Heinz Solbach. Jede „Humanisierung" wirkt in der Regel in der Punktebewertung des Arbeitsplatzes bei Hoesch als Erleichterung, also weniger Punkte, und niedrigere Lohngruppe. Man kann es nachzählen: In letzter Zeit ist „Humanisierung" bei den Geschäftsführern der Hoesch-Kapitalisten hoch im Kurs.

Bereich	Punkte	Leistungsfestlohn (alt)	Leistungsfestlohn (neu)	Differenz	Monatslohn (alt)	Monatslohn (neu)
I	8	9,26	9,26	0	1611,24	1611,24
	10	9,52	9,52	0	1656,48	1656,48
	12,5	9,85	9,85	0	1713,90	1713,90
	15	10,17	10,17	0	1769,58	176958
II	16	10,30	10,36	6	1792,20	1802,64
	17	10,43	10,49	6	1814,82	1825,26
	18	10,56	10,62	6	1837,44	1847,88
III	19	10,70	10,77	7	1858,32	1873,98
	20	10,83	10,90	7	1884,42	1896,60
	21	10,96	11,04	8	1929,66	1943,58
	22	11,09	11,17	8	1929,66	1943,58
IV	23	11,22	11,32	10	1952,28	1969,68
	24	11,35	11,46	11	1974,90	1994,04
	25	11,48	11,60	12	1997,52	2018,40
	26	11,61	11,73	12	2020,14	2041,02
V	27	11,74	11,88	14	2042,76	2067,12
	28	11,87	12,02	15	2065,38	2091,48
	29	12,00	12,15	15	2088,00	2114,10
VI	30	12,13	12,31	18	2110,62	2141,10
	31	12,26	12,45	19	2133,24	2166,30
	32	12,40	12,58	18	2157,60	2188,92
	33	12,53	12,72	19	2180,22	2213,28
	34	12,66	12,86	20	2202,84	2237,64
	35	12,79	12,99	20	2225,46	2260,26
	36	12,92	13,13	21	2248,08	2284,62
	37	13,05	13,27	22	2270,70	2308,98
	38	13,18	13,40	22	2293,32	2331,60
	41	13,57	13,81	24	2361,18	2402,94
	43	13,83	14,09	26	2406,42	2451,66
	47	14,36	14,63	27	2498,64	2545,62

1.Mai

Untersucht man die Forderungen, die die Arbeiterbewegung zum 1. Mai in den Städten des Bezirks beschlossen und als Forderungen auf den 1. Mai-Demonstrationen getragen haben, erkennt man, daß entscheidende Fragen, um den Kapitalisten in ihrem Streben nach Höchstprofit Schranken zu setzen, von den Belegschaften aufgeworfen worden sind:

1977:

Städtische Kliniken, Dortmund: Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Öffentlichen Dienst! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen! 7-Stunden-Tag – 35-Stundenwoche, bei vollem Lohnausgleich!

Klöckner, Hagen: Keine Entlassungen! Völler Lohn bei Kurzarbeit! 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich!

1978:

Universität, Dortmund: Keine Verlängerung des Arbeitstages über 8 Stunden hinaus! Abschaffung der Nacht- und Schichtarbeit!

Städtische Kliniken, Dortmund: Keine Rationalisierungen! Besetzung aller Planstellen!

Große und hartnäckige Kämpfe hat die Arbeiterklasse, zuletzt mit dem Streik der Stahlarbeiter, geführt, um die politischen Forderungen nach Beschränkung des Arbeitstages in alle Richtungen durchzusetzen. Diese in eine in eine Plattform zum 1. Mai zu fassen, um sie als ganze Klasse gegenüber der Kapitalistenklasse und ihrem Staatsapparat zu erheben, ist aktuell die Aufgabe der Vorbereitung des 1. Mai 1979.

Westfälische Kostendämpfung nach landschaftlicher Besonderheit

erseits bei einer niedrigen, andererseits sten hoch im Kurs.

Westfälische Kostendämpfung nach landschaftlicher Besonderheit

Unter der Überschrift: „Neues Diabetiker-Internat entsteht am Danziger Weg! – Zehn Millionen Neubau soll Raumproblem lösen", schreiben die Lüdenscheider Nachrichten: „Unterstützt werden die Bemühungen der gemeinnützigen GmbH – Träger und Betreiber des Internats – durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe." Eine der Aufgaben des Landschaftsverbandes ist die Polizeispitzeltätigkeit des Landesjugendamtes. Dem LJA ist die Ausführung der Zwangskasernierung von Kindern und Jugendlichen nach der gesetzlichen Grundlage der „Fürsorge"erziehung und der „Freiwilligen Erziehungshilfe" – freiwillig heißt, daß die Eltern mit der Drohung der Fürsorgeerziehung gezwungen werden, die Kasernierung ihrer Kinder zu „beantragen" – und die oberste „Heimaufsicht" übertragen. Vor ca. 2 Monaten „heimbeaufsichtigte" das LJA im Diabetikerinternat herum, wahrscheinlich benachrichtigt von Eltern der Jugendlichen oder früheren Mitarbeitern des Internats, die im Glauben waren, auf diesem Weg etwas an den Verhältnissen im Internat ändern zu können.

Sämtliche Beschäftigten wurden durch das Haus gejagt, um, so gut es ging, noch aufzuräumen und sauber zu machen. Das war es, worauf die Heimaufsicht Wert legte: Ordnung und Sauberkeit. Die saumäßige Versorgung der Jugendlichen, angefangen bei dem schlechten, billigen Essen, über die miserable gesundheitliche Versorgung bis zur ständigen Personaleinsparung – die Jugendlichen wurden für nicht vorhandenes Personal eingesetzt, die wenigen Erzieher hatten keine Zeit, bei Schularbeiten zu helfen, geschweige denn, etwas mit den Jugendlichen zu unternehmen, usw. – kümmerte sich die Heimaufsicht, wie kaum anders zu erwarten, nicht. Im Gegenteil, wesentlich war für sie, daß der Laden billig läuft. So hatte denn auch alleiniger Geschäftsführer und Gesellschafter Höpker mit seinem Kettenhund Großeholz – sozialer und pädagogischer Heimleiter – die Bewährung bezüglich „sparsamer" und insbesondere kostendämpfender Heimführung bestanden. Als Beweis mußte er eine bestimmte Summe für den Bau des neuen Internats selbst aufbringen, sonst hätte es keine Genehmigung gegeben. Nicht schlecht hat er „gespart". Nicht nur, daß er laut Jahresbericht 78 den täglichen „Verpflegungsaufwand" auf 8,02 DM gesenkt hat, sondern er rühmt sich auch in dieser Schrift, daß „infolge der Stellenvakanz zu Beginn des Jahres auch in diesem Jahr wieder mit einem Überschuß abgeschlossen werden konnte: er betrug für 1978 rd. 30 Tsd. DM." So entspricht es mit Sicherheit dem Zweck und dem Prinzip des Landschaftsverbandes: auf dem Rücken der zu Betreuenden, zu Pflegenden und Kranken auf der einen und der Beschäftigten auf der anderen Seite die eigenen Kosten dämpfen.

Die Bourgeoisie hat sich die beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe geschaffen aufgrund einer neuen Landschaftsverbandsordnung, die eine ausgefeilte Unterdrückung und Bespitzelung der Volksmassen Nordrhein-Westfalens gewährleistet. Abgelöst wurden damit die alten Provinzialverbände, die nach dem 2. Weltkrieg dem Profit- und Expansionsstreben der westfälischen Bourgeoisie nicht mehr genügten. Schon lächerlich wirken die Kommentare zur Gründung und zum Bestehen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Ex-Ministerpräsident Dr. Amelunxen schrieb 1946 in seinem Aufruf ‚Aufruf an alle Westfalen': „Die Provinz Westfalen ist in unserem neuen Lande Nordrhein-Westfalen aufgegangen. Das ist für viele von uns bitter. Aber die größeren und gemeinsamen Interessen unseres Volkes zwingen uns, mit den gegebenen Verhältnissen uns abzufinden. Es wird alles geschehen, der Tradition und Kultur des Westfalenlandes Rechnung zu tragen und die berechtigten Ansprüche und Wünsche der westfälischen Bevölkerung in der neuen Landesorganisation zur Erfüllung zu bringen." Scheinbar regionalchauvinistisches Bewußtsein *der Westfalen* herausputzend, versucht die Bourgeoisie, die Volksmassen für die Ideologie von der scheinbaren Selbstverwaltung der Westfalen zu gewinnen. In der berechtigten Befürchtung, daß ihnen die Westfalen nicht auf den Leim gehen, lassen sie haarsträubende Sermone über die Landschaftsverbundenheit der Westfalen los. So ist laut „Rheinisch Westfälisches Lesebuch" „eine Dezentralisation der Verwaltung ebenso nötig wie eine Berücksichtigung der landschaftlichen Eigenarten in den beiden durchaus unterschiedlichen Landesteilen." Und Landesdirektor Walter Hoffmann: „Sie – die Landschaftsverbandsordnung – wies der landschaftlichen Selbstverwaltung innerhalb der Verwaltungsorganisation des Landes Nordrhein-Westfalen einen klar umrissenen Funktionsbereich zu, in dem kontinuierlich die westfälische Selbstverwaltung fortgeführt werden konnte." Heinrich Lübke, der 1965 zur Feier des 150jährigen Bestehens des Verwaltungsraumes Westfalen ein Grußwort entsandte, vergatterte darin den Landschaftsverband darauf, Teile der Volksmassen in Westfalen für das Expansionsstreben des westdeutschen Finanzkapitals zu gewinnen. „Dieser Tag sollte uns noch mehr veranlassen, unserer unlösbaren Verbundenheit mit dem ganzen Deutschland Ausdruck zu verleihen. Erst in einem wiedervereinigten, freien und unabhängigen Deutschland werden die Menschen Westfalens in dem Bewußtsein leben können, das Erbe der Väter erfüllt und bewahrt zu haben."

Mit diesen schleimigen, chauvinistischen Phrasen versucht die Bourgeoisie ihre wirklichen Absichten zu vertuschen, nämlich durch die Arbeit des Landschaftsverbandes möglichst günstige Bedingungen für die Profitproduktion der Kapitalisten zu schaffen. Nicht direkt berechtigt Steuern einzunehmen, erhalten sie Steuergelder von der Landesregierung, aufgeteilt in sog. Schlüsselzuweisungen, die zweckgebunden sind, und in „Landschaftsumlagen", die ein prozentualer Satz des Landeshaushalts sind. Bis 1974 lag die Hauptarbeit des Landschaftsverbandes auf dem Straßenbau, notwendig für die Kapitalisten für den schnelleren und billigeren Transport ihrer Produktion. Seit 1976 überwiegt jedoch deutlich der Bereich Soziales und Gesundheit. In dem Buch „Daten, Fakten, Trends – 25 Jahre Landschaftsverband Westfalen-Lippe" dokumentiert der Landschaftsverband seine außerordentlichen Leistungen auf dem Gebiet der Profitproduktion. Besonders tut er sich hervor auf dem Gebiet der Rehabilitation brachliegender Arbeitskraft.

Jahr	Gesamtentsendung	Kinder und Jugendliche	Mütter	Alte Menschen
1953	34713	28946	5767	–
1960	27807	20640	7167	–
1965	38026	24646	9230	4150
1970	29816	18285	8130	3401
1971	28946	17323	8272	3351
1972	28210	16312	8387	3511
1973	27494	15424	8574	3496
1974	27208	15069	8478	3661
1975	28235	15374	8525	4336
1976	22531	13463	6513	2555
1977	22306	12873	5782	3651

„.... Die rückläufigen Entsendungen in den 70er Jahren sind auf den Geburtenrückgang und die Finanzlage der Entsendestellen zurückzuführen."

Erhebliche Mittel werden aufgebracht, um Kranke und Behinderte in den Produktionsprozeß zu zwingen, dagegen werden die Krankenhausaufenthalte immer mehr gesenkt und durch verschiedene Pflegedienste ersetzt. So stiegen die Hilfefälle bei der sog. Eingliederungshilfe von 7882 im Jahr 1963 auf 18535 im Jahr 1976. Dagegen wurde in der Krankenhilfe die Zahl von 8185 (1963) gesenkt auf 774 (1976). Gleichzeitig stiegen die Pflegefälle von 14460 (1963) auf 23575 (1976). Schaffung billigster Arbeitskräfte und Ausdehnung der industriellen Reservearmee durch Einschleusen von Kranken und Behinderten in den Produktionsprozeß auf der einen Seite – auf der anderen Seite massive Kostendämpfung durch Herabsetzung der Krankenhausaufenthalte und deren Ersetzung durch wesentlich billigere Pflegedienste, so läuft „Gesundheit und Soziales" in den Augen der Bourgeoisie höchst ökonomisch.

Die Befreiungskämpfe der Völker finden unter den Schülern große Unterstützung

b.utt. Unter den Schülern wird die aktuelle Lage in der Welt sehr interessiert diskutiert. So wurde in den Pausen am Helmholtz-Gymnasium in Dortmund darüber gesprochen, was die Bourgeoisie in ihrer Presse für Lügen über den Islam verbreitet. Uneinigkeit hat es gegeben über die zukünftige wirtschaftliche Situation im Iran. Ein Schüler meinte dazu, daß es doch ausgezeichnet ist, wenn das iranische Volk seine Versorgung gestützt auf die eigenen Kräfte in die Hand nimmt. In dem Zusammenhang wurde auch über die weitere Entwicklung des Kampfes gesprochen. Die meisten Schüler haben den Befreiungskampf des persischen Volkes begrüßt.

Die sowjetisch-vietnamesische Aggression gegen Kampuchea wird von den Schülern als solche erkannt und verurteilt. Andererseits äußerten einige Schüler Bedenken gegen das demokratische Kampuchea, aufgrund der „gewaltsamen Entvölkerung der Städte". Ein totalitäres System sei nur durch ein anderes ersetzt worden, hieß es. Nachdem aber einige dieser Schüler die Kampuchea-Broschüre des KBW gelesen hatten, waren sie der Auffassung, daß die Entvölkerung der Städte, hauptsächlich Pnom Penhs, eine zur Versorgung der Bevölkerung notwendige Maßnahme war, und daß die bürgerliche Presse durch abgefeimte Lügen gegen das demokratische Kampuchea hetzt.

Der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe als Schlag gegen den Weltimperialismus, besonders aber als Schlag gegen den US-Imperialismus wird von den Schülern schon länger befürwortet. Nach einer Diskussion in der Pause über die aktuelle Lage des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe, in welcher die Ammenmärchen der Bourgeoisie über die „grauenvollen" Flugzeugabschüsse von „schwarzen Terroristen" als Lüge entlarvt wurden, spendeten einige Schüler für die Druckausrüstung der ZANU und erklärten sich mit der Forderung des KBW nach sofortiger Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung solidarisch.

Daß die Lage in Zimbabwe z.B. auch unter den jüngeren Schülern eifrig diskutiert wird, zeigt das Beispiel einer Schülerin der Geschwister-Scholl-Hauptschule in Bockum-Hövel, wo der Lehrer sich im Religionsunterricht strikt gegen den Befreiungskampf wandte und nachdem die Schüler auch in den Pausen noch über den Befreiungskampf gesprochen hatten, sie zu dem Schluß kamen, daß der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe richtig ist und daß man ihn unterstützen sollte. Einige Schüler haben auch am Plakatemalen zum Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe teilgenommen, die jetzt im Jugendzentrum ausgehängt werden sollen.

Lehrpläne – ausgerichtet auf die Expansionsabsichten der BRD-Imperialisten

„Sie (die Geografie) soll ihn (den Schüler) in die Lage versetzen, bestehende soziale und wirtschaftliche Disparitäten auf der Erde zu erkennen und ihre Lösung als gesellschaftliche Aufgabe aufzufassen." (Richtlinien und Lehrpläne für die Hauptschulen in NRW, Düsseld. 73). Was der Kultusminister meint, wenn er „Lösung von Disparitäten" sagt, wird deutlich in

schrieben als „Versuch der globalen Integration". Auf dem Wege der wirtschaftlichen Integration, sprich Kapitalexport, gedachten die westlichen Imperialisten, die Länder der Dritten Welt durch Verschuldung an sich zu fesseln. Gelungen ist ihnen das nicht: Die Befreiungsbewegungen haben einen beständigen Aufschwung genommen, immer mehr Völker haben sich

Lehrpläne – ausgerichtet auf die Expansionsabsichten der BRD-Imperialisten

„Sie (die Geografie) soll ihn (den Schüler) in die Lage versetzen, bestehende soziale und wirtschaftliche Disparitäten auf der Erde zu erkennen und ihre Lösung als gesellschaftliche Aufgabe aufzufassen." (Richtlinien und Lehrpläne für die Hauptschulen in NRW, Düsseld. 73). Was der Kultusminister meint, wenn er „Lösung von Disparitäten" sagt, wird deutlich in den Ausführungen zum Bereich Dritte Welt in den Lehrplänen der Fächer Geographie und Geschichte, auf die wir uns beziehen. Während die Schüler des 8.Schuljahres im Geschichtsunterricht die „Segnungen" des Kolonialismus kennenlernen, ist in Geschichte das Thema „soziale und wirtschaftliche Disparitäten" dran. Auf welche Art und Weise der Lehrer Chauvinismus in die Schülerköpfe pauken soll, macht seine Freiheit in der Stoffauswahl aus. Festgeschrieben ist aber in jedem Fall, was für die Bourgeoisie dabei herauskommen soll: die Schüler sollen lernen, „daß zurückgebliebene Entwicklung in unzureichender Sozialstruktur sowie in oft unvollkommen bewältigten naturräumlichen Voraussetzungen begründet ist." Als Beispiel für solche Unverschämtheiten sollen die indischen Volksmassen herhalten. Die Folgen jahrhundertelanger Kolonialistenpolitik sollen der Jugend untergejubelt werden als Resultat religiöser Verstocktheit und genereller Unfähigkeit zur Entwicklung der Produktion.

Grundlagen für „soziale und wirtschaftliche Disparitäten" sind laut Lehrplan auch die klimatischen Verhältnisse und Rohstoffvorkommen. Im 5.Schuljahr, Geographie, sollen die Schüler „Beispiele besonders einseitiger Ausstattung der Umwelt daraufhin untersuchen, wie sich die Daseinsfunktionen unter veränderten Bedingungen darstellen, welcher Art die Beschränkungen sind, mit denen sich die dort lebenden Gruppen auseinandersetzen müssen, und welche Verhaltensweisen entwickelt werden, um die Schwierigkeiten zu überwinden." Ergebnis dieser „Untersuchung" steht schon parat: „Die Notwendigkeit zu gemeinsamer Bewältigung naturgegebener Behinderungen daraus ableiten."

Wie die Imperialisten die „Verhaltensweisen" entwickelt haben, zeigt unter anderem der Bau des Cabora-Bassa-Staudamms in Mozambique. Von Anfang an war nicht die Verteilung der Wasservorräte das Ziel, sondern Energieerzeugung für die Bergwerke Südafrikas. Die gleichzeitige Ruinierung der Landwirtschaft bedeutete für die Imperialisten Freisetzung von Arbeitskräften für den eigenen Kapitalexport.

Im Lehrplan für Geschichte/Politik von 1973 (gültiger Lehrplan) wird der Zeitabschnitt vom Ende des zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart überschrieben als „Versuch der globalen Integration". Auf dem Wege der wirtschaftlichen Integration, sprich Kapitalexport, gedachten die westlichen Imperialisten, die Länder der Dritten Welt durch Verschuldung an sich zu fesseln. Gelungen ist ihnen das nicht: Die Befreiungsbewegungen haben einen beständigen Aufschwung genommen, immer mehr Völker haben sich vom Imperialismus befreit. Damit war die Theorie von der „freiwilligen Integration" zur Farce geworden. Zur Durchsetzung ihrer Ziele brauchten die Imperialisten jetzt schärfere Waffen. Im Oktober 1974 wurde in Pretoria die „Entspannung" eingeleitet, um den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu zerschlagen. Kissinger reiste nach Afrika, um die Spaltungslinien zu erkunden.

Entsprechend werden in den imperialistischen Ländern neue ideologische Geschütze aufgefahren, um einen Spaltkeil zwischen die Befreiungskämpfer und die eigene Arbeiterklasse zu treiben. Gleich 1974 gibt Girgensohn neue Richtlininien für den Politikunterricht heraus. Ein wesentlicher neuer Inhalt besteht in „Aufdeckung von Vorurteilen" und der „Psychologie des Vorurteils" - unter dem Thema „Entwicklungshilfe" - Aufforderung zu unerwünschter Konkurrenz? -. Jahrhunderte haben die Imperialisten darauf verwendet, unter wüsten Verdrehungen zu verbreiten, die Völker der Dritten Welt seien von Natur aus nicht zu planmäßiger Entfaltung der Produktion in der Lage. Die Tatsachen der Gegenwart sind ein Schlag gegen die Kolonialistenlügen – das Volk von Zimbabwe hat in den befreiten Gebieten erfolgreich mit dem Aufbau einer eigenen Landwirtschaft begonnen; das kampucheanische Volk war trotz der Kriegsverwüstungen kurz nach der Befreiung in der Lage, seine Ernährung selbständig zu sichern.

Was veranlaßt also die Imperialisten, vom Abbau von Vorurteilen zu reden? Im Gegensatz zu früheren Behauptungen räumen sie heute ein, die Schwarzen seien ja doch nicht so unintelligent. Allerdings seien sie zivilisatorisch im Rückstand, und von sich aus könnten sie nichts aufholen. Deshalb müßte man ihnen mit der Technologie auf die Sprünge helfen - unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe".

Die gesamte Hetze in den Lehrplänen geht auf die ideologische Durchsetzung der Expansionsbestrebungen der westdeutschen Bourgeoisie. Ihre Interessen will sie den Schülern als eigene unterschieben. So soll bei den „eigenen Vorschlägen der Schüler zur Verbesserung der Lage" – laut Richtlinien – ganz oben stehen: „Verlagerung von Arbeitsplätzen in unterentwickelte Gebiete".

„Unser Weg durch die Geschichte"



b.cat. Seit ihrer Gründung ist die BRD imperialistische und aggressiv. Seit ihrer Gründung propagiert sie in den Schulbüchern ihre imperialistische Ideologie. Gegen den enormen Aufschwung des weltweiten Strebens nach nationaler Unabhängigkeit der Völker der 3. Welt: „Verselbständigte bzw. wieder frei gewordene asiatische und afrikanische Staaten", die Einkreisung der damals sozialistischen UDSSR - „ein Sicherheitsgürtel." (Geschichte für Jedermann, Westermann-Verlag, 1954)



Der Brückenkopf des westlichen Imperialismus, insbesondere der Supermacht USA gegen die arabischen und palästinensischen Völker: „Israel erkämpft sich die Selbständigkeit. Hissung der national-israelischen Flagge." (Europa weitet sich,. Schöningh-Verlag, 1952) „Seit dem Herbst 1966 verübten in zunehmendem Maß arabische Terroristen Anschläge auf israelisches Gebiet." (Zeiten und Menschen, Schöningh-Verlag, 1974)



sung der national-israelischen Flagge." (Europa weitet sich,. Schöningh-Verlag, 1952) „Seit dem Herbst 1966 verübten in zunehmendem Maß arabische Terroristen Anschläge auf israelisches Gebiet." (Zeiten und Menschen, Schöningh-Verlag, 1974)
Der Brückenkopf des westlichen Imperialismus, insbesondere der Super-



Die Expansionsgelüste des BRD-Imperialismus und die Gier nach billigster und willfähriger Arbeitskraft: „Diese Bilder zeigen...die Anleitung der Eingeborenen zur Arbeit für den Wiederaufbau der Wirtschaft..." (Unser Weg durch die Geschichte, Hirschgraben-Verlag, 1971/74)





Der nationale Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus: „Da der Vietkong von vornherein die militärische Hilfe des kommunistischen Nordvietnams erhielt, so weitete sich der Partisanenkrieg bald zum Krieg zwischen den USA und Südvietnam und den Vietkong und Nordvietnam andererseits aus" (Menschen und Zeiten a.a.O.)





Auskundschaften der besten Bedingungen für Kapitalexport und Ausbeutung des Bodens und der Volksmassen: „Globale und regionale, theoretische Betrachtung und Fallbeschreibungen...sollen es dem Schüler gestatten, die Gesamtproblematik der Unterentwicklung und der Entwicklungsaufgabe in ihrem allgemeinen Charakter zu begreifen... Alles in allem handelt es sich um ein Materialangebot, in dem Aufforderungscharakter liegt." (Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Westermann-lerlag, 1973)

Die Krankenpflegeschüler organisieren den Kampf gegen die Anrechnung auf den Stellenplan

b.uwk. Eine Anrechnung der Krankenpflegeschüler der Städtischen Kliniken Dortmund auf den Stellenplan 1:4 zum 1.1.79 konnte durch den Widerstand der Beschäftigten verhindert werden. Es wurden 2000 Unterschriften gesammelt und eine große Demonstration durchgeführt. Mitte Januar 79 hat der Stadtrat beschlossen, die Schüler anzurechnen und der Krankenhausausschuß drängt jetzt auf Durchsetzung. Die Schüler organisieren den Kampf weiter. In den einzelnen Kursen wird eine Vorabstimmung zum Streik von der Vertrauensleuteleitung durchgeführt. Wenn die ÖTV den Streik unterstützt, sind die Schüler bereit. Erste Ergebnisse für Streik liegen schon vor. In dieser Woche haben die Schüler in der Stadtmitte und am Bahnhof einen Informationsstand errichtet mit einem Flugblatt und einer Unterschriftensammlung. Auf einer Teilpersonalversammlung gab der Personalrat der Städtischen Kliniken bekannt, daß es unzulässig sei, Schüler alleinverantwortliche Dienste machen zu lassen. Das kommt allerdings alle Tage vor, daß Schüler allein auf der Station sind und Lücken im Stellenplan jetzt schon ausfüllen. Deshalb kommt zu der Forderung „Keine Anrechnung der Schüler auf den Stellenplan" die Forderung „Verbot alleinverantwortlicher Dienste für Schüler". Einen Tag nachdem die Aktivitäten der Schüler in der Presse bekannt wurden, gab der Dienstherr der ÖTV ein Interview: „Es gibt keinen kritischen Fall, in dem eine Schülerin allein gelassen wird." Mit dieser dreisten Lüge will der Dienstherr den Kampf kleinkriegen. Es wird ihm nicht gelingen, denn die Beschäftigten können viele Fälle enthüllen, wie durch das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz die alltäglichen Verbrechen Ehrenbergs ausgeführt werden. Es ist nützlich, daß der Kampf gegen die Anrechnung in die Zeit des Tarifkampfes fällt. Jede Planstellenstreichung wird Lücken in den Schichtplan reißen und den Druck zur Überstundenschinderei verstärken. Ein ausreichender Lohn kann den Druck verringern.

rin allein gelassen wird." Mit dieser dreisten Lüge will der Dienstherr den Kampf kleinkriegen. Es wird ihm nicht gelingen, denn die Beschäftigten können viele Fälle enthüllen, wie durch das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz die alltäglichen Verbrechen Ehrenbergs ausgeführt werden. Es ist nützlich, daß der Kampf gegen die Anrechnung in die Zeit des Tarifkampfes fällt. Jede Planstellenstreichung wird Lücken in den Schichtplan reißen und den Druck zur Überstundenschinderei verstärken. Ein ausreichender Lohn kann den Druck verringern.

IHK Dortmund auf Expansionskurs: „Jede vierte Umsatzmark wird im Ausland gemacht"

b.sag. Stolz läßt die Dortmunder Industrie- und Handelskammer am 14.2.79 in den „Ruhr-Nachrichten" vermelden, daß im Kammerbezirk (Dortmund, Hamm, Kreis Unna) „inzwischen jede vierte Umsatzmark im Ausland gemacht" wird. 1968 waren es ca. 1 Mrd. DM, 1978 3,6 Mrd. DM. Diese Steigerung in der Konkurrenzfähigkeit gegenüber den imperialistischen Konkurrenten auf den Warenmärkten können die westdeutschen Imperialisten nur durch eine Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter erreichen. Für den Bezirk der IHK Dortmund dazu ein Beispiel: Erreichten die Kapitalisten im Sept. 1977 durch die Ausbeutung von 154603 Beschäftigten einen Umsatz von 1,25 Mrd. DM, so erreichten sie im Sept. 1978 durch die Ausbeutung von 150314 Beschäftigten einen Umsatz von 1,42 Mrd. DM, d.h. aus 2,8% weniger Beschäftigten wurde 13,6% mehr an Umsatz rausgeholt.

Die Jagd des westdeutschen Kapitals nach Anlagemöglichkeiten und Einflußsphären liest sich anhand von einigen Meldungsüberschriften der IHK-Zeitschrift „Ruhr-Wirtschaft" von 1978 folgendermaßen: „Hoesch auf drei Ostmessen", Iran-Auftrag für Hoesch-Tecna", „Estel in Saudi-Arabien", „Uhde setzt auch Ammoniak-Anlage in Lybien in Betrieb", O&K: Export stärkte Umsatz". Verstärkte Ausplünderung der Rohstoffe und Ausbeutung der Arbeitskräfte der Länder der Dritten Welt mittels Waren- und Kapitalexport spricht aus diesen Überschriften. Die IHK versucht das u.a. durch entsprechende Veranstaltungen zu stützen. So heißt es in der „Ruhr-Wirtschaft" 2/78 in einem Artikel über ein Ibero-Amerika-Seminar: „Besonderes Interesse bestand an Informationen über den Warenaustausch mit Argentinien, Brasilien, Mexiko und Venezuela. Über diesen Markt, der nach wie vor als besonders zukunftsträchtig eingeschätzt wird, bestanden offenkundige Informationslücken. Aber auch über Exporte in andere Länder, z.B. Costa Rica, wurden rege Anbahnungsgespräche geführt."

Laut Vorschrift keine Hilfen geben...

Dienstag, 13.2., ca. 22 Uhr, blieben wir mit dem Wagen auf der Strecke Rendsburg-Eckernförde kurz hinter Rendsburg im Schnee stecken. Ein vorbeikommender Mercedesfahrer wollte helfen, den Wagen wieder aus dem Schnee rauszuholen, ein Räumfahrzeugkommando hinderte sowohl den Mercedesfahrer an der Hilfeleistung wie auch das Freischaufeln des festgefahrenen Autos. Die Fahrer des liegengebliebenen PKW mußten schließlich mit einem Polizeifahrzeug nach Rendsburg zurückkommen. Die Polizisten erzählten, daß sie laut Vorschrift keine Starthilfe geben oder beim Abschleppen helfen dürfen.

Donnerstag Mittag erkundigten wir uns bei der Polizei in Rendsburg nach dem Stand der Straßenräumung und ob es möglich sei, das Fahrzeug zu bergen. Der wachhabende Polizist erklärte, sie hätten auch keine direkte Verbindung zum Krisenstab, er könne für nichts garantieren und uns keinerlei Auskunft geben. Zu bemerken ist, daß der Krisenstab im gleichen Haus in der Moltkestraße liegt.

Zu Fuß bahnten wir uns einen Weg zu dem Wagen. Das linke vordere Ausstellfenster ist eingeschlagen worden, vermutlich von irgendwelchen Räumfahrzeugen, die das Auto auch weiter zur Seite geschoben haben. Das Auto ist von innen völlig mit Schnee verweht. Weiterhin sind auf der Strecke festgefahrene und eingeschneite Autos, die von Bundeswehrfahrzeugen beschädigt sind, unter anderem ein VW, wo die ganze Seite aufgerissen und eingedrückt ist. Polizei- und Bundeswehrfahrzeuge fahren auf den einspurig, stellenweise zweispurig geräumten Straßen in großer Zahl, leisten keine Hilfe und verweigern auch jegliche Auskunft. Sie kontrollieren und patroullieren die Straße, um zu verhindern, daß irgendjemand das Fahrverbot durchbricht. Ein Polizist kommt vorbei und fotografiert die eingeschneiten Autos. Wir fordern ihn auf, den Schaden am Auto zu fotografieren und eine Schadensersatzmeldung aufzunehmen. Er teilt uns mit, daß es darüber keine Schadensregelung gebe und der Halter den Schaden selbst zu tragen hätte. Eine Mannschaft des THW hilft uns schließlich, den Wagen freizubekommen, und schleppt ihn nach Rendsburg ab. In Rendsburg können wir nach langem Hin und Her erreichen, daß die Polizei einen Strafantrag gegen Unbekannt aufnimmt.

(Aus: „Schneekatastrophe": Ein gezieltes Kriegsmanöver der Bourgeoisie, Flugschrift vom 21.2.79, hrsg. v. SRK Flensburg-Westküste)

... sondern Schikane und Unterdrückung von Selbsthilfeaktionen

z.ham. Worin bestand die „Katastrophenschutzpolitik"? Die örtlich vorhandenen Schneeräumungsfahrzeuge wurden beschlagnahmt nach den Listen, die sich die Krisenstäbe angefertigt hatten. Sie wurden oft über 60 und mehr Kilometer Entfernung an ihre Einsatzorte hin- und hergeschickt, womit auch folglich die meiste Zeit verging. Dabei hat die Autobahnpolizei hinter einer Schneefräse rund um die Uhr Wache gefahren, damit auch dort geräumt werden würde, wo es die Einsatzleitung angeordnet hatte. Und das war immer dort, wo es die Kapitalisten schmerzte; ihre eingeschneiten LKW wurden auch aus entlegensten Nebenstraßen herausgeholt, wie z.B. ein LKW der „Nordfleisch" in der Gemeinde Osterohrstedt (Nordfriesland) am Sonntag (18.2.), während die umliegenden Kreisstraßen erst zum Teil am darauffolgenden Donnerstag geräumt wurden.

Als in Dehrendorf (Kreis Nordfriesland) ein Radlader am Tage kaputtging, haben Leute das bereits eingetroffene Ersatzteil versteckt, und den Lader nachts repariert und dann Wege in der Gemeinde geräumt. Als es morgens hell wurde, wurde der Lader dann von einem Polizeihubschrauber „entdeckt" und wieder beschlagnahmt.

Die Unfähigkeit der bürgerlichen Klasse, die Natur zu beherrschen, will sie z.B. hinter den örtlichen Verwaltungen verstecken. Der Bürgermeister der Gemeinde Wolfsmohr bei Itzehoe hat in einer Richtigstellung in der Norddeutschen Rundschau (vom 22.2.) festgestellt: „Als er einen Radlader beim Krisenstab angefordert habe, mißtraute man ihm sogar noch und schickte von der Einsatzleitung zwei Beobachter (mit einem Bergepanzer), um zu prüfen, ob der Einsatz nötig wäre."

Die Telefone sind teilweise von der Post wegen „Überlastung" abgestellt worden. Im Bayer-Werk Brunsbüttel sind 70 Arbeiter nicht nach Hause gelassen worden; über mehrere Tage. Von der Werksleitung wurde die Elbfähre Glückstadt – Cuxhafen gechartert. Sie hat von Hamburg Flüssigstickstoff für Bayer geholt. Werksleiter Rohe: „Die Produktion hat nicht eine Minute stillgestanden."

Die Bauern haben sich oft zu mehreren zusammengetan und unter gegenseitiger Hilfe ihrer Schlepper die Wege freigeschaufelt, um Milch abzuliefern und Futter zu besorgen. In Mühlenbarbek bei Kellinghusen haben sie mit fünf Schleppern einen schweren Schlitten durch die Schneewehen gezogen und so eine Spur geschaffen, in der sie dann mit ihren Wagen durchkommen konnten. In Gettorf (bei Eckernförde) und Winseldorf (bei Itzehoe) haben Bauern sich zum örtlichen Milchgeschäft durchgeschaufelt (die Meierei war eingeschneit) und darüber direkt die Milch verkauft.



Aus dem Inhalt:
Kommunistische Volkszeitung 09/79

Die „Katastrophe" besteht in einer „Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung"

z.gör. Die Volksmassen bekämpfen die Schneeunwetter, die Bourgeoisie organisiert die Katastrophe. So ließen sich Erfahrungen der vergangenen Wochen zusammenfassen. Der Begriff „Schneekatastrophe" entspringt der Haltung der Bourgeoisie. Worin besteht die Katastrophe? Es ist nicht der Schnee, auch nicht in der Form des Unwetters. Soweit die Bourgeoisie ein unmittelbares Verhältnis zur Natur hat, ist es das von schmarotzenden Konsumenten. Schneeunwetter bereichern das Naturerlebnis. Verschneite Straßen – für die Volksmassen durch Staatsgewalt unbefahrbar gemacht – halten z.B. den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht nicht davon ab, eine Urlaubsreise an die Nordsee zu unternehmen. Er hat sich die Straßen räumen *lassen*.

Es ist durchaus typisch, daß sich die Bourgeoisie zuallererst und oft ausschließlich ihre Wohn- und Geschäftsviertel vom Schnee hat räumen lassen. Ihre Versorgung hat sie sich schon lange sichergestellt. So braucht sie *wegen der Schneeunwetter* keine Sorgen zu haben, und die Lage der Massen interessiert sie sowieso nicht.

Die Unwetter treffen nicht die Bourgeoisie, sondern diejenigen, deren Verhältnis zur Natur durch Arbeit bestimmt ist. Das sind die arbeitenden Klassen in der Gesellschaft. Aber die Bourgeoisie existiert aus der Ausbeutung dieser Klassen. Was die Bourgeoisie angesichts der Schneeunwetter bewegt, ist einzig und allein die Sorge um die Aufrechterhaltung und Ausdehnung dieses Ausbeutungsverhältnisses. Sie jammert über „Produktionsausfälle", weil die den Profit schmälern. Daß in Wirklichkeit die Volksmassen in den vergangenen Wochen den gesellschaftlichen Produktionsprozeß umfassender und intensiver organisiert haben, um die ungünstigen Naturbedingungen zu meistern, kommt dieser verkommenen Betrachtungsweise schon gar nicht in den Blick. Vom Standpunkt der Bourgeoisie aus besteht die Katastrophe darin, daß das Ausbeutungsverhältnis – sowohl seine Organisation als auch dessen von der Bourgeoisie angeeignete Früchte – in Gefahr gerät.

Diesen Standpunkt hat die Bourgeoisie unverhüllt in ihren Katastrophenschutzgesetzen staatlich verbindlich gemacht. (Wir zitieren im folgenden aus der Fassung des Landes Schleswig-Holstein bzw. aus zugehörigen Verwaltungsvorschriften.) „Katastrophe im Sinne dieses Gesetzes ist eine insbesondere durch Naturereignisse oder schwere Unglücksfälle verursachte Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, die so erheblich ist, daß ihre Bekämpfung einheitlich gelenkte Maßnahmen unter Einsatz von besonderen Einheiten und Einrichtungen erfordert." Die Definition ist wirklich aufschlußreich. Eine Katastrophe ist eine Lage, in der die Bourgeoisie die Volksmassen nicht unter Kontrolle halten, deren Arbeit nicht uneingeschränkt ihrem Kommando unterwerfen kann. *Dafür* bedarf es dann „besonderer Einheiten und Einrichtungen", das Gesetz definiert sie: Katastrophenschutzbehörden sind zunächst die Landesregierung (bzw. ihre Ministerien), die Landräte sowie die Bürgermeister; zu ihren „Hilfskräften zählen insbesondere die Polizei, die Bundeswehr, der Bundesgrenzschutz, Ärzte, Tierärzte und sonstige Personen zur Betreuung von Menschen und Tieren, Sachverständige."

Der Einsatz dieser „besonderen Einheiten" hat mit Hilfe und Unterstützung für die Volksmassen, die sich mit den komplizierten Naturbedingungen auseinandersetzen und sie meistern, im wesentlichen nichts zu tun. Als sich z.B. auf der Autobahn Hamburg – Hannover ein 20 km langer Stau (ca. 600 Menschen) bildete, brauchten die Katastrophenschutzbehörden angeblich mehr als 16 Stunden, ihn überhaupt „zu entdecken". Die Polizeieinheiten waren tatsächlich pausenlos damit beschäftigt, die Fahrverbote selbst auf befahrbaren Straßen durchzusetzen. Als dann Bergemannschaften kamen, ging es hauptsächlich darum, die selbständige Initiative der Autofahrer zu unterdrücken. Die Polizei verbot, die Leitplanken abzubauen, um die Auflösung des Staus zu beschleunigen. Das hätte nämlich die Kontrolle über die „Bergeaktion" genommen. Aber die Autofahrer setzten sich gegen das Verbot der Polizei durch und taten, was sie für richtig hielten.

Dies Beispiel zeigt genau, worum es bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geht, woduch sie überhaupt gefährdet ist. Sie ist dann gefährdet, wenn sie die Initiative, Selbständigkeit und kollektive Arbeit der Volksmassen entwickelt. Das definiert das Gesetz als Katastrophe. Und die staatlichen Einsätze werden organisiert, um *diesen* Zustand zu beseitigen. Es entspricht daher vollständig der Logik der Bourgeoisie, wenn sie ihre Katastrophenschutzpolitik darauf ausrichtet, die selbständigen Tätigkeiten der Volksmassen umfassend zu unterdrücken. Die nebenstehend abgedruckten Berichte illustrieren das. Deshalb müssen *dagegen* auch „besondere staatliche Einrichtungen" ins Feld geführt werden, wie das Gesetz festlegt. Zwar sieht es überdies vor: „private und öffentliche Einheiten" können „*mitwirken*". Aber Voraussetzung ist, daß „der Innenminister ihre Eignung festgestellt hat", daß sie den militärischen Apparaten angegliedert werden können, als Reserven, deren Oberkommandos einsetzbar sind. Im wesentlichen handelt es sich um den Arbeiter-Samariter-Bund, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfallhilfe, den Malteser Hilfsdienst, den Bundesverband für den Selbstschutz, die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger, das Technische Hilfswerk, Freiwillige Feuerwehren. Die sind alle schon weitgehend paramilitärisch organisiert und verschmelzen mit dem bürgerlichen Staatsapparat.

Die Beseitigung der von der Bourgeoisie definierten Katastrophen muß also in der Konsequenz die Form von Bürgerkriegseinsätzen gegen die Volksmassen annehmen. Am Beispiel der „Schneekatastrophe" wurde das vorexerziert und weitläufig geprobt. Dem entspricht in der Fassung des Gesetzestextes, daß die Volksmassen überhaupt bloß als Objekte von „Hilfs- und Leistungspflichten" sowie von „Duldungspflichten" auftauchen: „Jeder kann von der unteren Katastrophenschutzbehörde zu Sach- und Werkleistungen herangezogen werden... und bis zur Dauer von drei Tagen auch zu Dienstleistungen herangezogen werden." (Dies gilt nicht für „die Hilfeleistung von Gewerbebetrieben und sonstigen Einrichtungen".) „Die Heranziehung ist ein Verwaltungsakt; er ist an keine bestimmte Form gebunden." „Jeder hat die im Katastrophengebiet auf Anordnung der unteren Katastrophenschutzbehörde... getroffenen Sicherungs- und Absperrungsmaßnahmen zu befolgen.", „... das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Freiheit der Person, das Recht der Freizügigkeit und das Recht der Unverletzlichkeit der Wohnung (werden) eingeschränkt." Wer sich nicht an die Anordnungen hält, „kann mit einer Geldbuße bis zu 10000 DM" bestraft werden. Ein Anrecht auf Entschädigung gibt es nicht, soweit „der Geschädigte oder sein Vermögen durch die Maßnahme der Katastrophenschutzbehörde geschützt worden ist." Natürlich ist z.B. ein PKW, der von einem Panzer beim Durchfahren einer verschneiten Straße gerammt wird, von diesem „geschützt worden".

Die zitierten gesetzlichen Bestimmungen verfolgen einen doppelten Zweck: einerseits handelt es sich um Rechte des Staates, beliebige Schikanen und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Volksmassen durchsetzen zu können; andererseits handelt es sich um ein Programm der Zwangsarbeit. In dem Maße, wie die gewöhnlichen Formen der Sicherung der Ausbeutung versagen, muß die Bourgeoisie versuchen, die Arbeit als Zwangsarbeit zu organisieren. Der Katastrophenfall der Bourgeoisie ist gerade so definiert und der Widerstand der Volksmassen schon einkalkuliert. Die Formulierung des Gesetzestextes ist offenbar bewußt flexibel gehalten: „an keine bestimmte Form gebunden". Es war tatsächlich ein wesentlicher Zweck der von der Bourgeoisie inszenierten „Schneekatastrophen"-Bürgerkriegseinsätze, hier die „bestimmte Form" zu finden. Dabei lag der Widerspruch offen zutage: Die Volksmassen organisierten die Bewältigung der Schneeunwetter und mißachteten oder bekämpften dabei die staatlichen Kommandos, die diesem Zweck entgegenstanden; der Staatsapparat war hingegen damit befaßt, die Kapitalisten bei der ungebrochenen und uneingeschränkten Aufrechterhaltung und Ausweitung der Ausbeutung zu unterstützen.





„Wir können nicht überall sein", pupt Klose in seinem Schneeräumaufruf. Arbeiten tut *Klose* nirgendwo. Er treibt die Schneeräumkolonnen in die Elbvororte der Hamburger Bourgeoisie, im Arbeiterviertel Altona bleibt's liegen.

Wer hat sich durchgesetzt? Die Bourgeoisie hat allerlei unternommen, um die Volksmassen gefügig zu machen und den Profiteinbußen für die Kapitalisten so gering wie möglich zu halten. Die Fahrverbote waren als hervorragendes Instrument hierfür ausgedacht. Sie sollten kollektive Anstrengungen der Massen verunmöglichen, ihren Verkehr untereinander verhindern, und sie waren – jedenfalls im Umkreis industrieller Ballungsgebiete – systematisch so ausgerichtet, daß der Berufsverkehr *hin* zu den Fabriken und Dienststellen ausgenommen blieb.

Erst pünktlich zum Frühschichtbeginn am Montag wurden die Fahrverbote aufgehoben. Einmal angekommen, sollten die Arbeiter dann ganz in den Fabriken und Dienststellen bleiben, zwischen den Schichten auf Feldbetten. Aber in den seltensten Fällen hat dies Programm geklappt. Bei HDW in Kiel blieben 450 Arbeiter im Notquartier, bei Blohm & Voss in Hamburg 150. Nur in wenigen Fällen gelang es auch den Dienstherren, „ein Beispiel zu geben". Fälle wie am Krankenhaus in Bad Segeberg (Schleswig-Holstein) sind eher die Ausnahme als die Regel: Dort hatte der Dienstherr die Beschäftigten durch Bundeswehr oder Technische Hilfswerk zur Dienststelle bringen lassen. Dann konnten sie sehen, wo sie blieben, und mußten in mehreren Fällen das ganze Wochenende in der Dienststelle verbringen.

Die Bourgeoisie hat sich trotz gewaltigen Einsatzes politischer, militärischer und ideologischer Mittel überhaupt nicht vollständig durchsetzen können. Ihre Reden über „Einsatzbereitschaft" bis hin zur offenen Propaganda der „Volksgemeinschaft" hatten etwa in Hamburg zum Ergebnis: 6 „freiwillige Helfer" in Hamburg-Mitte, 21 in Altona, 24 in Hamburg-Nord, 35 in Eimsbüttel, 25 in Bergedorf, 20 in Harburg. Die Kapitalisten wollen jetzt den Lohn für die Tage, wo die Arbeiter nicht in die Fabriken und Dienststellen kommen konnten (in Hamburg z.B. rund 30% der 910000 Beschäftigten), nicht auszahlen. Stellvertretend für seine Klasse verkündet ein Hamburger Kapitalist: „Die Produktionseinbußen müssen durch Überstunden und Schichtarbeit wieder wettgemacht werden." Dagegen wird der Kampf geführt.